

Verhandlungen

der



Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 17. Januar 1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll über die letzte Sitzung am 29. November v. J. wird von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Bierbaum, Kellner und Löbbecke wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

I. Aus der Wahl eines Vorsitzenden der Versammlung für das laufende Jahr geht mit 21 unter 24 Stimmen Herr Desterreich hervor, welcher, um das ihm zu erkennen gegebene Vertrauen dankbar zu ehren, der Wahl Folge zu leisten und den Vorsitz wiederum zu übernehmen sich bereit erklärt.

II. Als Stellvertreter des Herrn Vorsitzenden für das laufende Jahr wird mit 14 unter 24 Stimmen wiederum Herr Wankelius gewählt, welcher ebenfalls die Wahl annimmt.

III. Der Herr Vorsitzende verliest ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 25. v. Mts. und ein demselben beigefügtes Ministerial-Rescript, den früher hier berathenen Antrag wegen einer neuen Ordnung und namentlich einer Vereinfachung des hiesigen Verlaß- und Hypothekewesens betreffend.

Da nach dem Inhalte dieses Rescripts das Herzogliche Staats-Ministerium mit der von dem Herzoglichen Obergerichte ausgesprochenen Ansicht, daß eine Aenderung der in hiesiger Stadt bestehenden, durch Jahrhunderte bewährten Einrichtung nicht angemessen sei, einverstanden ist, jedoch einige vom Herzoglichen Obergerichte zur Verbesserung der bestehenden Einrichtung gemachte, in dem Rescripte nicht bezeichnete Vorschläge genehmigt hat, so erklärt der Stadt-Magistrat, nicht in der Lage zu sein,

jetzt etwas Weiteres in der Sache thun zu können. Unter diesen Umständen hält der Herr Vorsitzende diese Angelegenheit zu einer weitem Verhandlung in dieser Versammlung jetzt nicht für geeignet und giebt denjenigen Mitgliedern, welche sich für diese Sache besonders interessiren, anheim, von den gemachten Mittheilungen entsprechende Notiz zu nehmen. Damit wird auch von der Versammlung die Angelegenheit dießseits für erledigt angesehen.

IV. Mit dem von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheilten Schreiben des Stadt-Magistrats vom 14. d. Mts. sind die neuen Rollen der Communalsteuer-Pflichtigen für das Jahr 1856 zur Abschätzung des Einkommens der Steuerpflichtigen übersandt. In diesem Begleitschreiben ist von dem Stadt-Magistrate angedeutet, daß viele hiesige bemittelte Einwohner, namentlich Gewerbetreibende aller Art, zu gering veranlagt erscheinen möchten, und wird die Versammlung ersucht, diese Bemerkung bei den bevorstehenden Abschätzungen um so mehr zu berücksichtigen, als durch eine zu geringe Veranlagung Einzelner nicht allein die übrigen Steuerpflichtigen benachtheiligt würden, sondern auch der jetzige bedeutende Mehraufwand der Stadt eine Erhöhung der Steuersätze nothwendig machen könnte.

Auf Veranlassung dieses Schreibens werden die Abschätzungs-Deputationen von dem Herrn Vorsitzenden aufgefordert, bei der Vornahme der Abschätzungen mit möglichst genauer Prüfung und Erörterung der Einkommen-Verhältnisse der Steuerpflichtigen zu Werke zu gehen.

Um eine den Verhältnissen am richtigsten entsprechende und gleichmäßige Abschätzung aller Steuerpflichtigen, soweit irgend thunlich, zu erreichen, was bisher nicht durchweg der Fall gewesen sei, indem z. B. eine ziemlich bekannte Persönlichkeit auf ein jährliches Einkommen von 2000 fl abgeschätzt worden, während dieselbe einen Aufwand mache, der ein jährliches Einkommen von mindestens 4000 fl voraussetze, wünscht Herr Aronheim einen allgemeineren Anhaltspunkt für die Vornahme der Abschätzungen gewonnen zu sehen. Zu diesem Zwecke schlägt derselbe vor, den Stadt-Magistrat, da dieser doch in Folge der bei ihm stattfindenden Verhandlungen der verschiedensten Art über die Einkommen-Verhältnisse so vieler Personen genauere Kunde erlange, zu ersuchen, in den Rollen eine aus seinen Ermittlungen hervorgegangene unvorgreifliche Abschätzung der Steuerpflichtigen zu vermerken, welche alsdann von den einzelnen Abschätzungs-Deputationen als Hülfsmittel benutzt und geprüft werden möge.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß einzelne derartige Bemerkungen auch in den übersandten diesjährigen Rollen, deren Rücksendung zu dem von dem Herrn Aronheim gewünschten Zwecke die Abschätzung zu sehr verzögern möchte, sich vorfinden, und bestätigt Herr Oberbürgermeister Caspari, daß solche Bemerkungen vom Stadt-Magistrate gemacht seien, sich jedoch meistens nur auf Beamte bezögen, denen, wie dem Stadt-Magistrate bekannt geworden, Gehaltszulagen bewilligt seien, erklärt übrigens auch, daß der Stadt-Magistrat für die Zukunft den angeregten Wünschen in ausgedehnterer Weise zu entsprechen nicht abgeneigt und jederzeit bereit sein werde, die Deputationen, falls dieselben solches wünschen würden, bei den Abschätzungen durch Ertheilung geeigneter Auskunft zu unterstützen. Dies würde nach Ansicht des Herrn Steinmeyer, der sich im Wesentlichen mit dem Vorschlage des Herrn Aronheim einverstanden erklärt, am zweckmäßigsten auf die Weise geschehen können, daß die Deputationen über die Verhältnisse derjenigen Personen, bei deren

Veranlagung sich erhebliche Zweifel über den Betrag des Einkommens herausstellten, sich Auskunft vom Stadt-Magistrate erbäten.

Die Herren Graß, Niesß und Fiedel erkennen an, daß die Abschätzungen in den einzelnen Thordistricten unter augenscheinlich gleichartigen Verhältnissen doch abweichend von einander ausfielen, obwohl Jeder von ihnen behauptet, daß von der Deputation, welcher er als Mitglied angehöre, die Abschätzungen mit möglichster Genauigkeit vorgenommen würden. Dabei bemerkt noch Herr Fiedel, daß eine richtige Abschätzung der Gewerbetreibenden sehr schwierig sei, warnt aber zugleich davor, mit jedem Jahre die Steuersätze der einzelnen Personen in die Höhe zu schrauben.

Herr Aronheim erklärt schließlich, daß er durch seinen Vorschlag hauptsächlich bezwecke, Abschätzungen zu verhindern, die offenbar erheblich von dem wirklichen Betrage des Einkommens eines Abgeschätzten abweichen und wünscht deshalb, daß die Deputationen bei der bevorstehenden Abschätzung mit möglichster Sorgfalt verfahren möchten und daß seinem Vorschlage vom kommenden Jahre an weitere Berücksichtigung zu Theil werden möge.

Nach Maßgabe dieser Verhandlung ersucht der Herr Vorsitzende die Schätzungs-Deputationen, die diesjährige Abschätzung nach besten Kräften zu besorgen, in zweifelhaften Fällen, in welchen es sich namentlich um die Veranlagung zu einem bedeutend höhern Steuersätze handle, um eine möglichst gleiche Besteuerung zu erreichen, die Ansichten durch die Vorsitzenden in der Central-Commission austauschen zu lassen, eventuell den Stadt-Magistrat um Mittheilung seiner Ansicht zu ersuchen und sich die baldige Erledigung der Abschätzungen anlegen sein zu lassen.

V. Namens der Statuten-Commission berichtet der Herr Vorsitzende über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. d. Mts., mit welchem ein Gesuch des Schul- und Seminar-Directors Hirsche hieselbst, um Entscheidung über den Betrag seines dereinstigen Ruhegehaltes übersandt ist.

Mittels Höchsten Rescripts vom 20. October 1841 ist der Hirsche zum Lehrer an der Bürgerschule in Holzminden ernannt, ist in der ersten Hälfte des Jahres 1848 als Prediger nach Danabrück berufen und von dort im Anfange des vergangenen Jahres in Folge seiner Anstellung als Schul- und Seminar-Director in hiesiger Stadt nach hier übersiedelt. Bei seiner Anstellung ist von keiner Seite die Feststellung seines dereinstigen Ruhegehaltes in Anregung gebracht, und es handelt sich jetzt darum, von welchem Zeitpunkt an seine Dienstjahre behuf dereinstiger Bestimmung seines Ruhegehaltes zu berechnen sein würden. Entsprechend den Ansichten und Wünschen des Hirsche ist mit dem Stadt-Magistrate die Statuten-Commission der Meinung, daß bei einer dereinstigen eventuellen Pensionirung des Hirsche behuf Berechnung seines Ruhegehaltes der Zeitpunkt zum Grunde gelegt werden müsse, mit welchem er zum Lehrer in Holzminden ernannt worden sei. Gesetzliche Vorschriften stehen der Annahme dieses Zeitpunktes, da auch die Dienstzeit in fremden Diensten mit in Anrechnung gebracht werden darf, nicht entgegen, eine gerechte und billige Erwägung aller Verhältnisse aber fordert die Annahme jenes Zeitpunktes. Zu dem Amte eines Schul- und Seminar-Directors in hiesiger Stadt konnte nur ein Mann berufen werden, der schon in anderen Vorbereitungsstellen sich die unumgänglich erforderliche Vorbildung, namentlich neben einer theoretischen, auch eine praktische Kenntniß des Schulwesens angeeignet hat, so daß des Hirsche früheren Dienstverhältnisse wesentlich die Veranlassung zu seiner hier erfolgten Wahl gegeben haben. In dieser Beziehung wird auch allseitig anerkannt,

daß der Hirsche sich für seine hiesige Stellung sehr tüchtig zeigt und dessen Wahl als ein wirklicher Gewinn für das hiesige Schulwesen angesehen werden muß.

Da nun, auch wenn derselben seine definitive Erklärung über die Annahme oder Ablehnung des ihm angetragenen Amtes davon abhängig gemacht hätte, daß seine Dienstzeit behuf Bestimmung des dereinstigen Ruhegehalts vom Zeitpunkte seiner Ernennung zum Lehrer in Holzminden berechnet werde, hieraus kein Motiv hergenommen sein würde, ihm das Amt eines Schul- und Seminar-Directors nicht zu übertragen, wird ein zusagender Beschluß nach beiden Seiten, als dem Recht und der Billigkeit entsprechend, bezeichnet.

Auf Grundlage dieser Erwägungen, giebt in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate die Commission der Versammlung anheim:

zu beschließen, daß der Betrag des dem Schul- und Seminar-Directors Hirsche städtischerseits eventuell zu bewilligenden Ruhegehalts nach Maßgabe einer auf seine Ernennung zum Lehrer in Holzminden zurückzuführenden Dienstzeit dereinst berechnet werde.

Die Versammlung, aus welcher die Herren Steinmeyer und Lüddecke für Empfehlung dieses Antrags das Wort nehmen, tritt demselben ohne Widerspruch bei.

VI. Durch ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. d. Mts. ist ein Gesuch der hiesigen Polizeidiener mitgetheilt, in welchem dieselben bitten, die ihnen für die Beforgung mancher im Auftrage des Stadt-Magistrats ausgeführten Geschäfte verwilligte Remuneration von 150 \mathcal{F} jährlich auf 200 \mathcal{F} jährlich zu erhöhen. Der Stadt-Magistrat empfiehlt dieses Gesuch der Versammlung zur Gewährung, da sich jene Geschäfte in neuerer Zeit unter Andern durch die anderweite Einrichtung rückfichtlich des Salzdebts, durch die Einführung einer polizeilichen Abgabe von den Hunden, durch die Beforgung der Bevölkerungs-Zählung vermehrt haben, und selbst durch die Anstellung eines dritten Magistratsdieners, — diese dritte mit einem jährlichen Gehalte von 200 \mathcal{F} gelohnte Stelle ist seit mehrern Jahren unbesetzt geblieben, — die Beihülfe der Polizeidiener doch nicht vollständig entbehrlich gemacht werden würde. Unter diesen Umständen beschließt, auf befürwortenden Vortrag des Herrn Wankelius Namens der Finanz-Commission, die Versammlung:

daß den Polizeidienern für die Beforgung von Geschäften in eigentlich städtischen Angelegenheiten eine jährliche Remuneration von 200 \mathcal{F} aus der Stadt-Casse gezahlt werde.

VII. Die in der Versammlung bereits zur Berathung gekommene Straßen-Polizei-Ordnung ist nach dem Erscheinen des Polizei-Strafgesetzbuches vom 18. August v. J. vom Stadt-Magistrate umgearbeitet, theils um diejenigen Bestimmungen daraus zu entfernen, welche durch jenes Gesetzbuch überflüssig geworden sind, theils um die bleibenden Bestimmungen mit dem Inhalte jenes Gesetzbuches thunlichst in Uebereinstimmung zu bringen und die Materien nach dem letztern zu ordnen. Insbesondere hat eine Modification der Strafsätze vorgenommen werden müssen, indem ein Strafbetrag von 16 gge mit den Bestimmungen im §. 41 des Polizei-Strafgesetzbuches über die Verwandlung der Geldstrafen nicht im Einklange steht und es noch Analogie des Polizei-Strafgesetzbuches angemessen erschienen ist, Strafen mit einem Minimum und Maximum anzudrohen.

Diese in dem Begleitschreiben des Stadt-Magistrats vom 30. November v. J., mit welchem die entsprechende Zahl von Exemplaren der neuen Redaction übersandt

sind, enthaltenen und von dem Herrn Vorsitzenden Namens der Statuten-Commission mitgetheilten Gründe, geben der letztern, da im Wesentlichen die frühern Bestimmungen und Grundsätze beibehalten sind und daher eine vollständige Wiederholung der Berathung ebenso überflüssig, wie unerquicklich sein würde, zu dem Antrage Veranlassung:

die Versammlung wolle mit den weitem Verhandlungen über die neue Redaction der Straßen-Polizei-Ordnung die Statuten-Commission beauftragen, jedoch unter folgenden Vorbehalten:

1) daß wesentliche Abweichungen von den frühern Beschlüssen, und
2) diejenigen Punkte, über welche etwa eine Vereinigung zwischen der Commission und dem Stadt-Magistrate nicht erreicht werde, der Versammlung zur Berathung und Beschlußnahme vorzulegen seien, sowie:

3) daß den Mitgliedern der Versammlung zur Einbringung von Anträgen eine von heute anzurechnende achtägige Frist offen bleibe.

Die Statuten-Commission bevormundet dabei aber: daß die Beseitigung des Straffages von 16 gge; weil solcher mit dem §. 41 des Polizei-Strafgesetzbuchs nicht wohl vereinbar ist, imgleichen die Androhung von Strafen mit einem Minimum und Maximum, als wesentliche Abweichungen von den frühern Beschlüssen nicht angesehen werden.

Die Versammlung erklärt sich mit obigem Antrage und der näheren Erläuterung desselben einverstanden.

VIII. In nicht öffentlicher Sitzung werden von der betreffenden Commission mehrere Gesuche um Zulassung zu einem selbstständigen Gewerbebetriebe, um Verwilligung einer Geldunterstützung zur Auswanderung nach Amerika und insbesondere um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt zum Vortrage gebracht und zur Beschlußnahme gestellt.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 17. v. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Bierbaum, Kellner, Denecke, Helfft, Züdel und Böycke wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; die Abwesenheit des Herrn Löbbecke ist unentschuldigt geblieben.

Zunächst macht der Herr Vorsitzende der Versammlung Vortrag aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. v. Mts. und den demselben beigefügten Actenstücken in Betreff des Gesuchs einer hiesigen Familie um Verwilligung eines Zuschusses von etwa 95 fl aus der Stadt-Casse zur Bestreitung der Kosten einer Uebersiedelung nach Amerika; in Uebereinstimmung mit dem befürwortenden Antrage des Stadt-Magistrats wird auch von der Versammlung der fragliche Zuschuss verwilligt.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen:

1. In einem von dem Herrn Grottrian, als Referenten der Finanz-Commission, verlesenen Schreiben von 18. v. Mts. beantragt der Stadt-Magistrat:

die Verwilligung einer Summe von 250 fl aus der Stadt-Casse zu außerordentlichen Unterstützungen für die Gemeinde-Schullehrer hieselbst.

Schon im vergangenen Jahre, in der Sitzung am 1. März, ist zu gleichem Zwecke eine Summe von 200 fl verwilligt, motivirt durch die gesteigerten Preise aller Lebensbedürfnisse. Diese fortdauernde und dadurch nur um so empfindlicher werdende Theuerung hat den Schulvorstand wiederum zu einer derartigen Anforderung von 250 fl veranlaßt. In Berücksichtigung der obwaltenden Umstände ist vom Stadt-Magistrate die beantragte Verwilligung für angemessen und billig gehalten und dabei anheimgegeben, die Vertheilung der verwilligten Summe an die Gemeindelehrer dem Schulvorstande, jedoch unter seiner, des Stadt-Magistrats, Genehmigung zu überlassen.

Auf die Befürwortung vorstehenden Antrages mit letzterwähntem Anheimgeben durch die Finanz-Commission wird von der Versammlung:

die Verwilligung der 250 fl aus der Stadt-Casse zu dem angegebenen Zwecke,
durch Beschluß ausgesprochen.

II. Namens der Finanz-Commission verliest Herr Wanzelius ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 25. v. Mts., die Handwerker-Fortbildungs-Schule betreffend.

Mit Michaelis v. J. ist diese Schule, zu deren Förderung in der Sitzung am 6. September v. J. die unentgeltliche Benützung des Bürgerschul-Gebäudes östlichen Bezirks genehmigt und die Uebernahme der Kosten der Beleuchtung und Heizung auf die Stadt-Casse zugesagt ist, eröffnet. Zur Theilnahme an dem Schulunterrichte haben sich bis zum Novbr. v. J. über 200 Schüler gemeldet; wegen dieser großen Zahl hat eine, ursprünglich nicht beabsichtigte Scheidung der Schüler in drei Abtheilungen für angemessen gehalten werden müssen und eine bei dieser Gelegenheit vorgenommene Prüfung hat erkennen lassen, daß viele der angehenden Handwerker selbst in den ge-

wöhnlichsten Schulkenntnissen noch außerordentlich weit zurück sind, weshalb zu hoffen ist, daß die Handwerker-Fortbildungsschule stark werde besucht werden und dem Handwerkerstande zum Heil und Segen gereichen werde.

Das Erstreben dieses Vieles fordert eine entsprechende Unterstützung Seitens der Stadt, welche nach der unvermeidlich gewordenen Bildung von 3 Abtheilungen um so erheblicher sich herausstellt, als die Annahme dreier Lehrer, die Anschaffung einer größeren Menge von Lehrmitteln und die Beleuchtung und Heizung dreier Locale nothwendig wird, auch eine besondere Remunerirung des Schul-Inspectors Schünemann und des Schul-Pedellen Harlße billig und gerechtfertigt erscheint.

In dem Schreiben wird von dem Stadt-Magistrate ferner mitgetheilt, daß die Kosten der Einrichtung der Gasbeleuchtung auf 137 fl 18 gg , der Beleuchtung selbst während der letzten 3 Monate des verflossenen Jahres auf 8 fl 15 gg und der ersten Anschaffung von Büchern und sonstigen Materialien auf etwa 25 fl sich belaufen haben, — und der künftige jährliche Aufwand für die Handwerker Fortbildungsschule Seitens der Stadt auf etwa 100 fl , nämlich mit 50 fl für den Schul-Inspector Schünemann, mit 10 fl für den Schul-Pedellen Harlße, mit 20 fl für Beleuchtung und mit 20 fl für Heizung veranschlagt; die Gilden würden alsdann noch einen gleichen Betrag von 100 fl jährlich zuzuschießen haben, ein Mehreres aber auch nicht wohl aufbringen können.

Um nun die Stadt-Casse nicht noch mehr zu belasten, bringt der Stadt-Magistrat in Vorschlag, die Zahlung und Deckung der obigen Posten auf den Fonds zu übernehmen, welcher durch die Erhebung einer polizeilichen Abgabe von den Hunden in hiesiger Stadt gebildet werde. Eine derartige Verwendung dieser Abgabe, welche bis zum Schlusse des vergangenen Jahres einen reinen Ueberschuß von 365 fl und seit dem Anfange dieses Jahres einen Betrag von etwa 1300 fl ergeben habe, sei ohne Zweifel ebenso zulässig, wie angemessen.

Diesem nach beantragt der Stadt-Magistrat: die Versammlung möge die Zustimmung dazu ertheilen, daß nicht blos die obigen Posten der 137 fl 18 gg , 8 fl 15 gg und 25 fl , sondern auch für die Zukunft bis auf Weiteres jährlich 100 fl in den veranschlagten Positionen aus dem durch die polizeiliche Abgabe von den Hunden gesammelten Fonds für die Handwerker-Fortbildungsschule gezahlt und verwendet werden.

Der Herr Commissionsreferent bemerkt zu diesem von der Commission in jeder Beziehung befürworteten Antrage, daß bereits in der Sitzung am 6. September v. J. genehmigt sei, die nöthigen Einrichtungen zu einer Gasbeleuchtung in den Schullocalen und die Beleuchtung und Heizung der letztern auf städtische Kosten ausführen zu lassen und zu übernehmen, und daß jene gegenwärtigen und künftigen Ausgaben für die Handwerker-Fortbildungs-Schule ganz zweckmäßig dem Einkommen entnommen werden könnten, welches die Abgabe von den Hunden ergebe.

Herr Häusler erklärt sich mit der Verwilligung der nöthigen Kosten zu der Unterhaltung der Handwerker-Fortbildungs-Schule aus städtischen Geld-Mitteln vollkommen einverstanden, hält aber die Bestreitung solcher Kosten aus der Casse, in welcher die Abgaben von den Hunden gesammelt werden, nicht für angemessen und insbesondere nicht für entsprechend der Bestimmung in dem betreffenden Statute: die Handwerker-Fortbildungs-Schule werde als ein städtisches Lehr-Institut und als sol-

ches als ein Zweig der städtischen Schulanstalten angesehen werden müssen, so das die Gemeinde für jenes, gleichwie für diese, die erforderlichen Geldmittel aufzuwenden und wie jede sonst nothwendige Ausgabe in ihren Haushalts-Stat aufzunehmen habe. Als bei der Berathung des Statuts über das Halten von Hunden in Frage gekommen, zu welchem Zwecke die wegen der Hunde zu erhebende Abgabe verwendet werden solle, sei die Meinung die vorherrschende gewesen, das der Abgabe-Ertrag zu Wohlthätigkeitszwecken bestimmet bleibe. Die Gründung einer Handwerker-Fortbildungsschule sei als ein Bedürfnis anerkannt, sonach gewissermaßen als ein Gebot der Nothwendigkeit erschienen und gehöre deshalb nicht in die Kategorie der Wohlthätigkeits-Anstalten. — Statt der in Vorschlag gekommenen Verwendung der Abgabe von den Hunden stellt Herr Häusler den Antrag:

die Versammlung möge dem Stadt-Magistrate zu erkennen geben, das sie zwar gern die nöthigen Kosten zur Unterhaltung der Handwerker-Fortbildungsschule aus städtischen Mitteln verwillingen werde, jedoch eine desfallsige Verwendung aus der Casse, in welche die Abgaben von den Hunden fließen, nicht für entsprechend halte und dagegen anderweiten Propositionen zur Deckung jener Kosten entgegensetze.

Herr Overbürgermeister Caspari verliest den §. 13 des Statuts über das Halten von Hunden in hiesiger Stadt, welcher von der Verwendung der Abgabe handelt, und knüpft daran seine weiteren Bemerkungen:

Die Kosten für die seit Michaelis v. J. erstandene Handwerker-Fortbildungsschule hätten bis jetzt keine Ausnahme in den städtischen Etat gefunden, und wenn diese Schule auch gewissermaßen eine städtische genannt werden könne, so sei dieselbe doch nicht eine so durchaus nothwendige Lehranstalt in hiesiger Stadt, wie die sonstigen Gemeinde-Schulen, das jene, wie diese, eine Berücksichtigung in den städtischen Etats finden müßte. Gleichwohl sei der Zweck der Fortbildungsschule unstreitig ein gemeinnütziger und diene auch gerade zum Besten der ärmern Classen. Die meisten solcher angehenden Handwerker seien häufig nicht einmal im Stande gewesen, das gewöhnliche Schulgeld für ihre Kinder zu bezahlen. Was für die Fortbildungsschule aufgewandt werde, komme dem ganzen Handwerkerstande zu Gute, dessen Corporationen, die Gilden, ebenfalls nicht in der Lage wären, die Mittel zur Einrichtung und Erhaltung jener Schule aufzubringen.

Zur Gründung eigentlicher Wohlthätigkeits-Anstalten sei nach dem verlesenen Paragraphen die Abgabe von den Hunden nicht bestimmt und wenn damals die Verwendung derselben z. B. zur Straßenpflasterung in Anregung gebracht sei, so sei der jetzt vorliegende Zweck ein gewis nur allseitig zu billigerender und ein um so gemeinnütziger, als er mehr zum Besten der ärmern Classe diene, als eine mehr oder weniger gute Straßenpflasterung.

Herr Nieß hält die Verwendung des Ertrages der Abgabe von den Hunden für die Handwerker-Fortbildungsschule mit dem Stadt-Magistrate für eine durchaus zweckmäßige, zumal für die eigentliche Armen-Unterstützung, als eine Pflicht der Gemeinde, und für milde Stiftungen städtische und andere Mittel angewiesen seien.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung stellt die Beschlüsse der Versammlung dahin fest, daß

- 1) die 137 fl 18 gr für die Einrichtung der Gasbeleuchtung, die 8 fl 15 gr für die Beleuchtung selbst und die 25 fl für die Anschaffung von Lehrmitteln, und ebenso
- 2) die jährlichen 100 fl , bis auf Weiteres, in den veranschlagten Positionen, verwilligt werden, und daß
- 3) zur Deckung dieser Ausgaben, nach Ablehnung des Antrages des Herrn Häusler, die Casse bestimmt wird, in welcher die Abgaben von den Hunden gesammelt sind.

III. Die Verhältnisse der Schillschen Invaliden-Stiftung haben schon in den Sitzungen am 6. September und am 22. November v. J. zu einer ausführlicheren Verhandlung Veranlassung gegeben und werden durch das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 2. d. Mts. abermals zur Berathung gestellt:

Auf ein Gesuch des Provisors der Stiftung hat Herzogl. Staats-Ministerium mittelst Rescripts vom 23. v. Mts. zwar wiederholt erklärt, daß die Unterhaltung der Stiftung auf die Staats-Casse nicht übernommen werden könne, jedoch zur Abhilfe des augenblicklichen Bedürfnisses die Summe von 300 fl ein für alle Mal für den Fall bewilligt, wenn der Stadt-Magistrat bereit und im Stande sei, die Verhältnisse der Stiftung so zu ordnen, daß auf das Vorhandensein der erforderlichen Mittel zur Unterhaltung der Gebäude und des Wärters nachhaltig gerechnet werden könne. Nach weiterer Rücksprache mit dem Provisor glaubt der Stadt-Magistrat, daß das Stiftungs-Gebäude durch die Verwendung jener 300 fl und eines Zuschusses von 150 fl aus städtischen Mitteln in einen baulichen Zustand gebracht werden könne, welcher die Erhaltung des Stiftungs-Gebäudes dauernd sichern werde, wenn die bisher alljährlich aus der Stadt-Casse bewilligten 50 fl auch ferner geleistet und davon die später vorfallenden Reparaturen bestritten würden. Zu solchen Reparaturen würden wahrscheinlich die vorgedachten 50 fl nicht vollständig in Anspruch genommen werden und es wäre alsdann wohl noch ein kleiner Fond anzusammeln, dessen Verwendung in etwaigen Nothfällen zur Disposition bliebe. Die Lage des Bewohners des Stiftungs-Gebäudes, zu welchem auch später nur ein Mann, etwa ein alter Soldat, der eine entsprechende Pension beziehe, gewählt werden müßte, könnte dadurch einigermaßen gebessert und gesichert werden, daß demselben der Ertrag der Geschenke von den Besuchern überwiesen würde. Wenn es auf solche Weise möglich werde, die Stiftung, welche einmal die Aufmerksamkeit des ganzen deutschen Vaterlandes auf sich gezogen habe und noch immer von vielen Fremden besucht werde, zu erhalten, so erscheine der Antrag zulässig und motivirt:

daß die hiesige Stadt, wenn die Herzogliche Landesregierung einen Zuschuß von 300 fl zahle, sich verpflichte, zur Befreiung der jetzt erforderlichen Baulichkeiten eine extraordinaire Zubeße von 150 fl , je nach Bedürfniß, zu leisten und einen fortlaufenden Beitrag von 50 fl jährlich auf die Stadt-Casse zu übernehmen.

Das diese Mittheilungen enthaltende Schreiben des Stadt-Magistrats wird von dem Referenten der Finanz-Commission, Herrn Kahler, verlesen und es glaubt die Commission den obigen Antrag der Versammlung zur Annahme empfehlen zu dürfen,

zumal dieselbe schon nach den frühern Verhandlungen sich geneigt erklärt habe, eine Summe von etwa 150 fl zu den derzeitigen dringenden Reparaturen des Stiftungs-Gebäudes zur Verfügung zu stellen, und die Zahlung der jährlichen 50 fl keine neue Belastung der Stadt-Casse sei, es auch mit dem Stadt-Magistrate für wünschenswerth gehalten worden, die Schillsche Invaliden-Stiftung in ihrem Bestehen zu erhalten, wenn solches ohne zu große Opfer für die Stadt möglich sein würde.

Einer Befürchtung des Herrn Aronheim, daß die hiesige Stadt durch die Annahme der von Herzogl. Staats-Ministerium dargebotenen 300 fl für verpflichtet gehalten werden könne, die Erhaltung der Stiftung für eigene Gefahr und Kosten auf alle Zeiten zu übernehmen, tritt Herr Oberbürgermeister Caspari durch die Erklärung entgegen, daß der Stadt-Magistrat nicht gemeint sei, eine desfallige Verpflichtung für die hiesige Stadt zu übernehmen, und in dem an Herzogl. Staats-Ministerium zu erstattenden Berichte die hiesige Stadt gegen die Uebernahme einer solchen Verpflichtung verwahren werde.

Die Äußerungen der Herren Nieß und Fabricius entsprechen deren schon bei Gelegenheit der frühern Verhandlungen zu erkennen gegebenen Ansichten, daß die hiesige Stadt keine nähere Veranlassung habe, sich die Erhaltung des Stiftungsgebäudes angelegen sein zu lassen, und für dieselbe nur die Conservirung des Schillschen Denkmals von Interesse sein könne; für den Fall aber, daß dennoch beschlossen würde, für die Erhaltung der Invaliden-Stiftung Seitens der Stadt die verlangten Opfer zu bringen, stellt Herr Fabricius die Bedingung, daß bei der Besetzung der Invaliden-Stelle nur Angehörige der hiesigen Stadt berücksichtigt werden, eine Bedingung, deren Erfüllung Herr Oberbürgermeister Caspari für gesichert erachtet, da die Besetzung der Stelle, wie bisher, auf Vorschlag des Provisors vom Stadt-Magistrate erfolgen werde.

Daß die nach dem Vorstehenden zur Verfügung kommenden Mittel, die von Herzogl. Staats-Ministerium zugesicherten 300 fl , die von der Stadt zuzuschießenden 150 fl und die jährlich zu verwilligenden 50 fl , ausreichen würden, um das Stiftungs-Gebäude zur Zeit in einen angemessenen baulichen Zustand zu versetzen und demnächst in solchem Zustande zu erhalten, wird von der Commission, dem Herrn Rischbieter und Herrn Oberbürgermeister Caspari für unzweifelhaft gehalten, sofern nur bei der Restauration in nicht zu luxuriöser Weise verfahren werde.

Die Versammlung beschließt endlich:

zu dem Antrage des Stadt-Magistrats die Zustimmung damit zu ertheilen, jedoch unter der ausdrücklichen Verwahrung, daß nicht aus der solchergestalt geschehenen Verwilligung von Geldmitteln für die hiesige Stadt die Verpflichtung abgeleitet werde, die Schillsche Invaliden-Stiftung unter allen Umständen und für alle Zeiten auf ihre Kosten zu erhalten.

IV. In einem Schreiben vom 8. d. Mts., aus welchem Namens der Schul-Commission Herr U h d e der Versammlung Vortrag macht, sind vom Stadt-Magistrate auf Veranlassung eines Berichts des Schul- und Seminar-Directors Hirsche und in Uebereinstimmung mit den Anträgen und Äußerungen des Schulvorstandes, der Armen-Schul-Deputation und des Armen-Collegiums verschiedene, die Verhältnisse der hiesigen Freischulen betreffende Vorschläge gemacht.

1) Nach einer vor bald zwei Jahren, unter Zustimmung der Versammlung und

unter Genehmigung des Herzogl. Consistoriums und des Herzogl. Staats-Ministeriums ins Leben getretenen Einrichtung sind für den Unterricht in den Freischulen vier Seminaristen zweiter Classe mit einer jährlichen Remuneration von je 100 fl , später je 120 fl angenommen. Nicht lange nachher haben sich Bedenken und Schwierigkeiten gegen die fernere Durchführung jener Einrichtung herausgestellt, indem vom Herzogl. Consistorium die Remuneration der Seminaristen, weil dieselben die sämtlichen Unterrichtsstunden in einer Classe zu übernehmen haben, für zu gering erachtet und aus eben gedachtem Grunde die Anstellung ordentlicher Lehrer mit einem Gehalte von mindestens 175 fl jährlich gefordert wurde, und indem ferner die Zahl der Seminaristen zu gering ist und denselben günstigere Aussichten für ihr Fortkommen sich eröffnen, als daß deren Verwendung für den hiesigen Schulunterricht stets gesichert und ihnen selbst erwünscht wäre, wie denn auch die zur Zeit hier als Gehilfslehrer fungirenden vier Seminaristen ihr Engagement auf Ostern d. J. bereits gekündigt haben. Unter diesen Umständen und da sich auch ergeben hat, daß es für den Schulunterricht angemessener und förderlicher sein würde, wenn einestheils Personen von etwas gereiftem Jahren als Lehrer fungirten und andernteils ein häufigerer Wechsel in dem Lehrpersonal vermieden werden könnte, wird vom Stadt-Magistrate:

die Anstellung zweier Lehrer mit einem jährlichen Gehalte von je 200 fl und einer jährlichen Miethentschädigung von je 30 fl , beantragt. Ein größerer Kostenaufwand wird hiedurch nicht hervorgerufen; aber es entsteht daraus, daß statt der frühern vier Gehilfslehrer jetzt nur zwei ordentliche Lehrer thätig werden würden, die Nothwendigkeit, daß eine neue Classeneintheilung gemacht werden muß. In dieser Beziehung wird vom Stadt-Magistrat ferner beantragt:

die seit Kurzem erst eingeführte Trennung der Geschlechter durch die beiden untersten Classen in jeder der beiden Freischulen wieder aufzuheben und aus den je zwei Classen je eine Classe zu bilden.

Dabei ist die Vereinigung der Geschlechter während der Schulunterrichtsstunden nicht bedenklich gefunden und außerdem berechnet, daß die Zahl der Schüler und Schülerinnen in jeder der verbundenen Classen nur auf etwa 70 sich belaufen werde.

2) Die beiden Freischulen werden in nicht geringer Zahl von Kindern solcher Eltern besucht, deren Verhältnisse, wie ermittelt worden, nicht so beschränkt sind, wie vieler anderer Aeltern, welche ihre Kinder in die Schulgeld fordernden Bürgerschulen schicken. Nach dem Beispiele anderer Städte ist auch für die Gemeindeschulen in hiesiger Stadt eine Unterscheidung in niedere, mittlere und höhere Bürger- oder Gemeindeschulen angenommen und sind zu den erstern die hiesigen Freischulen gezählt. Wenn nun diese auch vorzugsweise für den Besuch von Kindern recipirter Armer oder sonst wenig bemittelter Aeltern bestimmt sind, so ist doch das Resultat zum Vorschein gekommen, daß von den 983 die Freischulen besuchenden Kindern nur 187 den recipirten Armen angehören, und ist ferner in Erfahrung gebracht, daß Freischüler von Freischullehrern in Freischullocalen für Geld Privatunterricht nehmen. Hiernach ist es für entsprechend und angemessen gehalten, den Unterricht in den Frei- oder andern Gemeindeschulen ferner nicht ohne Unterschied frei zu lassen, sondern für die Kinder nicht recipirter Armer auch in diesen Schulen ein mäßiges Schulgeld zu erheben, wenn die Aeltern zur Zahlung eines solchen Schulgelbes im Stande sein möchten

wobei jedoch eintretenden Falls eine Ermäßigung oder ein Erlass des Schulgelbes vorbehalten bleiben soll. Unter Erwähnung einiger anderer im Ganzen nur für die Einführung eines Schulgelbes in den Freischulen sprechenden Momente hergenommen, insbesondere aus der Anschauung dieser Maßregel Seitens der Eltern und Kinder, wird vom Stadt-Magistrate der Antrag gestellt:

abgesehen von den Kindern von der Armen-Anstalt unterstützter Eltern von Oftern d. J. an in den Freischulen oder niedern Gemeindeschulen ein Schulgeld, in den beiden obern Classen von jährlich 2 fl und in den beiden untern Classen von jährlich 1 fl 8 gg zu erheben.

3) Endlich glaubt noch der Stadt-Magistrat, mit Rücksicht auf die mit manchen Mühwaltungen verbundene, auch sonst schwierige, von den gegenwärtigen Inhabern aber mit Geschick und Einsicht ausgefüllte Stelle der beiden dirigirenden Lehrer an den Freischulen:

für diese die bisherige Remuneration von je 50 fl um je 100 fl von Oftern dieses Jahres an zu erhöhen, beantragen zu dürfen.

Die vorstehend unter 1 und 2 vermerkten Anträge werden von der Schul-Commission der Versammlung zur Annahme empfohlen; hinsichtlich des Antrages unter 3 ergibt sich bei dem Vortrage eine von den Absichten des Stadt-Magistrats abweichende Auffassung des Commissionsreferenten, indem dieser, von der Meinung ausgehend, daß eine Erhöhung der Remuneration nicht um 100 fl , sondern auf 100 fl proponirt sei, deren Genehmigung der Versammlung empfiehlt. Aber auch nachdem der Herr Oberbürgermeister Caspari das Mißverständnis aufgeklärt hatte, erklärt der Herr Referent, daß er aus in der Sache liegenden Gründen bei dem beschränkten Antrage stehen bleiben müsse.

Der Herr Vorsikende stellt die einzelnen Punkte, in obiger Reihensfolge zur Berathung.

Zu 1. Die mit der Anstellung nur zweier ordentlicher Lehrer beabsichtigte Zusammenlegung der beiden untersten Schul-Classen ruft zunächst bei den Herren Kahler, Rischbieter, Lüdecke und Warrentrapp einige Bedenken hervor, insofern, als in Frage gestellt wird, ob nicht die Vereinigung der Schulkinder aus zwei Classen in einer Classe, zumal gerade die untersten Classen in der Regel am stärksten besucht wären, eine zu große Zahl von Schulkindern ergeben möchte, als daß der Lehrer sie genügend übersehen und mit seinem Unterrichte erspriesslich genug wirken könnte und ob auch die Localitäten geeignet genug sein würden, um eine größere Anzahl von Kindern ohne Hintansetzung gesundheitlicher Rücksichten fassen zu können. Zur Beseitigung dieser Bedenken erklären und versichern die Herren Steinmeyer und Uhde und Herr Oberbürgermeister Caspari, daß auch nach der Vereinigung der beiden untersten Classen zu einer Classe die Zahl der Schulkinder in jeder Classe im Durchschnitte nur etwa auf 70 sich belaufen werde, — daß ein tüchtiger Lehrer bei einer solchen Anzahl mit Erfolg Unterricht werde ertheilen können, auch in anderen Schulen, z. B. in der Waisenhaus-Schule, die Zahl der Kinder bis auf 100 in einer Classe sich steigern, — daß endlich die Beschaffenheit der Localitäten nicht befürchten ließen, daß in derselben eine so große Anzahl, nicht ohne Gefahr für die Gesundheit Platz und Unterkommen finden könnten.

Herr Rischbieter hatte bei Aeußerung seines vorgedachten Bedenkens vorge schlagen, die Zahl der anzustellenden, ordentlichen Lehrer von zwei auf vier zu erhöhen; Herr Lüdcke nimmt diesen Vorschlag auf und wiederholt denselben, indem er vorstellig macht, wie gefahrvoll für die Kinder und wie nachtheilig für den Unterricht selbst die Zusammenbringung der Geschlechter in einer Classe sei. Wenn auch, wie Herr Lüdcke dankbar anzuerkennen sich berufen fühlt, in neuerer Zeit Vieles für die Schulen und für die Lehrer geschehen sei, so sei damit auch etwas Großes, die Bildung von Menschen, angestrebt und gefördert, und zur Erreichung dieses Zieles müßten die nothwendigen Opfer gebracht werden, weshalb denn auch die Anstellung von vier Lehrern, wenn irgend die Mittel dazu vorhanden seien, durchaus zweckmäßig und wünschenswerth erscheine. Auch Herr Aronheim erblickt in der Vereinigung der Geschlechter in einer Classe eine erhebliche Gefahr, indem er fürchtet, daß durch das Zusammensein die auf die Moralität der Kinder nachtheilig einwirkenden Beispiele, wenn auch ursprünglich vielleicht im Hause empfangen, in der Schule möchten genährt und weiter ausgebildet werden. Der Segen einer Trennung der Geschlechter in der Schule werde in der spätern Zukunft noch klarer hervortreten und die Verwendungen rechtfertigen, die hierdurch nothwendig werden möchten; von den untersten Classen an möge daher um jeden Preis die Trennung der Geschlechter aufrecht erhalten werden.

Herr Steinmeyer erkennt an, daß eine Vereinigung von Knaben und Mädchen in einer Schulklasse nicht ganz unbedenklich und immerhin zu wünschen sei, daß eine Trennung der Geschlechter durchgeführt werden könne, obwohl er auf der andern Seite dafür hält, daß die Gefahr, welche aus dem nähern Verkehr von Knaben und Mädchen mit einander hervorgehen kann, vielmehr außerhalb der Schule, in dem häuslichen Leben ihren ursprünglichen Entstehungsgrund findet, als in der Schule, in welcher die Kinder doch unter strengerer Aufsicht stehen. Seit der Zeit, daß die Trennung der Geschlechter beschlossen worden, sei die letztere grundsätzlich durchzuführen versucht und es dürfte hierin auch eine Aenderung nicht zu treffen sein, wenn es angehen würde, die zur Erreichung dieses Zieles nöthigen Geldmittel herbeizuschaffen. Der Aufwand für die hiesigen Gemeindeschulen sei in den letzten Jahren ein sehr bedeutender gewesen und namentlich habe es dabei für eine wichtige Aufgabe gegolten, die äußern Verhältnisse der Lehrer zu verbessern. So viel in dieser Beziehung schon gethan, so sei dies immer noch nicht genug, da ein jährlicher Gehalt von 200 \mathfrak{f} kaum zum nothdürftigsten Auskommen ausreiche und es werde daher ein stetes Bedürfniß bleiben, die Lehrergehälter allmählig noch zu erhöhen. Hierbei, wie bei alten Verwendungen für die Schulen, dürften aber die finanziellen Kräfte der hiesigen Stadt nicht außer Acht gelassen werden und wenn das hauptsächlich zu erstrebende Ziel nach den verfügbaren Mitteln nicht ohne das Opfer anderer, wenn auch an sich wünschenswerther Einrichtungen erreicht werden könne, so müsse dieses Opfer gebracht werden. Als ein solches und zwar nicht überwiegendes sei die Aufhebung der Trennung der Geschlechter in den beiden untersten Schulclassen anzusehen. — Zu einer im Ganzen übereinstimmenden Ansicht bekennt sich auch Herr U h d e, der die Vereinigung der Geschlechter gerade in den untersten Classen, bei Kindern im Alter von 5 bis 7 Jahren, für nicht sehr bedenklich hält. — Ebenso erblickt Herr Overbürgermeister Caspari, sich stützend auf die Erfahrungen und das Gutachten so vieler Sachverständiger, in der Wiedervereinigung der Geschlechter in den untersten Schulclassen keine be-

sondere Gefahr, wie denn auch in den Landschulen eine Trennung der Geschlechter bisher nicht für nothwendig gehalten sei: vorzüglich werde es darauf ankommen, daß in dem häuslichen und Familienleben auf die Moralität der Kinder eingewirkt werde. Die in den hiesigen Schulen seit wenigen Jahren eingeführte Trennung der Geschlechter würde beibehalten werden können, wenn die damit verbundenen Kosten nicht zu bedeutend wären und nicht noch manche Verbesserungen des hiesigen Schulwesens in Aussicht ständen, welche einen erheblichen Aufwand erfordern würden. Es möge nicht übersehen werden, daß vor etwa 25 Jahren die Erwartung gehegt sei, daß die Gemeindeschulen einen jährlichen Ueberschuß von 300 R gewähren würden, während dieselben zur Zeit einen Zuschuß von 4000 R aus der Stadt-Casse in Anspruch nehmen!

Bei der Abstimmung über die unter

1) gestellten beiden Anträge des Stadt-Magistrats erfolgt deren Annahme durch den Mehrheitsbeschluß der Versammlung.

Zu 2. Die unter dieser Nummer vom Stadt-Magistrate beantragte Erhebung eines Schulgeldes von 2 R und 1 R 8 gr jährlich wird von der Versammlung ohne weitere Debatte genehmigt.

Zu 3. Die beantragte Erhöhung der jährlichen Remuneration der beiden dirigirenden Lehrer an den Freischulen von 50 R auf 150 R findet bei den Herren Graß, Uhde und Rischbieter Widerspruch, indem dieselben einestheils eine Remuneration von jährlich 100 R für angemessen halten, und andernteils, sollte es auch im Uebrigen für entsprechend und wünschenswerth erachtet werden, den beiden dirigirenden Lehrern ein höheres Einkommen zufließen zu lassen, ein Mißverhältniß darin erblicken, daß diesen Lehrern neben ihrem Gehalte von jährlich 250 R eine außerordentliche Remuneration von 150 R zugesacht werde. Insbesondere will Herr Uhde, um dieses eigenthümliche Verhältniß zu vermeiden, lieber den beiden dirigirenden Lehrern einen höhern Gehalt ausgesetzt oder dieselben bei dem Einrücken in die höhere Gehaltsklasse vorzugsweise berücksichtigt sehen, als die außerordentliche Remuneration höher als auf 100 R jährlich festgestellt wissen.

Herr Steinmeyer äußert sich über die Stellung der dirigirenden Lehrer, welchen als Gehilfen des Schuldirectors die Aufsicht über die ihnen zunächst untergeordneten Schulen übertragen sei und die für die Aufrechterhaltung der Schulordnung in jeder Beziehung zunächst zu sorgen hätten. An einen solchen Platz könne, solle der Schule entsprechend genützt werden, nur ein sehr tüchtiger Lehrer gestellt werden, welcher wegen seiner schwierigen Mühewaltungen auch besonders honorirt werden müsse, damit eine solche Stelle zugleich auch den äußern Werth bekomme und deshalb erstrebt zu werden verdiene. Bei der ersten Besetzung sei, um die getroffene Wahl zu erproben, die ausgesetzte Remuneration nur auf 50 R beschränkt; nachdem sich aber jetzt gezeigt habe, daß die zu dirigirenden Lehrern außersehenen Personen wohl geeignet seien, ihre Stellen auszufüllen, dürfe nicht mehr Anstand genommen werden, denselben ein besseres Einkommen zuzuweisen. Dies werde nur durch die beabsichtigte Zubilligung einer außerordentlichen Remuneration möglich zu machen sein, da eine Gehalts-Verbesserung, insbesondere durch das Vorschieben der dirigirenden Lehrer in die höhern Gehalts-Classen nothwendig eine Zurücksetzung anderer, an sich pflichttreuer und tüchtiger, nur nicht zu dem Amte eines Dirigenten geeigneter Lehrer, die auf eine Gehalts-Verbesserung nach der festgesetzten bestimmten Reihenfolge rechnen dürften, zur Folge haben müßte. Wenn nun eine um 150 R jährlich erhöhte

Dotirung der Stellen der dirigirenden Lehrer an und für sich keine erhebliche Einwendung gefunden habe, das ganze Einkommen derselben im günstigsten Falle auch nur auf 500 bis 600 \mathfrak{f} sich steigern werde, so sei wohl darauf kein entscheidendes Gewicht zu legen, ob die bessere Dotirung durch eine außerordentliche Remuneration von 150 \mathfrak{f} oder auf sonstige Weise geschehe. — Uebereinstimmend mit diesen Ansichten sprechen sich auch Herr Lüdcke und Herr Oberbürgermeister Caspari aus, welcher letztere die Stellung der dirigirenden Lehrer an den Freischulen für schwieriger hält, als an den Bürgerschulen, und kein anderes geeignetes Mittel findet, um jenen ein den an sie zu stellenden Anforderungen entsprechendes Einkommen zu verschaffen.

Die Abstimmung über den vom Stadt-Magistrate gestellten Antrag unter 3 er giebt Stimmengleichheit, welche durch die entscheidende Stimme des Herrn Vorsitzenden, der sich dabei auf die Motivirung des Herrn Steinmeyer stützt, zu Gunsten des Antrages gehoben wird, so daß dieser als durch den Beschluß der Versammlung angenommen erscheint.

V. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. v. Mts., handelt es sich um eine weitere Verfügung über ein der hiesigen Stadt zugehöriges, bei Möbdesse, Königl. Hannoverschen Amts Meinerffen, belegenes Grundbesitzthum in der Größe von 380 Feldmorgen 66 Quadratruthen, welches seit dem Jahre 1835, bis wohin dasselbe mit Holz bestanden war, an den Kaufmann und Senator Aldefeld in Peine, bis Martini 1865 für ein jährliches Pachtgeld von 583 \mathfrak{f} verpachtet ist. Das Anerbieten eines Dekonomen Hellvogt aus Peine, in den bestehenden Pachtcontract unter erklärter Zustimmung des jetzigen Pächters einzutreten, wenn das neue Pachtverhältniß mit ihm auf einen Zeitraum von etwa 20 Jahren hinaus verlängert werden würde, für diesen Fall von 1865 an ein jährliches Pachtgeld von 1000 \mathfrak{f} zu zahlen und auf eigene Kosten nicht bloß die Erbauung und Erhaltung der nöthigen Wirthschafts-Gebäude zu übernehmen, sondern auch eine zweckmäßige Drainage des Grundstücks auszuführen, für den Fall eines Verkaufes aber ein Kaufgeld von 19000 \mathfrak{f} zu geben, — hat den Stadt-Magistrat veranlaßt, den Landes-Dekonomie-Commissar Ludwig I. um ein Gutachten über die vortheilhafteste Verwerthung jenes Grundstücks zu ersuchen. Auf die an ihn gestellten Fragen hat dieser Sachverständige in einer ausführlichen, alle Verhältnisse umfassenden Auseinandersetzung seine gutachtliche Aeußerung abgegeben, nach welcher derselbe eine fernere Verpachtung des Grundstücks für am vortheilhaftesten hält und zwar am besten zur Selbstbewirthung auf eine Reihe von 20 Jahren gegen ein angemessenes Pachtgeld, eventuell an einen Pächter zur Wiederverpachtung oder endlich in einzelnen Parzellen an verschiedene Pächter, — von einem Verkaufe des Grundstücks aber abräth, sofern nicht ein Kaufgeld von 30000 \mathfrak{f} zu erlangen stehe. Der Stadt-Magistrat hat sich nach Maßgabe dieses Gutachtens und in der Erwägung, daß ein Vermögen der hiesigen Stadt in einem derartigen Grundstücke besser und sicherer als in Capitalien angelegt sein werde, für eine weitere Verpachtung und zwar in Erwartung einer Einigung über die zu stellenden Bedingungen an den Dekonom Hellvogt, entschieden.

Der unter diesen Umständen von dem Stadt-Magistrate gestellte Antrag: die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß das vorgedachte bei Möbdesse belegene städtische Grundstück auch fortan durch Ver-

und die pachtung genützt und daß zu diesem Zwecke vom Stadt-Magistrate, unter der Mitwirkung einer aus der Versammlung zu erwählenden Commission, mit dem Dekonomen Hellvogt in Peine, ein Contract abgeschlossen werde, wird auf den empfehlenden Vortrag des Herrn Grotian, Namens der Finanz-Commission, von der Versammlung gebilligt und angenommen.

Zugleich wird durch die Wahl der Herren Desterreich, Lissebon und Grotian die Commission bestimmt, welche mit dem Stadt-Magistrate den Contracts-Abschluß fördern und den Contracts-Entwurf der Versammlung zur demnächstigen Genehmigung vorlegen soll.

In nicht öffentlicher Sitzung findet noch eine kurze Verhandlung Statt, nach deren Beendigung die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen wird.

Am 17. März 1844. In der öffentlichen Sitzung des Magistrats zu Braunschweig, am 17. März 1844, wurde nach der Verlesung des Protocolls der Sitzung vom 10. März 1844, dasselbe genehmigt und beschlossen, dass der Magistrat, unter Mitwirkung der Finanz-Commission, mit dem Dekonomen Hellvogt in Peine, ein Contract abgeschlossen werde, auf den empfehlenden Vortrag des Herrn Grotian, Namens der Finanz-Commission, von der Versammlung gebilligt und angenommen.

Zugleich wird durch die Wahl der Herren Desterreich, Lissebon und Grotian die Commission bestimmt, welche mit dem Stadt-Magistrate den Contracts-Abschluß fördern und den Contracts-Entwurf der Versammlung zur demnächstigen Genehmigung vorlegen soll.

In nicht öffentlicher Sitzung findet noch eine kurze Verhandlung Statt, nach deren Beendigung die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen wird.

Am 17. März 1844. In der öffentlichen Sitzung des Magistrats zu Braunschweig, am 17. März 1844, wurde nach der Verlesung des Protocolls der Sitzung vom 10. März 1844, dasselbe genehmigt und beschlossen, dass der Magistrat, unter Mitwirkung der Finanz-Commission, mit dem Dekonomen Hellvogt in Peine, ein Contract abgeschlossen werde, auf den empfehlenden Vortrag des Herrn Grotian, Namens der Finanz-Commission, von der Versammlung gebilligt und angenommen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 6. März 1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herrn Löbbbecke, Steinmeyer und Bierbaum wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 21. v. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. Januar d. J., über welches Namens der Bau-Commission Herr Graß Vortrag macht, enthält folgende Mittheilung:

Hinter dem Schulgebäude an der Leopoldstraße befindet sich am Oker-Canale eine Fülle, welche von einem großen Theile der Bewohner jener Straße schon seit längern Jahren dazu benutzt ist, um aus dem Oker-Canale fließendes Wasser zu schöpfen. Der desfallige Ab- und Zugang des Publikums führt namentlich während der Schulstunden manche Störungen und Belästigungen herbei, und es ist darauf Bedacht genommen, jene Fülle baldthunlichst unzugänglich zu machen. In Berücksichtigung des Umstandes, daß es den Bewohnern jener Gegend allerdings erwünscht sein muß, wenn nicht mehr an jener, so doch an einer andern Stelle in der Nähe Wasser aus dem Oker-Canale holen zu können, ist mit dem Tischlermeister Otto an der Leopoldstraße, welcher an demselben Canale eine Privatfülle besitzt, eine Uebereinkunft des Inhalts getroffen, daß dieser seine Fülle gegen eine Entschädigung von 80 fl der hiesigen Stadt zur Verfügung stellt, und sollte das Publikum auf die Benutzung dieser Fülle angewiesen werden. Freilich wird auch diese Benutzung nur eine zeitweilige sein, da schon im kommenden Jahre Seitens Herzogl. Bau-Direction eine Instandsetzung des

Okerufers an der nördlichen Bruchstraße beabsichtigt wird, bei welcher Gelegenheit die vorhandenen Füllen werden beseitigt werden; indessen ist von Herzogl. Bau-Direction die Anlegung einer öffentlichen Wasserfülle und Wassertreppe zugesagt.

Der Stadt-Magistrat beantragt hiernach:

zum Ankaufe der Otto'schen Fülle 80 R aus der Stadt-Casse zu verwilligen und eben diese Fülle demnächst der Herzogl. Bau-Direction unter Vorbehalt des Materials und gegen die Verpflichtung der Anlegung und Unterhaltung einer öffentlichen Fülle an derselben Stelle zur Wegnahme zu überlassen.

Auf die Empfehlung der Commission und des Herrn Lüdecke wird der Antrag von der Versammlung ohne weitere Debatte angenommen.

II. In Bezug auf den Ankauf und Abbruch der Häuser N° 55, 56 und 57 auf dem Brüdern-Kirchhofe erstattet in Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. Decbr. v. J. Herr Helfft Namens der Finanz-Commission der Versammlung weitem Bericht:

Die Häuser N° 55 und 57 sind Seitens der Stadt bereits angekauft und sollte deren Abbruch zu Ostern d. J. erfolgen; der Ankauf des Hauses N° 56 ist noch dadurch verzögert, daß der Eigenthümer desselben eine Forderung von 3000 R gestellt hat, welche zu hoch und deshalb nicht annehmbar erschienen ist. Jetzt hat der Letztere zwei anderweite Anerbietungen gemacht, welche dahin gehen:

entweder ihm für sein Haus 1700 R in Courant, welche jedoch gegen 4% Verzinsung der Stadt-Casse einstweilen creditirt bleiben sollen, zu bezahlen und ihm außerdem die zu den 3 Häusern gehörenden Ackerparcels, sowie das Material der 3 Häuser zu überlassen, während er selbst sich verpflichtet, den Abbruch der Häuser und die vorschriftsmäßige Planirung des Plazes auf seine Gefahr und Kosten zu übernehmen;

oder ihm die beiden Häuser N° 55 und 57 nebst den zu denselben gehörigen Ackerparcels einstweilen noch von Ostern d. J. an auf 3 Jahre gegen Zahlung eines den bisherigen Ertrage gleichkommenden Miet- und Pachtgeldes zur Benutzung zu überlassen, wobei er sich verpflichtet, die vorkommenden Reparaturen an den Häusern selbst zu übernehmen, und auf desfallsige Aufwendungen Seitens der Stadt verzichtet.

Der Stadt-Magistrat hat sich für den ersten dieser beiden Vorschläge entschieden, um den einmal beschlossenen und durch den Ankauf der beiden Häuser N° 55 und 57 vorbereiteten Abbruch der 3 Häuser möglichst bald zur Ausführung zu bringen und nach 3 Jahren etwa wieder erfolgende neue Verhandlungen in dieser Angelegenheit zu vermeiden. Die jetzige Forderung von 1700 R unter Hinzurechnung des Werths der 3 Ackerparcels zu etwa 400 R und des Materials der Häuser zu etwa 500 R entspreche annähernd der Summe, welche früher mit etwa 2500 R auf den Ankauf des Hauses N° 56 zu verwenden beabsichtigt worden. Unter der weitem Bedingung, daß die von dem Eigenthümer des letztern Hauses geforderten 1700 R der hiesigen Stadt gegen vierprocentige Verzinsung auf 5 Jahre, also bis Ostern 1861, Seitens des Gläubigers unkündbar creditirt bleiben, während der Stadt die Rückzahlung nach vorgängiger dreimonatiger Kündigung auch innerhalb jenes Zeitraums vorbehalten würde, giebt der Stadt-Magistrat:

die Genehmigung des Ankaufs des Hauses *N* 56 zum Abbruche um Ostern d. J.,
der Versammlung anheim.

Die Commission empfiehlt eine Combinirung beider Anerbietungen mit einander in der Art, daß zwar, um spätern neuen Verhandlungen vorzubeugen, mit dem Besitzer des Hauses *N* 56 sofort ein Kaufcontract abgeschlossen würde, durch welchen die Uebergabe dieses Hauses zu Ostern 1859 festgestellt und gesichert werde, zugleich jedoch dem Verkäufer bis zu diesem Zeitpunkt, also auf 3 Jahre, die beiden Häuser *N* 55 und 57 mit den Ackerparcelen in Miete und Pacht gegeben würden. Auf solche Weise würde der hiesigen Stadt nicht bloß eine dreijährige Verzinsung der 1700 R mit je 68 R erspart werden, sondern auch der jährliche Mieth- und Pacht-*Ertrag* mit etwa 60 R verbleiben, so daß das Haus *N* 56 danach um etwa 400 R wohlfeiler gekauft erscheine. In fernerer billiger Berücksichtigung des Interesses des Eigenthümers dieses Hauses, welcher sich inzwischen eher nach einer andern Wohnung umsehen könne, giebt die Commission der Versammlung anheim:

sich mit dem von ihr gemachten Vorschlage einverstanden zu erklären.

Die Proposition des Stadt-Magistrats findet ihre Vertreter in den Herren Graß, Häusler, Quenstedt, Lüdecke und Lissebon, deren Ansichten im Wesentlichen darauf hinauslaufen, daß über die Wegnahme der 3 Häuser vom Brüdern-Kirchhofe nun schon seit Jahren verhandelt und es daher endlich wohl an der Zeit und wünschenswerth sei, die Sache durch Ausführung des beabsichtigten Plans zu erledigen.

Die Herrn Wankelius, Fabricius, Födel u. Helfft sprachen sich widerholt für die Annahme des Commissions-Antrages aus.

Bei der Abstimmung erklärt sich die Versammlung mit 13 gegen 10 Stimmen: für die Proposition des Stadt-Magistrats, wonach der Commissions-Antrag nicht weiter in Frage kommt.

Die weitem Verhandlungen beziehen sich auf Gegenstände, namentlich auf Gesuche um Verleihung des Wohnortsrecht in hiesiger Stadt, auf Reclamationen gegen die Gemeinde- und Armen-Steuer, welche nicht für die öffentliche Sitzung bestimmt sind.

Hierauf wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N 4.

Sitzung am 22. März 1856.

1856.

Die Verhandlungen in der heutigen außerordentlichen Versammlung der Stadt-verordneten sind in nicht öffentlicher Sitzung vorgegangen.

N^o. 5.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o. 108. der Braunschweigischen Anzeigen de 1856.)

1856.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 17. April 1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich eröffnet.

Die Protocolle über die Sitzungen am 6. und 22. v. Mts. werden von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. In Betreff der Wahl einer Deputation von drei Mitgliedern aus der Versammlung, welche in Gemeinschaft mit einer Deputation des Stadt-Magistrats Namens der städtischen Behörden am 25. d. Mts. Sr. Hoheit, dem Herzoge, die Fest-Adresse überreichen sollen, giebt Herr Häusler der Versammlung anheim, den Auftrag der aus den drei Herren Oesterreich, Kellner und Uhde zusammengesetzten Commission, welche beauftragt ist, die Anordnungen zur Feier des 25. d. Mts. im Verein mit dem Stadt-Magistrate zu treffen, auf die Ueberreichung jener Adresse auszu dehnen.

Dieser Vorschlag wird von dem Herrn Steinmeyer unterstützt und von der Versammlung angenommen.

II. Die Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 18. v. Mts. über die von dem Stadteinnehmer, Stadtrathe Rudolphi zum 1. d. Mts. gewünschte Entlassung aus seinem Dienstverhältnisse zu der hiesigen Stadt gegen Verwilligung einer entsprechenden Pension ist von der Statuten-Commission einer Prüfung unterzogen und erstattet Namens derselben Herr Kronheim der Versammlung Bericht:

Die Commission erklärt sich mit dem Stadt-Magistrate darüber einverstanden, daß der Stadtrath Rudolphi wegen seines Dienstalters, jedenfalls aber wegen seines Gesundheits-Zustandes, welcher es ihm unmöglich macht, seine amtlichen Geschäfte als Stadteinnehmer ferner zu besorgen, seine Entlassung mit Pension zu fordern, berechtigt sei.

Auch ist darüber kein Zweifel entstanden, daß der Herr Rudolphi nach der Zahl seiner Dienstjahre auf den gesetzlich höchsten Pensions-Betrag von vier Fünfteln seines Gehalts-Einkommens Anspruch habe.

Die Berechnung dieses Einkommens bietet aber mancherlei Schwierigkeiten dar, weil dasselbe aus verschiedenen Summen besteht, von welchen es nicht unzweifelhaft ist, ob und in welchen Beträgen dieselben zu dem Gehalte oder zu solchen Nebeneinkünften, welche bei der Pension nicht zu berücksichtigen sind, zu zählen seien. Herr Rudolphi selbst rechnet sich als festen Gehalt die Summe von 925 fl an, eine Summe, welche auch in den jährlichen Stadt-Cassenrechnungen für ihn in Ausgabe gestellt ist; dieser Summe rechnet derselbe noch einen jährlichen Durchschnitts-Betrag von 389 fl 22 gg hinzu, welche sich ergeben, wenn die gesammte vom Septbr. 1818 bis zum Schlusse des vergangenen Jahres erhobene Personalsteuer auf einen durchschnittlichen Jahresbetrag zurückgeführt wird und von solchem Jahresbetrage die bisher üblich gewesenen 2 Procent Hebegebühren, die s. g. Remisen, berechnet worden. Danach würde sich der Gehalt des Herrn Rudolphi auf jährlich 1314 fl 22 gg 4 q belaufen und die Pension zu vier Fünfteln dieses Gehalts 1051 fl 22 gg 4 q betragen.

Zu einem andern Resultate ist der Stadt-Magistrat gelangt. Herr Rudolphi hat seit dem Jahre 1820 als städtischer Erheber einen festen jährlichen Gehalt von 600 fl gegen Aufhebung aller Remisen von der städtischen Erhebung und außerdem noch 100 fl für Büreaufkosten rüchichtlich der Erhebung der Aerariengelder bekommen; ferner sind demselben bei der Uebertragung auch der Erhebung des Services im Jahre 1826 — 120 fl für die Annahme eines Gehülfen wegen dieser Geschäfts-Vermehrung ausgesetzt, doch sind seit dem Jahre 1831 statt der letzten Summe stets 200 fl in den Rechnungen passirt. Diese drei Posten von 600 fl , 100 fl und 200 fl in damaligem Conventionsgelde ergeben allerdings den Betrag von 925 fl in Courant. Der Stadt-Magistrat ist aber der Meinung, daß die 100 fl Büreaufkosten, obwohl von denselben ohne desfalls von Seiten des Stadt-Magistrats erhobenen Widerspruch auf die eigene Veranlassung des Herrn Rudolphi von diesem zur Wittwen-Casse beigetragen worden, dennoch nicht zu dem eigentlichen Gehalte gerechnet werden könnten. Auch die Anrechnung der 200 fl für die Service-Erhebung zu dem Gehalte ruft bei dem Stadt-Magistrate einige Zweifel hervor, die indessen nicht für so erheblich gehalten werden, um die Ausschließung dieser Summe von dem Gehalts-Betrage unbedingt zu fordern. Was endlich die Remisen von der Personalsteuer betrifft, so spricht der Stadt-Magistrat sich dahin aus, daß diese wohl als ein Theil des Gehalts angesehen werden dürften, wenn von denselben auch zu der Wittwen-Casse nicht beigetragen worden. Da aber durch die Verordnung vom 4. October 1830 die Personalsteuer dauernd ermäßigt ist, so hält der Stadt-Magistrat dafür, daß auch nur von dieser Zeit an der durchschnittliche Jahresbetrag der Remisen berechnet werden könne, derselbe würde danach nur 344 fl 12 gg betragen.

Nach dieser Reduction ist der Gehalt des Herrn Rudolphi nur auf 800 fl in Conventions-Münze oder 822 fl 5 gg 4 q in Courant und auf 344 fl 12 gg in Courant, zusammen also auf 1166 fl 17 gg 4 q berechnet, wovon vier Fünftel 933 fl 9 gg als Pension ausmachen würden.

Auf die dem Herrn Rudolphi vom Stadt-Magistrate gewordene Mittheilung dieser Berechnung hat der Erstere vergleichsweise vorgeschlagen, seine Pension nach dem höchsten Gehaltsfusse von 1200 fl zu bestimmen, welcher in einem frühern Special-

Statute für den Stadterheber ausgeworfen sei. Dieses Statut ist indessen unter den städtischen Behörden zum Abschlusse nicht gekommen und kann deshalb nach Ansicht des Stadt-Magistrats um so weniger zum Anhaltspunkte genommen werden, als in einem neuern Statut-Entwurfe vom 18. October 1854 andere Vorschläge rücksichtlich der Besoldung der städtischen Beamten gemacht seien.

Indem nun der Stadt-Magistrat anerkennt, daß der Herr Rudolphi fast 38 Jahre lang der Verwaltung der städtischen Cassen mit einer musterhaften Treue, dem rühmensewerthesten Fleiße und der ausgezeichnetsten Ordnungsliebe vorgestanden und die Stadt nicht nur vor Verlusten bewahrt, sondern auch durch seine Bereitwilligkeit zur Ueberrahme anderer städtischer Cassen, welche anfänglich von seiner Verwaltung getrennt gewesen, die Möglichkeit von Ersparungen herbeigeführt habe, welche gerade bei dem städtischen Cassenwesen in bedeutendem Maße stattgefunden hätten, — und es für hart hält, alle obwaltenden Zweifel zum Nachtheile des Herrn Rudolphi auszulegen, hat der Stadt-Magistrat auf Grund der von ihm gemachten der Billigkeit entsprechenden Andeutungen anheimgegeben:

die Versetzung des Stadteinnehmers, Stadtraths Rudolphi, in den Ruhestand vom 1. Julius d. J. an mit einer in monatlichen Raten aus der Stadt-Casse zahlbaren jährlichen Pension von 933 fl 9 gg zu genehmigen.

Die Commission bekennt sich im Wesentlichen zu den Ansichten des Stadt-Magistrats, theilt auch die dem Herrn Rudolphi von jener Seite gewordenen Anerkennung, beantragt aber bei den mancherlei wohlbegründeten Zweifeln über die Gehalts-Feststellung zum Zwecke der Pensions-Berechnung die Modification der Proposition des Stadt-Magistrats:

daß der Pensions-Betrag in runder Summe auf 900 fl jährlich bestimmt werde.

Von einer noch mehr abweichenden Auffassung geht Herr Födel aus, indem er meint, daß die Remisen streng genommen nicht dem Gehalte hinzugerechnet werden könnten und daher für die Bestimmung der Pension nur ein Gehalts-Betrag von etwa 800 fl maßgebend bleibe, im vorliegenden Falle auch unbeschadet der sonst gebotenen billigen Rücksichten für Herrn Rudolphi bei dessen günstigen Verhältnissen nur den nach strengem Rechte begründeten Ansprüchen genügt zu werden brauche.

Herr Häusler hat an dem Commissions-Antrage auszusehen, daß es für die Bestimmung des Pensions-Betrages auf 900 fl an einem entsprechenden Anhaltspunkte fehle, und bringt dagegen in Vorschlag, die Pension nach dem höchsten Gehaltsbetrage zu berechnen, welchen der Stadt-Einnehmer nach dem neuern Statut-Entwurfe zu beziehen haben würde, dieser Gehalt würde sich auf 1000 fl belaufen und mithin die Pension auf 800 fl festzustellen sein.

Während Herr Steinmeyer dem Häusler'schen Vorschlage beistimmt, sprechen sich Herr Oberbürgermeister Caspari und Herr Kronheim noch einmal für den höhern Pensions-Betrag aus und geben dabei zu bedenken, daß wohl Veranlassung vorliege, die Billigkeit der etwa abweichenden strengen Rechtsanwendung vorwalten zu lassen, daß die äußern Verhältnisse des zu Pensionirenden nicht für einen geringern oder höhern Pensions-Betrag entscheidend sein könnten und daß durch die Bewilligung einer nach möglichst Billigkeit ermessenen Pension die dem Herrn Rudolphi rücksichtlich seiner Amsthätigkeit gebührende Anerkennung bekundet werde.

Auch Herr Fabricius entscheidet sich für die Feststellung des Pensions-Betrages

auf 900 fl , unter der Voraussetzung, daß für den unverhofften Fall eines weitem processualischen Verfahrens die städtischen Behörden an dieses Anerbieten nicht gebunden erscheinen würden, eine Voraussetzung, die als sich von selbst verstehend bezeichnet wird.

Durch die Abstimmung, vor welcher Herr Fadel seinen Antrag zurück genommen hat, wird, nach Ablehnung des Antrages des Herrn Häusler, von der Versammlung beschlossen:

daß der Stadteinnehmer, Stadtrath Rudolphi, seinem Ansuchen gemäß, sobald diese Angelegenheit zum vollständigen Abschlusse gebracht worden, in Ruhestand versetzt und demselben eine in monatlichen Raten fällige Pension von jährlich 900 fl aus der Stadt-Casse gezahlt werde.

III. Die folchergestalt in Aussicht stehende Pensionirung des Stadt-Einnehmers, Stadtraths Rudolphi, macht es nothwendig, über die Wiederbesetzung dieser Stelle nach vorheriger genauerer Bestimmung der Geschäfts-Verhältnisse Beschluß zu fassen. Hierauf bezieht sich die fernere Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 26. v. Mts., über welche Namens der Statuten-Commission der Herr Vorsitzende der Versammlung Vortrag macht.

Zuvörderst wird bemerkt, daß Herr Rudolphi zugleich Kreis-Einnehmer gewesen, aber auch als solcher pensionirt und eine Trennung der städtischen Erhebung von den Geschäften eines Kreis-Einnehmers bereits eingetreten sei.

Ueber die dienstliche Stellung wird Folgendes als mit dem Stadt-Magistrate von der Commission vorläufig vereinbart vorgetragen.

1) Die Geschäfte des »Stadtkämmerers« als solchen würden bestehen:

- a. in der Erhebung der sämtlichen Einnahmen der Stadt-Casse und der Leistung der auf derselben lassenden Zahlungen, sowie in der Führung der Stadt-Cassen-Rechnung;
- b. in der Führung der Service-Casse und auch der Einquartirungs-Casse;
- c. in der Erhebung der Einnahmen der städtischen Wegeverbesserungs-Casse, der Leistung der Ausgaben derselben und der Rechnungsführung;
- d. in der Special-Erhebung und Ablieferung der Straßenpflasterungsbeiträge;
- e. in der Auszahlung der Brandentschädigungsgelder an die betheiligten Hausbesitzer.

Außerdem würde mit der Führung der Stadt-Casse auch die vom Staate den Gemeinden übertragene Erhebung und Ablieferung der Personalsteuer, der Gewerbesteuer und der Brand-Cassengelder verbunden bleiben und vorzubehalten sein, dem Stadtkämmerer noch andere Rechnungsführungen für die Stadt zu übertragen, nur daß für die Armen-Casse stets ein besonderer Rechnungsführer bestellt werden soll.

2) Die Bestimmung des Betrages der zu bestellenden Caution wird dem jedesmaligen Ermessen der städtischen Behörden vorzubehalten, gleichwohl ein Minimum von 2000 fl vorzuschreiben sein, zumal die unbedingte Forderung einer höhern Caution leicht die Wahl eines tüchtigen Stadt-Cämmerers beschränken könnte. Im vorliegenden Falle soll dieser Minimalatz zur Anwendung kommen.

3) Als Normal-Gehalt für den Stadt-Cämmerer hat der Stadt-Magistrat 800 fl bis 1000 fl proponirt, welchen Betrag auch die Commission für entsprechend und angemessen hält. Für Schreibmaterialien, Büreaukosten, Geldverluste und dergleichen soll nach dem Vorschlage des Stadt-Magistrats, dem auch die Commission beistimmt, eine

Vergütung nicht ausgekehrt werden, die Drucksachen, und das Ausschreiben der Communal-, Personal- und Gewerbesteuer-Zettel werden aber nach wie vor auf Kosten der Stadt-Casse angeschafft und besorgt werden. Einstweilen und bis auf anderweite Einrichtungen, sollen aber dem Stadt-Cämmerer für das Halten eines Cassen-Locals und die Heizung und Erleuchtung desselben 50 fl jährlich als Entschädigung gezahlt werden. Auch mit diesem Vorschlage des Stadt-Magistrats ist die Commission einverstanden, wo hingegen Herr Fabricius diesen Entschädigungs-Betrag für zu gering erachtet. Rücksichtlich der Wahl eines Cassen-Locals wird übrigens die Genehmigung des Stadt-Magistrats vorbehalten.

4) Die bisher üblich gewesenenen zwei Procent Remisen sollen in Uebereinstimmung der Commission mit dem Stadt-Magistrate von dem neuen Stadt-Cämmerer nicht ferner bezogen, im laufenden Jahre noch für die Stadt-Casse erhoben und berechnet werden und vom kommenden Jahre an nach Anleitung des §. 125 der revidirten Städte-Ordnung ganz hinwegfallen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesen von ihrer Commission befürworteten und gemachten Anträgen einverstanden.

Zur Besetzung der Stelle eines Stadt-Cämmerers würden nach §. 122 der revidirten Städte-Ordnung vom Stadt-Magistrate drei taugliche Individuen vorzuschlagen sein; der Stadt-Magistrat erklärt aber, daß er für jetzt nur ein geeignetes Subject in der Person des Stadt-Cassirers Was mus in Vorschlag zu bringen im Stande sei, welcher durch seine Rechlichkeit und Treue und zugleich als ein höchst tüchtiger und fleißiger Arbeiter sich bewährt und um die gute Ordnung des städtischen Cassen- und Rechnungswesens bereits ein wesentliches Verdienst sich erworben habe. Um die Versammlung in ihren desfallsigen geschlichen Befugnissen unbeschränkt und uneingeschränkt zu erhalten, giebt die Commission derselben anheim, auf die Weise ihren Beschluß rücksichtlich einer Wahl zu bekunden, daß die einzusammelnden Stimmzettel entweder unbeschrieben bleiben oder mit dem Namen des vom Stadt-Magistrate vorgeschlagenen neuen Stadt-Cämmerers versehen werden. Werde kein Widerspruch erhoben und enthalte die Mehrzahl der Stimmzettel den Namen des Vorgeschlagenen, so würde in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate angenommen werden, daß der Stadt-Cassirer Was mus unter den in den obigen Commissions-Anträgen festgestellten Bedingungen von Zeit der Pensionirung des Herrn Rudolphi an, mit einem in monatlichen Raten aus der Stadt-Casse zu zahlenden Gehalte von jährlich 800 fl nebst einer jährlichen Vergütung von 50 fl für das Halten, Heizen und Erleuchten eines Cassenlocals unter Hinwegfall sonstiger Nebeneinkünfte, namentlich der Remisen, und gegen Leistung einer Caution von 2000 fl als zum Stadt-Cämmerer gewählt zu betrachten sei.

Nachdem die übrigen Commissions-Vorschläge genehmigt worden, beantragt in Bezug auf die Gehalts-Bestimmung Herr Halle, eventuell für den Was mus dessen Gehalt auf 1000 fl jährlich festzusetzen, weil es schon nicht angemessen erscheinen könne, dessen Gehalt geringer zu bestimmen, als die Pension des Herrn Rudolphi; Herr Risch biete beantragt eine Gehalts-Bestimmung von 900 fl jährlich.

Diesen beiden Anträgen gegenüber erklärte die Commission und Herr Oberbürgermeister Caspari, daß, bei Lage der Sache, die Feststellung des Gehalts auf 800 fl jährlich der Stelle und den sonstigen Verhältnissen vollkommen entsprechend erscheine.

Bei Eröffnung der Stimmzettel ergiebt sich, daß keins derselben unbeschrieben,

sondern sämmtlich den Namen »Wasmus« enthalten, worauf dieser, nachdem Herr Rischbieter seinen Antrag wegen des Gehalts zurückgezogen hat und der Antrag des Herrn Halle abgelehnt worden, von dem Herrn Vorsitzenden als unter den vorgedachten Bedingungen zum Stadt-Cämmerer erwählt, proclamirt wird.

IV. Die von dem Stadt-Magistrate dargelegte Nothwendigkeit, dem neuen Stadt-Cämmerer einen Gehilfen in der Eigenschaft eines Cassen-Controleurs zur Seite zu setzen, wird auch von der Commission anerkannt. Auch für diese Stelle ist vom Stadt-Magistrate aus dem frühern Grunde nur ein Individuum und zwar in der Person des Magistrats-Schreibers Quenstedt mit einem jährlichen Gehalte von 240 \mathfrak{f} in Vorschlag gebracht. Die Versammlung spricht sich auf die Aufforderung des Herrn Vorsitzenden in gleicher Weise und mit dem nämlichen Resultate, wie bei dem Stadt-Cämmerer, für die Wahl des Magistrats-Schreibers Quenstedt zum Stadt-Cassen-Controleur mit einem jährlichen Gehalte von 240 \mathfrak{f} aus.

V. Auch beschließt die Versammlung, einem Antrage des Stadt-Magistrats gemäß, daß diesem, da durch den Abgang des Quenstedt mindestens ein neuer Schreiber nothwendig werde, die Annahme eines solchen Schreibers überlassen bleiben und die Remunerirung desselben auf den Betrag bis zu 120 \mathfrak{f} jährlich festgestellt werden soll.

VI. Nach Inhalts eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 29. v. Mts., über welches ebenfalls der Herr Vorsitzende der Versammlung Bericht erstattet, ist die Lehrerin Sophie Drewes an der Bürgerschule östlichen Bezirks wegen Augenschwäche um ihre Pensionirung, jedoch unter Vorbehalt ihrer Wiederanstellung im Falle ihrer Wiedergenesung eingekommen. Die Pensionirung ist von den betheiligten Behörden für nothwendig erkannt und handelt es sich nur noch um die Bestimmung des Pensionsbetrages. Schon von Ostern 1839 an, obwohl erst mit dem 1. Januar 1849 fest angestellt, hat die Drewes als Lehrerin fungirt und bisher einen jährlichen Gehalt von 250 \mathfrak{f} neben einer Mietentschädigung von 30 \mathfrak{f} bezogen.

Der Stadt-Magistrat giebt anheim:

der Drewes eine, nach Maßgabe ihrer Dienstzeit von Ostern 1839 an, auf 147 \mathfrak{f} 18 \mathfrak{g} sich berechnende jährliche Pension vom April d. J. an gerechnet und in monatlichen Raten aus der Schul-Casse zahlbar, zu verwilligen.

Dieser Antrag wird von dem Herrn Vorsitzenden unterstützt und von der Versammlung durch Beschluß genehmigt.

Hierauf wird die heutige Sitzung, unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o 6.

Sitzung am 22. Mai 1856.

1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herrn W. Kloss, Kahlert, Tüdel und Kellner wird als entschuldigt angenommen; Herr Kellner hat außerdem angezeigt, daß er für die nächsten sechs Wochen auf einer Badereise von hier abwesend sein werde.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 17. v. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

In einem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 30. v. Mts. wird eine Mittheilung der Herzogl. Hof-Jagd-Verwaltung vom 28. desselben Monats, laut welcher Se. Hoheit, der Herzog, befohlen haben, dem Stadt-Magistrate zu eröffnen, daß Höchstdieselben die Ueberlassung der städtischen Jagdberechtigung, einen Beweis treuergebener Gesinnung darin gern erkennend, mit großer Befriedigung und mit Dank entgegen genommen haben; — zur Kenntniß der Stadtverordneten-Versammlung gebracht.

I. Zwei Personen aus hiesiger Stadt, deren Entfernung von hier im allseitigen Interesse nur wünschenswerth erschienen ist, haben um Unterstützung aus der Stadt-Casse behuf Auswanderung nach America nachgesucht, und wird eine solche Unterstützung bewilligt.

II. In Bezug auf die an zweiter Stelle auf der Tagesordnung stehende Berathung über die Erweiterung des Geschäfts-Locals des Stadt-Magistrats zur Aufnahme der Stadt-Casse u. s. w. sind, nach der Mittheilung des Herrn Vorsitzenden, noch anderweite vorherige Erwägungen und Erörterungen erforderlich geworden, welche es nothwendig machen, diesen Gegenstand heute von der Tagesordnung zurückzuziehen.

Dagegen ist in Folge des Beschlusses der Versammlung in der Sitzung am 21. Februar d. J. (N^o 2. V.) von dem Stadt-Magistrate unter Mitwirkung der damals gewählten Commission der Entwurf zu einem Pachtcontracte zwischen der hiesigen Stadt und dem Dekonomen Hellvogt, in Peine über das Grundbesitzthum bei Möbdeffe soweit gefördert, daß derselbe der Versammlung zur Ertheilung der vorbehaltenen Genehmigung hat vorgelegt werden können.

Nachdem von dem Herrn Vorsitzenden die Grundzüge und die wesentlichsten Bestimmungen des Contracts mitgetheilt worden, verlangt die Versammlung nicht weiter die wörtliche Verlesung des Entwurfs, vielmehr erklärt dieselbe mit den vorgeschlagenen Contracts-Bedingungen sich einverstanden und ertheilt:

die vorbehaltene Genehmigung zum definitiven Contracts-Abschlusse auf Grund des vorgelegten Entwurfs.

III. Aus der weitem, durch den Beschluß der Versammlung in der Sitzung am 17. Januar d. J. (N^o 1., VII) angeordneten Berathung der Statuten-Commission über die Straßen Polizei-Ordnung für die hiesige Stadt sind einige neue oder abweichende Bestimmungen hervorgegangen, welche der Versammlung zur definitiven Entscheidung vorbehalten sind, nachdem sich die Commission rücksichtlich derselben der

Zustimmung des Stadt-Magistrats einigermaßen versichert hat. Da aus der Versammlung Anträge in Bezug auf die Straßenpolizei-Ordnung innerhalb der gesetzten Frist und bis jetzt nicht eingebracht worden, so bleiben nur jene anderweiten Vorschläge der Commission zu erledigen, um nach Erwägung und Feststellung derselben jenes Statut als abgeschlossen erscheinen zu lassen.

Namens der Commission übernimmt der Herr Vorsitzende den Vortrag; die Commissions-Vorschläge beziehen sich auf folgende Vorschriften, deren definitive Redaction vorbehalten wird.

1) Im §. 16 des neuen Entwurfs ist vorgeschrieben, daß das Beschreiten des Eises auf den Oterkanälen nicht früher und nicht später noch geschehen dürfe, als solches von Herzogl. Polizei-Direction durch öffentliche Bekanntmachung werde bestimmt werden. Es ist von der Commission für angemessen gehalten, eine Modification dieser Vorschrift, welche nur zum Schutze derjenigen Personen gegeben sei, die das Eis betreten möchten, dahin zu treffen, daß sogleich auch die Sicherstellung der Anwohner an den Oterkanälen gegen solche Personen berücksichtigt werde. In diesem Sinne wird vorgeschlagen:

dem §. 16 das unbedingte Verbot des Betretens des Eises auf den Oterkanälen »im Innern der Stadt« einzuschalten.

Die von den Herren Nieß und Fabricius gegen eine derartige Bestimmung erhobene Einwendung, daß in solchem Falle nicht einmal den Anwohnern an den Oterkanälen selbst gestattet sein würde, zu erlaubtem, ja selbst nothwendigem Behufe das Eis zu beschreiten, wird von dem Herrn Vorsitzenden nicht für zutreffend gehalten, da die Durchführung des Verbots selbstverständlich auf dergleichen Fälle nicht erstreckt werden könne.

Dieser Ansicht tritt auch die Versammlung insofern bei, als von derselben ein Antrag des Herrn Fabricius:

wie jenem unbedingten Verbote die Zeit »bei Tage« frei zu halten, abgelehnt, dagegen

der Commissions-Vorschlag angenommen wird.

2) Als §. 35 sind in den neuen Entwurf, nach dem Beispiele ähnlicher Bestimmungen in andern Staaten und Städten und nach einer gutachtlichen Aeußerung des Stadtbaumeisters, ausführliche und sehr specielle Vorschriften über die Herstellung von Baugerüsten aufgenommen, unter welchen namentlich den sogenannten fliegenden Gerüsten eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet ist. Es hat die thunlichste Vorsorge getroffen werden sollen, um Gerüste der letztern Art sicher und ungefährlich zu machen, und ist deshalb auch bestimmt, daß das Aufziehen und Herablassen derselben nicht durch in diesen Rüstungen befindliche Arbeiter geschehen darf, sondern durch besondere auf dem Erdboden stehende, mit dergleichen Arbeiten vertraute Leute besorgt werden soll.

Diese Bestimmungen geben zu einer umständlichen Debatte Veranlassung, in welcher das Für und Wider wegen der vorgeschlagenen Anordnungen rücksichtlich der fliegenden Gerüste von allen Seiten erwogen wird. Aber auch die speciellen Vorschriften wegen der feststehenden Gerüste erleiden, z. B. rücksichtlich der bestimmten Stärke des Holzes, namentlich Seitens des Herrn Lissebon, mancherlei Anfechtungen. Dem Herrn Nieß erscheinen alle diese ins Einzelne gehenden Bestimmungen nicht

genügend und zweckentsprechend, um etwaigen Unglücksfällen vorzubeugen, und beantragt derselbe deshalb:

an die Stelle des §. 35 eine allgemeinere Vorschrift zu setzen, durch welche für die Haltbarkeit und Tragfähigkeit aller derartiger Baugerüste die Werkmeister bei namhafter Strafe verantwortlich gemacht werden.

Dieser Antrag wird endlich von der Versammlung durch große Stimmenmehrheit zum Beschlusse erhoben.

3) Mit dem §. 36, in welchem Vorschriften über die Bereitung von Kalk und Lehm auf den Straßen enthalten sind, erklärt sich die Versammlung, nach einer in Vorschlag gebrachten Redactions-Veränderung einverstanden.

4) Eine Zusatz-Bestimmung zu dem §. 45 des neuen Entwurfs, daß das Waschen der Wagen auf den Straßen nicht ohne besondere polizeiliche Erlaubniß gestattet sein soll, wird von der Versammlung genehmigt.

5) Ebenso wird zu einer neuen Vorschrift im §. 49 über die Reinigung der Straßen vom Grase von der Versammlung die Zustimmung ertheilt.

Sonstige Anträge sind von der Commission zu der Straßen-Polizei-Ordnung nicht gestattet.

Auf einen desfallsigen Antrag des Herrn Fabricius wegen Ueberbrückungen der Gossenzüge in den Straßen, durch welche nur zu leicht Unannehmlichkeiten für das Publikum in Folge von Stauungen des Wassers und Schmutzes, wenn jene Brückenstellen nicht ordentlich gereinigt werden könnten, veranlaßt würden, wird von der Versammlung beschlossen:

in die Straßen-Polizei-Ordnung an entsprechender Stelle noch eine Bestimmung des Inhalts aufzunehmen, daß zur Vermeidung jener Unannehmlichkeiten derartige Ueberbrückungen nur unter sachgemäßer Anweisung und Controle der Polizei angelegt werden dürfen.

Nach einem fernern Vorschlage des Herrn Rischbieter sollte die Vorschrift des §. 48, in welchem für außerordentliche Reinigung der Straßen eine vorherige polizeiliche Anforderung vorbehalten ist, auch auf die §§. 46 und 47 wegen des Straßensiegens und der Abfuhr des Koths und auf die §§. 54 und 55 wegen der Reinigung der Fußwege und Gassen im Winter und wegen der Glitschbahnen angewendet werden; indessen hält es die Versammlung nicht für angemessen, jene Bestimmungen auch auf die gewöhnlichen, regelmäßigen Verrichtungen rücksichtlich der Straßenreinigung zu erstrecken.

Endlich beantragt noch Herr Helfft der ursprünglichen Bestimmung im §. 47 des ersten Entwurfs gemäß:

das Fahren auch nur mit zwei hinter einander gehängten Wagen in den Straßen der Stadt zu verbieten, da das Fahren mit solchergestalt verbundenen zwei Wagen zu mancherlei Störungen und Gefährlichkeiten für den Verkehr in der hiesigen Stadt Veranlassung gebe und deshalb auch kaum in irgend einer andern größeren Stadt erlaubt sei. Der Antrag wird von den Herren Bierbaum und Lissebon unterstützt, wogegen die Herren Fabricius und Steinmeyer, nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt hatte, daß nach dem Polizei-Strafgesetzbuche (§. 258 N. 5) das Fahren mit zwei hintereinander gehängten Wagen nicht verboten sei, die Ansicht vertreten, daß bei dem Vorhandensein dieser letztern Bestimmung das Fahren mit zwei Wagen auch

in hiesiger Stadt nicht wohl verboten werden könne, theils weil manche Straßen für Verbindungswege der eigentlichen Heerstraßen gelten, theils weil es nicht angehen möchte, die Wagenführer anzuhalten, einen der Wagen einstweilen vor den Thoren zurückzulassen. Es wird aber auch noch von den Herren Grass und Häusler keine erhebliche Gefährlichkeit in dem Fahren mit zwei hinter einander gehängten Wagen gefunden, sofern nur die Wagen thunlichst dicht hintereinander befestigt sein würden. — Durch die Abstimmung wird der Antrag des Herrn Helfft von der Versammlung abgelehnt.

IV. Die nachfolgenden Verhandlungen beziehen sich auf Gesuche verschiedener Personen um Zugeständniß heimathrechtlicher und gewerblicher Befugnisse.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wird die heutige Sitzung, unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o 7.

Sitzung am 19. Juni 1856

1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich eröffnet.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 22. v. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt, nur daß Herr Nieß eine Vervollständigung seines unter N^o III. 2. vermerkten Antrages wegen der Herstellung von Baugerüsten zur Berücksichtigung bei der definitiven Straßen-Polizei-Ordnung dahin anheim giebt:

daß die Herrichtung solcher Baugerüste nur nach Anordnung von Baubeamten oder unter specieller Aufsicht sachverständiger Werkmeister geschehen dürfe und eben diese Personen für die Tüchtigkeit der Ausführung verantwortlich gemacht werden;

der Herr Vorsitzende verheißt, eine Berücksichtigung dieses Vorschlages bei der Redaction zu veranlassen.

Die Abwesenheit der Herren Barrentrapp, Kellner, Helfft, Fabricius, Bierbaum und Aronheim wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; ohne Entschuldigung ist abwesend Herr Löbbecke.

Die an erster und zweiter Stelle auf der Tagesordnung vermerkten Angelegenheiten betreffen Baulichkeiten an der Schuhstraße hieselbst, welche zu Verhandlungen über die Abtretung von Grund und Boden zur Verbreiterung des Straßenraums und zugleich zur Herstellung thunlichst gerader Fluchtlinien der Häuser Veranlassung gegeben haben, und zu deren Erledigung der Stadt-Magistrat im Verein mit der Bau-Deputation der Stadt-Verordneten-Versammlung durch Beschluß der letztern autorisirt worden.

In einem von dem Herrn Vorsitzenden der Versammlung eröffneten Schreiben vom 19. d. Mts. giebt der Stadt-Magistrat anheim dem Medicinalrath, Stadtphysicus Dr. med. Francke für die Geschäfte, die demselben als permanentem Vorsitzenden der Unterstützungs-Deputation der Armen-Verwaltung und in Folge der Oberaufsicht über das Medicinalwesen bei der Armen-Verwaltung obliegen, einen Assistenten in der Person des Dr. med. Otto gegen eine jährliche aus der Armen-Casse zu zahlende Remuneration von 100 \mathfrak{f} beizugeben. Dieser Antrag entspricht eben so wohl dem Wunsche des Medicinalraths Francke, der durch seine Gesundheits-Verhältnisse an der alleinigen Besorgung jener Geschäfte verhindert ist, als solcher auch von der Armen-Direction unterstützt wird, um der Armen Verwaltung die Mitwirkung des Medicinalraths Francke der durch seine Bekanntschaft mit den betreffenden Verhältnissen, durch seine Einsicht und durch seinen Eifer der Armen-Verwaltung bisher sehr nützlich geworden ist, auch ferner zu erhalten. Der Dr. med. Otto ist bereit, jene Assistentenz gegen die ausgeworfene Remuneration zu übernehmen.

Auf Empfehlung des Antrages durch den Herrn Vorsitzenden und die Herren Röpkke und Nies wird derselbe ohne weitere Verhandlung durch den Beschluß der Versammlung in der proponirten Weise einstimmig dahin angenommen:

daß der Dr. med. Otto vom 1. k. Mts. an als Assistent des Medicinalraths Francke eintrete und die ihm bestimmte Remuneration von jährlich 100 \mathfrak{f} in monatlichen Beträgen aus der Armen-Casse beziehe.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

No. 8. Sitzung am 26. Juni 1856. 1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden De Sterreich eröffnet.
Das Protocoll der letzten Sitzung am 19. d. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Röpcke, Grotzian, Steinmeyer, Nieß, Fabricius und Kellner wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Löbbecke.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist eine Fortsetzung der Verhandlungen in der letzten Sitzung über die Baulichkeiten an der Schuhstraße hieselbst, derselbe wird in nicht öffentlicher Sitzung in Berathung genommen.

Derselbe findet statt bei der Verhandlung über Gesuche verschiedener auswärtiger Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt.

Hiernächst werden auch die Propositionen des Stadt-Magistrats, über welche der Herr Vorsitzende Vortrag erstattet zur Förderung der Auswanderung zweier Personen aus hiesiger Stadt nach America Beihilfen aus der Stadt-Casse bis zu 25 fl für jede derselben verwilligt.

Die Verlesung des heutigen Protocolls wird für die nächste Sitzung vorbehalten und die heutige Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 31. Juli 1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 26. v. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Uhde, Rischbieter, Häusler, Warrentrapp, Helfft, Bierbaum und G. Kloss wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

I. Zur Theilnahme an den diesjährigen Militair-Aushebungs-Terminen am 25., 26., 27. und 28. f. Mts. werden auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 28. v. Mts., die Herren Fabricius, Rischbieter und Denecke von der Versammlung in der Weise gewählt, daß Herr Denecke im Falle einer Behinderung des Einen der beiden erstgenannten Deputirten dem Aushebungsgeschäfte beizuhelfen solle.

II. Ueber zwei Mittheilungen des Stadt-Magistrats vom 9. und 17. d. Mts., die Anstellung und Pensionirung von Armenboten betreffend, erstattet Namens der Finanz-Commission Herr Grotzian der Versammlung Bericht:

Von den gegenwärtig bei der Armen-Verwaltung thätigen acht Boten, deren Zahl auf sechs soll beschränkt werden können, sind drei Armenboten Mohrenweiser, Gerecke und Delmann nicht mehr fähig, die mit ihrem Dienste verbundenen Besorgungen zu verrichten. Die Armen-Direction, welche zur Zeit die Anstellung wenig-

stens eines neuen Armenboten für nothwendig hält, ist der Ansicht, daß es durchaus wünschenswerth und angemessen sei, von dem bisher befolgten Grundsatz der Verleihung solcher Dienststellen an alte, hilfsbedürftige Bürger abzugehen, weil nach den gemachten Erfahrungen nur jüngere, kräftige und zugleich nicht ganz ungebildete Personen geeignet und befähigt sein würden, über die Verhältnisse der Armen genügende Erkundigungen einzuziehen, dieselben zu controliren und schriftliche Nachrichten zu ertheilen, was gefordert werden müsse, um die Armen-Verwaltung vor größerem Schaden zu bewahren. Hiermit erklärt sich auch der Stadt-Magistrat vollkommen einverstanden und schlägt in Uebereinstimmung mit der Armen-Direction drei Personen vor, aus denen der neu anzustellende Armenbote zu wählen sein würde, nämlich:

- 1) den Webermeister Wilhelm Severit, 39 Jahre alt,
- 2) den vormaligen Schneidergesellen A. Göbecke, 34 Jahre alt, und
- 3) den Schuhmachergesellen Wilhelm Stein, 31 Jahre alt;

der Gewählte sollte sofort seinen Dienst antreten und einen Gehalt von 120 R jährlich beziehen. Rücksichtlich der vorgenannten drei dienstunfähigen Armenboten Mohrenweiser, Gerecke und Delmann wird von dem Stadt-Magistrate anheim gegeben, denselben ihr volles Dienst Einkommen mit resp. 120, 100 und 72 R für ihre Lebenszeit als Pension zu belassen, weil sie sonst entschieden in Noth gerathen würden.

Von der Finanz-Commission wird diese Proposition des Stadt-Magistrats in allen Punkten der Versammlung zur Annahme empfohlen.

Herr Fabricius spricht sich eben sowohl dagegen aus, daß von der bisherigen Obseranz, zu derartige Stellen alte Bürger zu wählen, abgegangen werde, wenn auch für dieses Mal eine Wahl unter den vorgeschlagenen Personen vorgenommen werden möge, — als dagegen, daß die zu entlassenden Armenboten mit voller Pension in Ruhestand versetzt würden, weil solches den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nicht entspreche und leicht zu Berufungen Veranlassung gebe, Bedenken, welche mit im Uebrigen gleichem Resultate allenfalls durch Verwilligung außerordentlicher Remunerationen vermieden werden könnten.

Als Mitglied der Armen-Direction befürwortet Herr Kellner die Anträge des Stadt-Magistrats, indem er hervorhebt, daß die Dienstleistungen der Armenboten insofern von nicht unwesentlicher Bedeutung für das ganze Armenwesen seien, als durch dieselben die nächste und unmittelbarste Vermittlung zwischen den Armen und der Armen-Anstalt begründet und erhalten werden solle, und zu derartigen Verrichtungen und Besorgungen jüngere, kräftigere und gewandtere Leute als die geeigneteren Personen erscheinen dürften; was ferner die Pensionirung der dienstunfähig gewordenen Armenboten betrifft, so findet Herr Kellner in dem geringen Gehaltsbetrage derselben, eine genügende Rechtfertigung dafür, daß denselben, um sie nicht noch auf andere weite Unterstützungen anweisen zu müssen, der volle Gehalt als Pension belassen werde.

Die Herren Duenstedt, Graß und Halle schließen sich den Ansichten des Stadt-Magistrats, der Finanz-Commission und des Herrn Kellner an, während Herr Lissebon rücksichtlich der Pensionsfrage dahin mit dem Herrn Fabricius übereinstimmt, daß die Pensionirung mit vollem Gehalte den sonst durch die betreffenden ge-

fehlenden Bestimmungen zur Geltung gekommenen Grundsätzen widerstreite und deshalb lieber durch außerordentliche Unterstützungen nachgeholfen werden möge.

Gegen dieses letztere Auskunftsmittel findet Herr Steinmeyer nichts zu erinnern, wenn nur derartige Unterstützungen den zu pensionirenden Armenboten fest zugesichert würden.

Herr Aronheim erkennt in der Pensionirung mit vollem Gehalte einen Act des Wohlwollens, der jedenfalls in künftigen ähnlichen Fällen keine Präjudiz begründen könne.

Durch die Abstimmung entscheidet sich die Versammlung, vorbehaltlich anderweiter Entschließung in späteren Fällen, für dieses Mal für die Pensionirung der drei Armenboten Mohrenweiser, Gerecke und Delmann mit dem bisher bezogenen vollen Jahrgehalte von 120, 100 und 72 fl und erklärt sich dieselbe auch durch Beschluß mit der Anstellung eines neuen Armenboten mit einem jährlichen Gehalte von 120 fl einverstanden. — Die Wahl selbst fällt auf den Webermeister Severit.

III. Namens der Schul-Commission erstattet Herr Pastor Steinmeyer der Versammlung Bericht über eine mittelst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 10. d. Mts. gestellte Proposition über einige Aenderungen in der Organisation der hiesigen Bürgerschulen, verbunden mit der Anstellung eines neuen Schulinspectors und eines anderweiten neuen Lehrers.

Schon vor längerer Zeit ist von dem Schulvorstande die Idee angeregt, das Amt eines Schulinspectors an den beiden Bürgerschulen des östlichen und westlichen Bezirks einem bewährten, im Lehrfache bewanderten Candidaten der Theologie zu übertragen, und sollte jetzt, nach dem jüngst erfolgten Tode des Schul-Inspectors Tunica, diese Idee, mit welcher auch der Stadt-Magistrat seine Uebereinstimmung erklärt hat, zunächst für die Bürgerschule westlichen Bezirks ihre Verwirklichung entgegen geführt werden. Dieser Plan ist auch schon dadurch vorbereitet und gefördert, daß Herzogl. Consistorium demjenigen Predigtamts-Candidaten, welcher zu der Stelle eines Schul-Inspectors berufen werden würde, bei Besetzung vacant werdender Predigerstellen berücksichtigen, denselben nicht etwa als ausgeschieden aus der Reihe der Predigtamts-Candidaten betrachten will. In genauer Verbindung mit der Ausführung jener Idee, steht eine anderweite Ordnung des Lehrplanes in jenen Bürgerschulen, rücksichtlich welcher der Schul-Director Hirsche seine Vorschläge dem Schulvorstande berichtet vorgetragen hat. Nach diesen Vorschlägen sollten in Folge der Zulegung einiger neuer Unterrichtszweige die Schulstunden in der ersten Knabenklasse von 25 auf 28 und in der zweiten Knabenklasse von 25 auf 27 Stunden vermehrt, gleichwohl aber einige Hilfslehrer beseitigt werden. Die Zahl der Unterrichtsstunden für den neuen Schul-Inspector sind auf 18 wöchentliche Stunden beschränkt, um demselben Zeit zu lassen, von der Amtsthätigkeit der einzelnen Lehrer sich in Kenntniß zu erhalten und namentlich deren Unterrichte von Zeit zu Zeit beizuwohnen. Ihm ist insbesondere der Religions-Unterricht in je 4 Stunden in der obersten Knaben- und Mädchen-Klasse zugewiesen, um gerade in diesen Unterricht eine größere, materielle und formelle Einheit zu bringen und die bisher benutzten Hilfslehrer entbehrlich zu machen.

4
Wenn außerdem auch für den Schul-Inspector 10 Stunden für deutsche Sprache, Weltgeschichte und Geographie bestimmt sind, so ist doch noch die Anstellung eines neuen Lehrers, der in 26 Stunden im Rechnen und Schreiben, in der Geometrie und Naturkunde unterrichten soll, erforderlich. Bei einer derartigen Vertheilung und anderweiten Bestimmung der Schul-Unterrichtsstunden würden die Religionslehrer Prediger Freist, Klügel und Oberhey, Pastor-Diakonus Bruckmeyer und Candidat Sallentien, von denen die letztern drei auch in der Naturkunde, Geometrie und deutschen Sprache unterrichtet haben, den Unterricht ganz oder zum Theil verlieren. In pecuniärer Hinsicht stellt sich die Sache so heraus, daß eine Mehrausgabe nicht entsteht, indem vielmehr statt der frühern 340 fl nur 230 fl ferner in Ausgabe kommen würden. — Auf Grund der weitern Auseinandersetzung der angebotenen Punkte beantragt der Stadt-Magistrat, die Genehmigung dazu zu ertheilen, daß

1) von Michaelis d. J. an ein neuer Lehrer an den hiesigen Bürgerschulen mit einem jährlichen Gehalte von 200 fl und einer Mietentschädigung von 30 fl angestellt und der Unterricht der Nebenlehrer Freist, Klügel, Bruckmeyer und Sallentien aufgehoben werde, und

2) die Unterrichtsstunden des Pastors Oberhey von 9 auf 3 wöchentlich unter Beschränkung seiner Remuneration von 120 fl auf 60 fl jährlich reducirt werden.

Von der Schul-Commission werden diese Anträge unterstützt.

Aus der Versammlung tritt gegen dieselben zunächst Herr Fabricius rücksichtlich des Punktes auf, daß bei der Besetzung der Stelle eines Schul-Inspectors das vorhandene Lehrpersonal übergangen werden und nicht aus letzterm der Schul-Inspector hervorgehen solle. Herr Fabricius findet hierin eine Zurücksetzung der vorhandenen Lehrer, die eben in dem Streben nach der ihnen fast allein erreichbaren Stelle eines Schul-Inspectors eine größere Anregung zu ihrer dienstlichen Thätigkeit erblicken möchten und deshalb die wirkliche Erreichung dieses höchsten Zieles als eine ihnen zukommende Belohnung und Anerkennung ihres Strebens billiger Weise in Anspruch nehmen dürften.

Ein anderer Einwand wird von dem Herrn Kronheim erhoben, welcher nach der Vorbemerkung, daß es wünschenswerth, ja nothwendig sein möchte, die Motive genauer kennen zu lernen, welche den Stadt-Magistrat bei der beantragten neuen Organisation der Bürgerschulen geleitet haben würden, daß aber, da der Stadt-Magistrat in der heutigen Sitzung nicht vertreten sei, diese Angelegenheit augenblicklich nicht genügend spruchreif erscheine, — es für einigermaßen bedenklich hält, an die Spitze der Volksschulen nur einen solchen Mann stellen zu wollen, der mit der geforderten theologischen Vorbildung versehen sei und bestimmt sein solle, durch seine Unterrichtsthätigkeit die Wirksamkeit mehrerer anderer Lehrer in dem einen Unterrichtszweige, der Religion, aufzuheben, weil davon die Folge sein würde, daß in dem Volksschulwesen eine bestimmte confessionelle Richtung zur Geltung kommen werde.

Diese beiden Einwendungen gegen die Proposition des Stadt-Magistrats geben, nachdem ein Antrag des Herrn Fabricius:

auf Vertagung der Sache,

von der Versammlung abgelehnt worden, zu einer umständlichern Erörterung Veran-

lassung. Im weitem Verlaufe solcher Debatte wird von dem Herrn Steinmeyer unter Andern hervorgehoben, daß die Bürgerschullehrer sich nicht zurückgesetzt oder erheblich benachtheiligt fühlen könnten, wenn der Schule in einem Manne mit den vorgedachten Eigenschaften ein Inspector gegeben würde, weil über die Beförderung zu dieser Stelle in der Regel doch eine lange Reihe von Jahren vergehen werde und alsdann auch nur Einer aus der großen Lehrerzahl zu diesem Ziele gelangen könne. Wenn dennoch gemeint werden sollte, daß die Inspectoratsstelle einem tüchtigen Bürgerschullehrer zugänglich zu erhalten sei, so dürfe ferner nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß nur von einem Manne in voller Lebenskraft die Regsamkeit und Wirksamkeit zu erwarten sei, die dem Inspector eigen sein müsse, um sein desfallsiges Amt mit wohlthätigem Erfolge für die Schule verwalten zu können. Nicht weniger finde die Uebertragung gerade des Religions-Unterrichts auf den neuen Schul-Inspector darin ihre vollkommene Rechtfertigung, daß in den Bürgerschulen in der That eine confessionelle Richtung vorwalten solle und daß die Religion um so besser gepflegt werden könne, wenn der Unterricht wo möglich einem Manne übertragen werde, damit nicht eine etwaige Verschiedenheit in den Ansichten und der Lehre verwirrende und störende Zweifel unter den Schülern hervorrufe. Endlich wird noch von dem Herrn Steinmeyer und insbesondere auch von dem Herrn Vorsitzenden die Stellung beleuchtet, welche die Versammlung gegenüber der Proposition des Stadt-Magistrats einzunehmen habe. Bei der innern Ordnung des Schulwesens, namentlich der Feststellung des Lehrplans sei der Stadt-Magistrat nicht an die Zustimmung der Versammlung gebunden, sondern nur auf die Begutachtung des Schulvorstandes und die Genehmigung der Staatsbehörden, des Herzogl. Consistoriums und des Herzogl. Staats-Ministeriums, hingewiesen und es handle sich hier im Wesentlichen nur darum, ob die Versammlung die zu neuen Einrichtungen nöthigen Geldmittel zu bewilligen sich entschließen würde.

Herr Aronheim beantragt in Beziehung auf diese letzten Andeutungen:

die vorliegende Sache der Statuten-Commission zu dem Zwecke zu überweisen, um zu prüfen, ob dem Stadt-Magistrate nach maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen die Befugniß zustehe, in der Feststellung und Vertheilung des Unterrichts in den Bürgerschulen so, wie geschehen, selbstständig ohne vorherige Zustimmung der Stadt-verordneten-Versammlung vorzugehen, — will dadurch übrigens die heutige Beschlußnahme über die Proposition des Stadt-Magistrats nicht aufgeschoben sehen, legt nur noch Bewahrung dagegen ein:

daß die Ertheilung des Religionsunterrichts unwiderrüßlich und unauslößlich mit dem Amte des Schul-Inspectors in Verbindung gebracht werde, und giebt der Versammlung anheim:

diesen Vorbehalt der etwaigen Annahme der Anträge des Stadt-Magistrats hinzuzufügen.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung werden die obigen Anträge des Stadt-Magistrats durch Mehrheits-Beschluß angenommen, und zwar mit dem von dem Herrn Aronheim gestellten Vorbehalte, —

sodann erklärt sich die Versammlung auch mit dem anderweiten Antrage des Herrn Aronheim, der Ueberweisung der angeregten Principfrage an die Statuten-Commission einverstanden.

IV. Nach Inhalt eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 1. d. M., über welches als Referent der Finanz-Commission Herr Grotian der Versammlung Vortrag macht, sind von der Herzogl. Staats-Regierung auf einen Vorschlag des Stadt-Magistrats der Baurath Voigt und der Bau-Commissair Berglein beauftragt, einige belgische Städte, namentlich Brüssel und Lüttich, sowie auch Hamburg und Bremen zu besuchen, um sich von den dort gemachten Erfahrungen und getroffenen Einrichtungen bezüglich der Straßenpflasterungen zu unterrichten und dieselben, so weit dienlich, demnächst bei den hiesigen Straßenpflasterungen zur Anwendung zu bringen. Der Stadt-Magistrat hält nun aber, dem Interesse der hiesigen Stadt für entsprechend, den Stadtbaumeister Tappe zu veranlassen, gemeinschaftlich mit jenen beiden Männern die Reise zu unternehmen, und giebt anheim, zu diesem Zwecke, behuf Bestreitung der Reisekosten, eine Summe bis zu 100 fl aus der Stadt-Casse zu bewilligen.

In Uebereinstimmung mit dem Antrage der Finanz-Commission wird die Bewilligung der Reisekosten für den Stadtbaumeister Tappe bis zu dem Betrage von 100 fl aus der Stadt-Casse von der Versammlung durch Beschluß ausgesprochen.

Ein auf die Modification des §. 7 der Feuerpolizei-Ordnung gerichteter von Herrn Helfft dem Herrn Vorsitzenden überreichter Antrag wird von Letzterm der Statuten-Commission zur demnächstigen Berichtserstattung zugewiesen.

V. Die nachfolgenden Verhandlungen beziehen sich auf Gesuche verschiedener Personen um Zugeständniß heimathrechtlicher und gewerblicher Befugnisse.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung, unter Vorbehalt der Verlesung des heutigen Protocolls in der nächsten Sitzung, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 11. September 1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 31. Julius d. J. wird von dem Herrn Häusler, welcher in Abwesenheit des Protokollführers, Herrn Stadtsecretsairs Carstens, die Führung des Protokolls übernimmt, verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Fudel, Denecke, Kahlert, Helfft, Bierbaum und Grotrian wird als entschuldigt angenommen. Die Herren Köpcke und Löbbcke sind ohne Entschuldigung abwesend.

I. Der Herr Vorsitzende berichtet zunächst über mehrere Anträge des Stadt-Magistrats auf Verwilligungen behuf Uebersiedelung einiger Personen nach Amerika.

II. Mit Genehmigung der Versammlung wird unter Abänderung der Reihenfolge der Tagesordnung zur Berathung über die vorliegenden Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts in vertraulicher Sitzung geschritten, über welche die Herren Liffsebon, Kloss und Graß Namens der betreffenden Commission Bericht erstatten.

III. Herr Aronheim erhält das Wort zur Motivirung eines selbstständigen Antrages:

Die Versammlung möge gegen den Stadt-Magistrat den Wunsch aussprechen, daß die Errichtung einer städtischen Wasserleitung möglichst bald in's Leben geführt werde, und eine Commission zur Vorberathung dieser Frage, insbesondere von deren finanzieller Seite, zu erwählen.

Der Herr Vorsitzende schlägt vor, die Sache der Finanzcommission zu überweisen, und richtet an Herrn Aronheim das Ersuchen, der Commission etwaige nähere Ausführungen hinsichtlich seines Antrages mitzutheilen.

Die Versammlung genehmigt den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden.

IV. Die Wittve des Nachwächters Gramm hat gebeten, ihr den Gehalt ihres kürzlich verstorbenen Ehemannes von zwei Monaten zu verwilligen. Der Magistrat proponirt, diese Verwilligung auszusprechen, welchem Antrage die Versammlung zustimmt.

Die Verhandlungen werden hierauf geschlossen.

N^o 11.

Sitzung am 9. October 1856.

1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Uhde, Kronheim, Grottrian, Graß, Jüdel und Bierbaum wird von der Versammlung als entschuldigend angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 11. v. Mts. wird von dem dermaligen Protokollführer, Herrn Häusler, verlesen und von der Versammlung genehmigt.

1. Der aus den Berathungen und Beschlußnahmen der Versammlung in deren Sitzung am 21. Juni v. J. hervorgegangene Entwurf eines Statuts, den Verkauf von Brennholz, Wasen und Torf in hiesiger Stadt betreffend, ist laut Schreibens des Stadt-Magistrats vom 19. August d. J. mittelst Berichts vom 4. Juli v. Jrs. dem Herzogl. Staats-Ministerium zur Genehmigung vorgelegt. Letzteres hat den Entwurf der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction zum gutachtlichen Berichte zugefertigt und diese hat weitere Äußerungen über denselben Seitens des Herzogl. Haupt-Steuer-Amtes, der Herzogl. Kreis-Direction und der Herzogl. Aichungs-Commission veranlaßt. Ueber die Einwendungen, welche von diesen Behörden gegen einige Bestimmungen des Entwurfs geltend gemacht worden, ist von Herzogl. Staats-Ministerium mittelst Beschlusses vom 6. August d. J. eine weitere Erklärung des Stadt-Magistrats gefordert, welche eine nochmalige Erwägung der betreffenden Punkte und Beschlußnahme über dieselben in dieser Versammlung nothwendig macht.

Namens der Statuten-Commission übernimmt der Herr Vorsitzende selbst den Vortrag in dieser Angelegenheit.

Mit einstweiliger Uebergang der Frage, zu welchem Zeitpunkte das Statut in Kraft und Wirksamkeit treten solle, — eine Frage, deren Erörterung und Erledigung für den Schluß der Berathung vorbehalten wird, — werden von dem Herrn Referenten die nachfolgenden Punkte zur weitem Berathung gestellt:

1. Eine der hauptsächlichsten Vorschriften des Statut-Entwurfs — §. 11. —, daß Torf nur auf Wagen, welche 100, 200 oder 300 Cubikfuß Raum enthalten und nach diesem Maße geachtet sein müssen, in hiesiger Stadt zum Verkaufe gebracht werden solle, hat insbesondere Seitens der Herzogl. Aichungs-Commission Anfechtung erlitten. Diese Behörde hält es für zweckentsprechend und für genügend, wenn überhaupt nur vorgeschrieben werde, daß Torf nicht nach der Stückzahl, sondern ausschließlich nach dem Gemäße verkauft werden dürfe. Nach der Maaß- und Gewichts-Ordnung werde es ausreichend sein, ein Torfmaaß von handlicher Größe zur Anwendung zu bringen: es sei in diesem Gesetze mit Vorbedacht vermieden, für irgend einen Gegen-

stand geaichte Wagenhöhlen vorzuschreiben. Die Einführung der letztern, deren Unveränderlichkeit nur bei festen, dichten Bretterkasten gesichert erscheine, würde mancherlei Bedenken zur Folge haben, indem die Benutzung derartiger Wagen zu andern Zwecken, so namentlich zur Landwirthschaft, wesentlich gehindert würde, das Rundladen der Wagen, nämlich mit Haufen über den Leiterbäumen, wie solches bei voluminösen Vorräthen mit Vortheil zur Ermäßigung des Fuhrlohns geschehe, hinwegfallen müßte und in beiden Beziehungen der Vorpreis hier zur Stelle erhöht werden würde. Dagegen sei der Vortheil, daß die Vorladungen in dem ein großes Gemäß bildenden geaichten Wagenkasten sich bequemer übersehen, als mit Kiepen auszählen ließen, nicht in Anschlag zu bringen, zumal letzteres Verfahren ein zureichend sicheres Resultat gewähre.

Der Stadt-Magistrat erkennt diese Bedenken, die auch seinerseits früher schon angedeutet sind, in gewissem Maaße als zutreffend an, findet aber auf der andern Seite eine zu große Belästigung darin, wenn namentlich Hauswirth, welche größere Quantitäten Dorf einkaufen, den Dorf von den Wagen abmessen lassen müßten und schlägt zur Ausgleichung vor, an der Forderung von geaichten Wagen wenigstens für die Fälle festzuhalten, wenn ein ganzes Fuder, eine ganze Wagenladung verkauft werde, für den Verkauf kleinerer Quantitäten aber auch nicht geaichte Wagen zuzulassen, natürlich jedoch unter Aufrechthaltung des Grundsatzes des Verkaufs nach Gemäß und nicht nach der Stückzahl.

Die Statuten-Commission empfiehlt im Interesse der Sache selbst und zur wirklichen Erreichung des Hauptzweckes des Statuts, an der Vorschrift des Entwurfs festzuhalten, mithin die Einführung von Dorf in die hiesige Stadt zum Verkaufe auf ungeaichten Wagen unbedingt auszuschließen, weil sonst geaichte Wagen voraussichtlich überall nicht zur Anwendung kommen würden, indem das Publikum ohne das entschiedene, ausnahmslose Verbot nicht geaichter Wagen entweder nach seiner bisherigen Gewohnheit bei dem Gebrauche ungeaichter Wagen sich beruhigen werde, oder die in dem Abmessen des Dorfs mit dem kleinern Handgemäße liegende Belästigung sich gefallen lassen müsse.

Herr Helfft schließt sich dem Ausgleichungs-Vorschlage des Stadt-Magistrats an und giebt dabei zu erwägen, daß die Vorladungen, weil solche beim Verfahren zusammengerüttelt werden würden, auch bei geaichten Wagen doch kein sicheres Maaß böten und mit der Vorschrift im Entwurfe manche Unannehmlichkeiten, z. B. daß die Zuführung anderer Sachen auf den Dorfwagen erschwert oder gar gehindert werde, verbunden sein würden, die auf die Zufuhr von Dorf nach der hiesigen Stadt einen nachtheiligen Einfluß haben könnten. In ähnlicher Weise spricht sich auch Herr Denck aus.

Von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari wird zur Motivirung des Vorschlages des Stadt-Magistrats vorgestellt, daß die unbedingte Vorschrift wegen des Gebrauchs geaichter Wagen, wenn überhaupt, nur auf die Gefahr hin sich ausführen lassen werde, daß die Zufuhr von Dorf nach hiesiger Stadt sich vermindern könnte, während im Uebrigen die bedeutendern Dorfverkäufer ihren Abnehmern gegenüber doch gezwungen sein würden, sich geaichte Wagen anzuschaffen.

Die Herren Warrentropp, Fabricius, Lissebon und Kahlert besürworten den Antrag der Statuten-Commission, indem sie davon ausgehen, daß der Zweck des Statuts in der That unersfüllt bleibe, wenn nicht der Gebrauch geaichter

Wagen unbedingt vorgeschrieben werde. Die vorhandenen Wagen würden sich zur Aufnahme bestimmter gemessener Vorladungen ohne große Umstände und Schwierigkeiten herrichten lassen; die Ladung selbst möge gerade so gemacht und berechnet werden, daß dieselbe ungeachtet des Zusammenrüttelns beim Fahren an ihrem bestimmten Rauminhalte nichts verliere; andere Gegenstände würden immerhin noch auf dem Vorwagen mit transportirt werden können; die Dorfverkäufer würden endlich zum Absatze ihrer Waare stets vorzugsweise auf die hiesige Stadt hingewiesen sein.

Durch die Abstimmung wird vermöge der Ablehnung des Vermittelungs-Vorschlages des Stadt-Magistrats die Beibehaltung der Bestimmung im §. 11 des Statut-Entwurfs von der Versammlung beschlossen.

2. Das Aichen der Wagen — §. 12 des Statut-Entwurfs — hält die Herzogl. Aichungs-Commission für den hiesigen Aichmeister, der in der Regel ein Mechanicus sei, und nur die desfalligen feineren Arbeiten zu besorgen habe, nicht recht passend und giebt deshalb anheim, dieses Geschäft, gleichwie den Böttchern bei gebundenen Gefäßen, den Stellmachern bei den Wagen zu überweisen.

Dies würde nach Ansicht des Stadt-Magistrats nur unter der Voraussetzung angehen, wenn die Dorfwagen von Stellmachern im diesseitigen Lande gefertigt würden; da aber hierzu die Verkäufer von Dorf nicht angehalten werden könnten und jedenfalls das Aichen unter Autorität der Herzogl. Aichungs-Commission geschehen müsse, so sei dadurch die obige Bestimmung motivirt und gerechtfertigt.

Hiermit stimmt auch die Statuten-Commission überein und nach der weiteren Bemerkung des Herrn Warrentrapp, daß sich das Aichen der Wagen auf eine leichte und einfache Weise nach gegebenen Maaßen bewerkstelligen lasse und es dem Aichmeister überlassen bleiben könne, eine geeignete Hilfsperson bei diesem Geschäfte zuzuziehen, beschließt auch die Versammlung, an dem §. 12 des Statut-Entwurfs festzuhalten.

3. Auf Veranlassung einer Bemerkung der Herzogl. Aichungs-Commission zu dem §. 14 des Statut-Entwurfs über die Sicherung des vollen Maaßes bei Wagenladungen, die auch von dem Stadt-Magistrate als zutreffend anerkannt wird, erklärt sich die Versammlung mit dem Vorschlage der Statuten-Commission darüber einverstanden, daß gesagt werde, der Wagen müsse »bis an den obern Rand des Laderaums vollgeladen« auf die Abladestelle gebracht werden.

4. Durch §. 15 des Statut-Entwurfs ist der Rauminhalt der geachteten Kiepen auf $2\frac{1}{2}$ und auf 5 Cubikfuß bestimmt. Gegen diese Maaßen macht die Herzogliche Aichungs-Commission bemerklich, daß die hier für das Dorfabtragen gebräuchlichen Kiepen etwa $3\frac{1}{2}$ Kubikfuß Inhalt und ein Dorfgewicht von etwa 50 Pfund hätten. Letzteres wäre neben dem Gewichte der Kiepe von etwa 10 Pfund eine angemessene Last für einen Träger, weniger passend und zweckmäßig die obige geringere und größere Maaße. Um aber den Bedürfnissen des Publikums thunlichst entgegenzukommen, würde es am gerathensten sein, als geringstes Kiepenmaaß 2 Cubikfuß anzunehmen und ohne weitere Beschränkung Kiepen von größerem Raumgehalte zuzulassen, sofern nur der letztere in halbe Cubikfüße aufgehe. Das entsprechende Aichzeichen könne deutlich genug auf einem Holzspahne angebracht, das Aichen selbst aber den Korbmachern übertragen werden.

Der Stadt-Magistrat erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden, nur daß,

wie bei den Torfwagen so auch bei den Kiepen das Nichen unter Autorität der Herzoglichen Nichungs-Commission geschehe.

In gleicher Weise spricht sich auch die Statuten-Commission aus.

Die Versammlung zeigt sich nicht sofort übereinstimmend: Herr Lissebon hält das Kiepenmaaß von 2 Cubikfuß überhaupt für zu gering; Herr Barrentrapp befürwortet die Feststellung des Rauminhalts auf mindestens $3\frac{1}{2}$ Cubikfuß, während der Herr Vorsitzende meint, daß letzteres Maaß rücksichtlich des Ankaufs von Torf Seitens der unermögenden, ärmern Leute zu groß bestimmt sein dürfte; die Herren Helfft und Fabricius schlagen die Einführung einer viereckigen Form für derartige Gemäße vor; Herr Lissebon endlich wünscht noch, daß auf ein thunlichst weites Lichtenmaaß der Gemäße gehalten werde.

Um ein Abkommen über diesen Punkt herbeizuführen, giebt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim:

bei Mittheilung der hervorgehobenen Bedenken, deren Würdigung praktische Versuche zu erfordern scheine, die Bestimmung der passendsten Größe der Torfgemäße und einer angemessenen Lichtweite derselben zur weiteren Erwägung und definitiven Entschließung des Stadt-Magistrats zu verstellen.

Dieser Antrag wird von dem Herrn Nieß unterstützt und von der Versammlung angenommen.

5. In der Instruction für den Holzmesser — §. 3. — empfiehlt die Herzogliche Nichungs-Commission die Verpflichtung mit aufzunehmen, die Malterbänke so dicht als möglich aufzusetzen, damit ein gleichförmiges Messen erreicht werde.

6. Rucksichtlich des Vorschlages der Herzogl. Nichungs-Commission, dem Holzmesser aufzutragen, auch das Ausmessen der Torfladungen mittelst geachter Kiepen zu überwachen, glaubt der Stadt-Magistrat für solchen Fall die dem Holzmesser in der Instruction — §. 12 — für das Nachmessen eines Fuders Torf ausgesetzte Remuneration von 4 gge auf 8 gge erhöhen zu müssen.

Die Statuten-Commission ist damit einverstanden, daß dem Holzmesser auch die Ausmessung der Torfladungen mittelst geachter Kiepen übertragen werde, hält nur eine dafür in allen Fällen zu entrichtende Vergütung von 8 gge für zu hoch und möchte lieber dieselbe nach dem Umfange der Leistung bestimmt wissen, so daß etwa dem Holzmesser, wenn sein desfallsiges Geschäft nur bis zu einer Stunde in Anspruch nähme, 4 gge, wenn länger als eine Stunde, 8 gge gezahlt werden sollten.

Nach mehrseitigen Aeußerungen über den Vergütungsbetrag der Herren Lissebon, Nieß, Fabricius, Lüdcke und des Herrn Oberbürgermeisters Caspari wird von der Versammlung beschlossen:

über den je nach Zeit und Umständen zu ermessenden Vergütungsbetrag in der Instruction selbst Bestimmung zu treffen, vielmehr die Festsetzung desselben und die Bekanntmachung der Herzogl. Polizei-Direction nach erfolgter Verständigung mit dem Stadt-Magistrate zu überlassen.

7. Was den Zeitpunkt endlich betrifft, mit welchem das Statut über den Brennholz-, Wasen- und Torfhandel ins Leben treten könnte und sollte, einigt sich die Versammlung zu dem Beschlusse:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, den Abschluß des Statuts möglichst zu beschleunigen und dem Abschlusse thunlichst bald den Eintritt seiner Wirksamkeit folgen zu lassen.

II. Namens der Commission für Kirchen- und Schulsachen berichtet Herr Steinmeyer über eine Vorlage des Stadt-Magistrats vom 14. v. Mts., inbalt's welcher die Lehrerin der weiblichen Handarbeiten an der Bürgerschule östlichen Bezirks, Fräulein Doris Birnbaum, um ihre Entlassung mit Pension nachgesucht hat.

Schon seit dem Jahre 1830 hat die Birnbaum in eben gedachter Eigenschaft der Schule Zeit und Kräfte gewidmet und hat dafür neben dem ihr überwiesenen Honorare der Schülerinnen eine Remuneration von jährlich 30 fl aus der Gemeindegeld-Casse bezogen; sie ist jetzt in Folge ihres vorgerückten Lebensalters von 60 Jahren und eines Augenleidens nicht mehr im Stande, den bisher zum Theil schon durch eine Vertreterin geübten Unterricht fortzusetzen. Obwohl die Birnbaum einen gesetzlichen Anspruch auf eine Pension nicht hat, so ist doch aus Billigkeitsrücksichten die Verwilligung der erbetenen Pension von 30 fl jährlich namentlich auch von dem Schulvorstande befürwortet und in gleicher Weise hat sich auch der Stadt-Magistrat geäußert, mit dem fernern Antrage auf Annahme einer neuen Lehrerin unter den früheren Bedingungen. Die Commission empfiehlt und die Versammlung genehmigt durch Beschluss:

daß das Fräulein Doris Birnbaum vom 1. d. Mts. an mit einer aus der Stadt-Casse zu zahlenden Pension von 30 fl jährlich in den Ruhestand versetzt und für dieselbe eine andere Lehrerin mit gleicher Remuneration angenommen werde.

III. Der §. 7 der revidirten Feuerordnung für die hiesige Stadt, welcher vorschreibt, daß, wenn ein Haus das andere überragt, und in dem Dache des niedrigeren ein oder mehrere Schornsteine sich befinden, die in der Giebelwand des höhern Gebäudes befindlichen Oeffnungen mit eisernen Klappen und die Dachluken mit dicht schließenden Läden versehen werden müssen, hat nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 1. d. Mts. zu vielen Differenzen Veranlassung gegeben, indem namentlich auch die Forderung gestellt ist, die durch Fenster verschlossenen Oeffnungen noch mit eisernen Klappen zu versehen. Da dies nach der Meinung des Stadt-Magistrats nicht die Absicht der statutarischen Bestimmung gewesen und auch nicht überall ausführbar sein wird, so ist von dem Stadtbaumeister Tappe eine gutachtliche Aeußerung und ein Vorschlag zu einer etwaigen Abänderung jener Vorschrift angefordert. Der Stadtbaumeister hält den Verschluss solcher Oeffnungen, um eine Verbreitung des Feuers aus den nahe gelegenen Schornsteinen zu verhüten, für nothwendig, erkennt übrigens an, daß unter Umständen, diesem Zwecke schon Fenster und — hölzerne — Läden einigermaßen genügen würden und ein Verschluss mit eisernen Klappen nicht wohl unbedingt verlangt werden sollte und könnte. Es ist von dem Stadtbaumeister dabei in Berücksichtigung gezogen, daß bei den ältern Gebäuden die Umfangswände oder Dachgiebel zumeist nur aus Fachwerk construiert seien, Fenster und hölzerne Läden aber bei einem etwaigen Schornsteinbrande im Nachbarhause aber nicht früher sich entzünden würden, als das Fachwerk, und doch ein leichteres Flugfeuer vom Eindringen in das Haus eben so gut abzuhalten vermöchten, als die im §. 10 der Feuerordnung vorgeschriebenen Dachlufenfenster und Läden, auch die in den §§. 2 und 36 der Feuerordnung enthaltenen Bestimmungen über die Brandmauern und die Entfernung der Schornsteine von den Nachbarhäusern anderweit entsprechende Schutzmaßregeln darböten. An Stelle des §. 7 giebt deshalb der Stadtbaumeister die Annahme folgender Fassung anheim:

»Im Allgemeinen sollen alle den inneren Räumen der Gebäude Licht und Luft zuführende Oeffnungen — zu Thoren, Thüren, Fenstern u. — in den Mauern und Wänden des Umfanges und in den Dächern der Gebäude mit dichten Thoren, Thüren, Klappen, Läden, Fenstern u. verschließbar sein. — Die Entscheidung darüber, welche Oeffnungen zu den vorhin bezeichneten zu rechnen, sowie die Gestattung von Ausnahmen von der allgemeinen Vorschrift steht dem Stadtbaumeister, resp. der im §. 52 erwähnten Commission zu.«

Mit dem ersten Theile dieses Vorschlages erklärt sich der Stadt-Magistrat einverstanden, rücksichtlich des letztern Theils proponirt derselbe aber eine Fassung dahin:

»Die Entscheidung darüber, welche Oeffnungen zu den vorhin bezeichneten zu rechnen und in welcher Art selbige mit einem Verschlusse zu versehen seien, steht dem Stadtbaumeister, die Gestattung von Ausnahmen von der allgemeinen Vorschrift aber der im §. 52 angeordneten Commission zu.«

Die Statuten-Commission, Namens welcher Herr Häußler die vorstehende Mittheilung gemacht hat, empfiehlt die Annahme der von dem Stadtbaumeister vorgeschlagenen neuen Fassung des §. 7 mit der von dem Stadt-Magistrate proponirten Modification des letztern Theils derselben, nur daß aus dieser die Berufung auf den §. 52, welcher selbst schon für die Gestattung von Ausnahmen von den Vorschriften der Feuerordnung die Genehmigung der betreffenden Commission fordere, hinweggelassen werde.

Einigen weitem Erinnerungen aus der Versammlung gegen die eine oder die andere Art der neuen Fassung des §. 7 sucht der Herr Vorsitzende nach der Bemerkung, daß der in der Sitzung am 31. Juli d. Jrs. angekündigte Antrag des Herrn Helfft denselben Zweck verfolge, wie die Proposition des Stadt-Magistrats, dadurch entgegen zu kommen, daß er vorbehaltlich der genauern Fassung, zu dem ersten Theile des Vorschlages des Stadtbaumeisters die nachfolgende Bestimmung in Antrag bringt:

»Befinden sich dergleichen Oeffnungen in Siebelwänden oder Dächern, soweit solche über die Nachbarhäuser hervorragten, so ist über die Art und Weise des Verschlusses derselben von dem Stadtbaumeister Verfügung einzuholen und zu treffen.«

Neben dem ersten Theile des Vorschlages des Stadtbaumeisters wird als Zusatz zu demselben dieser letztere Antrag des Herrn Vorsitzenden von der Versammlung durch Beschluß angenommen.

Nach Erledigung der obigen und einiger anderer in vertraulicher Sitzung verhandelten Angelegenheiten wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 13. November 1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit des Herrn Kahlerl wird von der Versammlung als entschuldigd angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird von dem Protokollführer vorgelesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Mittelfst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 31. Juli d. J. sind die über den städtischen Haushalt im Jahre 1855 geführten Rechnungen zur weiteren Prüfung übersandt; letztere ist von der Finanz-Commission vorgenommen und Namens dieser erstattet Herr Südel der Versammlung Bericht.

Bei einer Vergleichung der einzelnen Beträge, die für die Stadtcasse zur wirklichen Einnahme gekommen sind, mit den entsprechenden Veranschlagungen in dem Stadthaushalts-Etat für das vergangene Jahr ergibt sich eine Mehreinnahme von 7494 fl 22 gg 4 q ; fast bis zu derselben Summe ist übrigens auch der Mehrbetrag der Gesamt-Ausgabe hinaufgestiegen, indem dieselbe, ungeachtet in einzelnen Positionen eine Minder-Ausgabe von insgesamt 1823 fl 11 gg 11 q sich herausstellt, doch eine Ueberschreitung des etatmäßigen Anschlags um 7430 fl 17 gg 6 q ausweist; immerhin bleibt nach Abzug der Gesamt-Ausgabe von der Gesamt-Einnahme ein kleiner Ueberschuß von 64 fl 4 gg 10 q . Die Abweichungen der Rechnungs-Positionen von den Etat-Positionen werden von dem Herrn Referenten im Einzelnen erläutert: so liegt die Veranlassung zu der Mehr-Einnahme insbesondere in dem höhern Zinsertrage von den Capitalien, in den Korngefällen, die höher zu berechnen gewesen sind, und in dem höhern Einkommen an Service, an Bürger-, Markgenossen- und Anzugs-Geldern und an der Gemeinde- und Armen-Steuer; — die Mehrausgabe aber hat ihren Grund hauptsächlich in den höhern Ausgaben für

die Schul-Anstalten, für die Straßen-Reinigung, für die Armenpflege und für sonstige unvorhergesehene Gegenstände, namentlich für das Dietrich's'sche Denkmal, den Neubau am Bankplatze und den Salzdebit in hiesiger Stadt.

Das Gesamtvermögen der hiesigen Stadt, zum größten Theile in Landes-Schuld-Verschreibungen und Actien der hiesigen Gasgesellschaft bestehend, berechnet sich auf 60,274 $\text{R} 23 \text{ ggr} 1 \text{ Sch}$, auf welche ein Schuldbetrag von nur 3100 R in Abzug kommt; der am Schlusse des Jahres 1855 hiernach verbliebene Activ-Bestand von 57,174 $\text{R} 23 \text{ ggr} 1 \text{ Sch}$ läßt in Vergleichung mit dem Vermögensbestande des Jahres 1854 eine Vermehrung um 1883 $\text{R} 20 \text{ ggr} 8 \text{ Sch}$ ergeben.

Da Seitens der Finanz-Commission gegen die Führung des Stadthaushalts im verfloffenen Jahre Erinnerungen nicht gefunden, die abweichenden Mehr-Einnahmen und Mehr-Ausgaben motivirt und unvermeidlich erschienen, letztere sogar zum Theil schon durch frühere Beschlüsse der Versammlung besonders verwilligt sind, auch aus der Versammlung Einwendungen nicht weiter erhoben werden, so wird dem Commissions-Antrage entsprechend, durch Beschluß:

die Ausführung des Stadthaushalts im Jahre 1855 für angemessen und richtig erklärt und genehmigt, daß dem Rechnungsführer Decharge erteilt werde.

II. Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 18. v. Mts. wird von dem Herrn Wankelinus, als Referenten der Finanz-Commission, die Verabreichung einer außerordentlichen Beihilfe an die Klein-Kinder-Bewahranstalt aus der Stadt-Casse im Betrage von 150 R für den bevorstehenden Winter befürwortet und von der Versammlung beschlossen.

III. In Uebereinstimmung mit den frühern Beschlüssen der Versammlung in deren Sitzungen am 6. September, 25. October und 22. November v. J. ist die Seitens der hiesigen Stadt aus der Herzoglichen Niederlage zu entnehmende Salzmenge im laufenden Jahre auf die sämmtlichen hiesigen Einwohner, namentlich auf die betreffenden Gewerbetreibenden vertheilt worden, wovon die Ausgabe von Salzbüchern die nothwendige Folge gewesen. Für das kommende Jahr handelt es sich um die in dem Schreiben vom 22. v. Mts. angeregte Frage, ob nach den frühern oder welchen andern Grundsätzen in dieser Angelegenheit verfahren werden solle. Namens der damals bestimmten Commission erklärt sich Herr W. Kloss mit dem Stadt-Magistrate darüber einverstanden, daß an dem frühern Verfahren auch für die Zukunft festzuhalten sein werde und nur eine anderweite Abschätzung des Salzbedarfs für die Gewerbetreibenden vorgenommen werden müsse. Eine Revision der frühern Abschätzung ist denn auch durch die Commission erfolgt; es hat dieselbe aber im Wesentlichen die früheren Resultate ergeben, da überhaupt nur wenige Reclamationen von Bedeutung gegen die erste Abschätzung eingegangen sind, diese Reclamationen selbst aber nicht so genau haben geprüft werden können, weil solches erst nach Einforderung und Einlieferung der noch in den Händen der Gewerbetreibenden befindlichen Salzbücher möglich sei, im Allgemeinen aber sich herausgestellt habe, daß die Gewerbetreibenden, gleichwie die sonstigen hiesigen Einwohner, mehr Salz verbraucht haben, als ihnen zugeschrieben sei. Die Salzmenge, welche die hiesige Stadt im kommenden Jahre aus der Herzogl. Salzniederlage zu entnehmen haben werde, werde sich nach der Einwohnerzahl von 38,397 Köpfen und auf den Kopf im Durchschnitt 12 Pfund gerechnet 460,764 Pfd. belaufen; davon würden nach der neu vorgenommenen Abschätzung

110,000 Pfund auf die Gewerbetreibenden fallen, mithin 350,764 Pfund zur Vertheilung auf die hiesigen Einwohner nach der Kopfsahl übrig bleiben, und wie früher auf den Kopf nur 10 Pfd. gerechnet, ein Ueberschuß von 33,206 Pfund sich ergeben, der auf Reclamationen und sonstige Ausfälle, namentlich bei Personen, die keinen eigenen Hausstand führen, in Anrechnung zu bringen wäre.

Auf den Vorschlag der Commission genehmigt die Versammlung:
daß in der frühern Weise und nach Maßgabe der revidirten Abschätzung die Vertheilung der für die hiesige Stadt zu bestimmenden Salzmenge auf die Gewerbetreibenden und die sonstigen hiesigen Einwohner vorgenommen werde.

Aus dem vorgedachten Schreiben des Stadt-Magistrats vom 22. v. Mts. theilt der Herr Vorsitzende noch mit, daß am Schlusse des vergangenen Jahres eine Quantität von 676 Etr. 25 Pfd. Salz aus der Herzogl. Salzniederlage für Rechnung der Stadt vom Stadt-Magistrate entnommen und zunächst im Anfange dieses Jahres durch Verkauf verwerthet sei, weil jene Menge an dem Salzquantum, welches die Stadt im verflossenen Jahre habe verbrauchen müssen, gefehlt habe und nicht anders als durch Entnehmung und Verwerthung derselben von der Stadt Verlust habe abgewendet werden können, — daß auch ferner noch ein gleiches Auskunftsmittel so lange zu ergreifen sein werde, als nöthig erscheine, um das gesetzliche Salzquantum für die hiesige Stadt zu decken, — daß übrigens der Stadt-Casse für das verflossene Jahr eine Sallereikosten-Vergütung im Betrage von 630 fl 14 gg 5 L zu Theil geworden sei.

Dem an diese Auseinandersetzung in dem Magistratschreiben geknüpften Antrage: daß obige Auskunftsmittel für die Vergangenheit und für die Zukunft gutzuheissen und zu genehmigen, ertheilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Ueber die Gesuche, resp. Anträge verschiedener Personen um Erlass: resp. auf Ermäßigung der diesjährigen Ansätze zur Gemeinde- und Armen-Steuer wird in vertraulicher Sitzung verhandelt.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o 13.

Sitzung am 20. November 1856.

1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Kellner, Bierbaum, G. Kloss, Barrentrapp, Kahlert und Häusler wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 13. d. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Eine vertrauliche Verhandlung in der vorletzten Sitzung am 9. v. Mts. bezog sich auf die Herstellung des Denkmals zu Ehren des verstorbenen Fräuleins

Dietherichs, und es war in dem damaligen Schreiben des Stadt-Magistrats der Versammlung anheim gegeben, zum Schutze und zur weitem Zierde jenes Denkmals die Ausführung eines Stacketts um dasselbe zu genehmigen und die dazu erforderlichen Kosten aus der Stadt-Casse zu bewilligen. Die Erledigung dieser Angelegenheit war damals bis zu einer der nächsten Sitzungen verschoben.

Namens der Bau-Commission legt Herr Grass der Versammlung zwei Zeichnungen vor, von denen die eine für ein Stackett aus gegossenem Eisen und die andere für ein solches aus geschmiedetem Eisen berechnet und das erstere zu 260 fl , das letztere aber zu 200 fl veranschlagt ist. Da sich für die Wahl des einen oder des andern so wenig der Stadt-Magistrat als die Commission zur Zeit fest entschieden hat und nach Ansicht des Herrn Referenten, auch in der Versammlung nicht sofort eine bestimmte Entscheidung getroffen werden würde, so wird von dem Herrn Grass der Antrag gestellt:

die Versammlung möge die Herstellung eines Stacketts um das Dietherichsche Denkmal unter Verwilligung der Kosten bis zu dem Betrage von 260 fl genehmigen und die Bau-Commission beauftragen, über die Wahl des Stacketts mit dem Stadt-Magistrate sich zu vereinbaren.

Der Antrag wird von der Versammlung gebilligt und Genehmigung und Auftrag erteilt.

II. Die sonstigen Verhandlungen, welche insbesondere Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt betreffen, werden in vertraulicher Sitzung vorgenommen.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wird die Sitzung, in welcher während der Verhandlungen über die Wohnortsrechts-Gesuche noch Herr Steinmeyer erschienen ist, von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

No. 14.

Sitzung am 4. December 1856.

1856.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius, Uhde, Steinmeyer, Böbbeke, Kellner, Lissebon und Röpcke wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 20. v. Mts. wird von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Durch die Berichtserstattung des Herrn Födel, als Referenten der Finanz-Commission, über die mittelst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 15. October d. J. vorgelegten Etats für den städtischen Haushalt im Jahre 1857 werden die nachfolgenden weiteren Verhandlungen und Beschlüsse hervorgezogen:

1. Obwohl die 15,000 fl , welche Seitens der Stadt in Actien der hiesigen Gasanstalt angelegt sind, im verflossenen Rechnungsjahre eine Dividende von 12 %

abgeworfen haben, so ist doch mit Rücksicht auf die wahrscheinliche Ermäßigung des Gaspreises die Dividende im Etat nur zu 6% angenommen.

Herr Häusler nimmt hieraus Veranlassung, an die Finanz-Commission, an den Herrn Barrentrapp und an den Herrn Oberbürgermeister Caspari das Ersuchen zu richten, über die Verhältnisse der Gasanstalt und über die Betheiligung der Stadt an derselben einige Erläuterungen zu geben, welche geeignet sein könnten, den von vielen Seiten im Publikum laut gewordenen Beschwerden über Beschaffenheit und Preis des Gases, sowie über die Direction der Gasanstalt zu begegnen. Nach der Meinung des Publikums sei das Gas nicht mehr so gut, wie dasselbe Anfangs gewesen, es sei dabei um so mehr auffallend, der immer noch sehr hohe Preis des Gases, welcher denn auch die hohe Dividende ungerechtfertigt erscheinen lasse, und endlich werde darin, daß das Gas der hiesigen Stadt zu einem verhältnißmäßig zu geringen Preise geliefert werde, der Grund gefunden, daß das Publikum das Gas so theuer bezahlen müsse.

In dieser Beziehung wird zunächst von dem Herrn Tüdel angedeutet, daß die Stadt, als Inhaberin von Actien, vor den übrigen an der Gasanstalt theilhabenden Actionairen keine Vorrechte habe, sondern nur gleich diesen nach Maßgabe der Höhe des Actienkapitals auf die Verhältnisse der Gasanstalt ihre Einwirkung äußere. Es könnte wohl sein, daß das Gas sich nicht mehr ganz so gut zeige, wie im Anfange, als die Gasanstalt in Betrieb gesetzt worden; allein damals habe das Gas eine stärkere Leuchtkraft gehabt, als durch die contractlichen Verabredungen bestimmt sei; diejenige Leuchtkraft, welche das Gas nach letztern haben müsse, besitze dasselbe, wie sich bei jeder Prüfung ergeben, auch jetzt noch, und es sei aus dieser Rücksicht bisher keine Einsprache Seitens der Gasconsumenten erhoben. Mit dem wegen der letztjährigen Dividende von 12 % erneuerten Verlangen des Publicums, das Gas zu einem wohlfeilern Preise zu erhalten, trete allerdings das Interesse der Actionaire in Collision, da es für diese darauf ankommen müsse, eine angemessene Dividende von ihren auf die Einrichtung und den Betrieb der Gasanstalt verwandten Capitalien zu beziehen; aber dennoch würden dieselben gern bereit sein, den Preis des Gases, wie sie auch früher schon gethan hätten, auch ferner noch herabzusetzen, sobald nur einige hierauf bezügliche, gerade jetzt noch schwebende Vorfragen günstig erledigt sein würden. Für die hiesige Stadt, welcher früher die Erleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze auf 7000 fl jährlich zu stehen gekommen, sei eine Zahlung von jährlich 9000 fl an die Gasanstalt contractlich festgesetzt, eine Summe, die, weil sich die Fabricationskosten inzwischen höher herausgestellt hätten, als beim Contracts-Abschlusse angenommen, gering erscheine; um nun etwa den übrigen Consumenten das Gas wohlfeiler zu machen, würde obige Summe auf 12,000—13,000 fl erhöht werden müssen, was aber nach dem abgeschlossenen Contracte an Seiten der Gasanstalt nicht verlangt und eben so wenig von der Stadt in ihrem Interesse zugestanden werden könne.

Herr Barrentrapp versichert, daß bei der von ihm während des letzten Jahres in 60 und mehreren Operationen vorgenommenen Prüfungen des Gases die Beschaffenheit desselben in der contractmäßigen Lichtstärke befunden sei. Wenn dessen ungeachtet das Gas hin und wieder seine regelmäßige Güte und Leuchtkraft nicht bewahrt habe, so seien derartige Schwankungen bei jeder chemischen Fabrication unvermeidlich und entstünden ohne Verschulden der Fabrikanten. Die gute Qualität des in der hiesigen Gasanstalt fabricirten Gases, die entsprechende Construction der

Gasuhren und die angemessene Weite der Gasröhren hätten es übrigens möglich gemacht, das Strömen des Gases durch die Röhren mittelst des sehr niedrigen Druckes von nur $\frac{3}{4}$ Zollen zu bewirken, wogegen z. B. in Cöln ein Druck von 5 Zollen angewendet würde. Je stärker der Druck sei, je größer sei auch der Verbrauch und Verlust an Gas; während hier auf eine Straßenlaterne in einer Stunde nur $3\frac{1}{2}$ Cubikfuß Gas verbrannt würde, steigere sich dieses Quantum in Cöln auf 10—12 Cubikfuß und mache z. B. für Hannover 9, für Berlin 8 Cubikfuß aus. Schon diese Zahlenverhältnisse würden ergeben, daß, wenn auch hier die 1000 Cubikfuß um das Doppelte, um das Dreifache höher bezahlt würden, in jenen Städten bei den dortigen wohlfeilern Preisen eine entsprechende elegante Erleuchtung doch im Grunde nicht geringer zu stehen kommen werde. Einen weiteren Beweis dafür, daß es weniger auf den Preis, als vorzugsweise auf die Güte des Gases ankomme, liefere die Stadt Frankfurt am Main; neben der dortigen Anstalt, welche die 1000 Cubikfuß Gas zu 11 Gulden berechne, sei eine neue Anstalt gegründet, welche die 1000 Cubikfuß Gas zu 4 Gulden ablasse; gleichwohl sei die Mehrzahl der Consumenten doch bei dem theureren Gase geblieben, weil sich solches im Resultate besser, sparsamer und wohlfeiler herausgestellt habe. Daß hier das Gas immerhin noch einen ziemlich hohen Preis behalten habe, habe seinen Grund in localen Verhältnissen, namentlich in der großen Ausdehnung der hiesigen Stadt, welche das Legen von Röhren in einer Länge von 62000 Fuß nothwendig gemacht habe, und in dem geringen Consume von Gas Seitens des Publicums. Günstiger gestalten sich die Verhältnisse in Frankfurt, wo die Stadt selbst für ihre Beleuchtung jährlich 40000 Gulden zahle und von den Privatpersonen mehr Gas consumirt werde; und dennoch sei der Preis dort und hier ziemlich gleich. Der sehr geringe Preis des Gases in Hannover lasse sich noch daraus erklären, daß die dortige Gasanstalt ihre sehr günstigen Contracts-Verhältnisse zu der Stadt eine so lange Reihe von Jahren sich zu erhalten gewußt habe, daß das Anlage-Capital längst erübrigt worden. Aber auch hier werde sich der Preis des Gases mit der Zeit gewiß ermäßigen lassen, sobald es nur erst thunlich geworden sei, die Steinkohlen mit einem geringeren Kostenaufwande hierher zu legen.

Von dem Herrn Overbürgermeister Caspari endlich werden die Verhältnisse der hiesigen Gasanstalt näher beleuchtet: Nachdem frühere Versuche, eine Actien-Gesellschaft zum Zwecke der Einrichtung einer Gasanstalt in hiesiger Stadt zusammen zu bringen, fehlgeschlagen, seien vor wenigen Jahren auf seine Aufforderung einige Personen hier zusammengetreten, um ein solches Unternehmen auf Gewinn und Verlust in's Leben zu rufen, und die Ausführung selbst sei durch die Betheiligung der Stadt mit einem entsprechenden Capitale gefördert. Durch den abgeschlossenen Gesellschafts-Vertrag seien übrigens die Verhältnisse der Gasanstalt fest geordnet und auf dieselbe habe die Stadt keine größere Einwirkung, als jeder Actionair nach Maßgabe seines Capitalantheils. In Folge des Beitritts der Stadt sei es allerdings möglich geworden, für diese eine im Ganzen vortheilhafte Preisfeststellung für die Straßenbeleuchtung mittelst des Gases zu bewirken, worauf von entscheidendem Einflusse gewesen, daß gerade die Stadt die größte Gasmenge verbrauchen werde. Aber auch für die Privatpersonen würde sich das Gas wohlfeiler berechnen, wenn von dieser Seite die Consumption eine größere wäre. Jedenfalls sei es den Actionairen, die übrigens von vorn herein bei ihrem Unternehmen auf einen großen Gewinn sich

keine Rechnung gemacht hätten, nicht zu verdenken, wenn sie darauf bedacht wären, von ihrem Anlage-Capitale eine entsprechende Rente zu ziehen. Bisher sei diese Rente, die kaum 6% erreicht habe, nur eine sehr mäßige gewesen; und dennoch hätten die Actionaire früher schon sich bereit finden lassen, den Gaspreis von 8 fl 8 gg auf 6 fl 16 gg herabzusetzen, ungeachtet sie immerfort jenen höheren Preis hätten behalten können. Jetzt, wo wider Erwarten die Dividende des letztverflossenen Rechnungsjahres in Folge eines Zusammentreffens günstiger Umstände, auf 12% gestiegen sei, würden die Actionaire noch weiter mit dem Preise bereits heruntergegangen sein, wenn nicht zur Zeit noch einige Eventualitäten zu berücksichtigen wären, deren Ausgang zuvor abgewartet werden müsse. Da eine Ermäßigung des Gaspreises nur um 1 fl die Dividende bei einem dem bisherigen gleichen Absatze schon auf 6 $\frac{1}{2}$ % herabsinken lassen würde, so hätten die Actionaire, um sich vor Nachtheilen zu bewahren, wohl zu erwägen, wie weit sie in dieser Beziehung gehen dürften; denn eine Wiederhöhung des Preises möchte schwerlich durchzuführen sein. Die Bedenklichkeit der Actionaire motivire und rechtfertige sich auch dadurch, daß eine stärkere Gasconsumtion auch neue Verwendungen für die Gasanstalt, eine Erweiterung der Fabrikanlage insbesondere durch Anlegung eines neuen Gasometers zur Folge haben werde, Verwendungen, welche nicht sobald durch die allmählig zunehmende Consumtion ausgeglichen werden dürften, zumal wenn die Kohlenpreise hier am Platze sich auf der jetzigen Höhe hielten. Auf eine erhebliche Vermehrung der Gasconsumtion Seitens des Publicums sei aber deshalb wohl nicht zu rechnen, weil das Gas in den meisten Läden und Fabriken schon eingeführt sei, und auch bei einer geringen Preisstellung nicht viele Einwohner sich veranlaßt sehen würden, das Gas in ihre Hauslocalitäten leiten zu lassen. Unter den obwaltenden, auch schon von den Herren Vorrednern besprochenen Verhältnissen erscheine auch der gegenwärtige den Privatpersonen gegenüber innegehaltene Gaspreis nicht übertrieben hoch und werde mit der Zeit auch noch eine Ermäßigung desselben erreichbar sein. Das Auskunftsmittel aber, daß behuf einer Ermäßigung des Gaspreises für die Privatpersonen die Stadt für ihre Beleuchtung einen höhern Preis zahle, entspreche so wenig der Billigkeit und Zweckmäßigkeit, daß sich die städtischen Behörden dazu nimmer verstehen dürften; denn daraus würde der nur noch größere Nachtheil entspringen, daß der desfallsige Mehraufwand auf andere Weise und zwar durch Erhöhung der Gemeinde- und Armen-Steuer gedeckt werden müßte. Er wolle hier nicht verhehlen, daß er vom Anfange an die Befürchtung gehegt habe, daß bei dieser Angelegenheit, hier, wie an andern Orten, sich viele abweichende Ansichten geltend machen würden und jeder nur nach seinem persönlichen Interesse urtheilen, das Interesse der Stadt als solches aber hintansetzen werde und deshalb habe er stets es abgelehnt, die Gasbeleuchtung auf Rechnung der Stadt durchzuführen.

Herr Häusler erklärt, daß durch diese Äußerungen und Mittheilungen über die Gasanstalt seinem Wunsche entsprochen sei und er auch zur Stellung eines bestimmten Antrages keine Veranlassung finde. Möge sich hiernach auch gegen die Qualität des Gases mit Grund nichts einwenden lassen, so stimme doch das von der Gasanstalt beobachtete Princip, eine Ermäßigung des Gaspreises erst alsdann eintreten zu lassen, nachdem sich die Consumtion vermehrt habe, mit seinen Ansichten nicht überein. Im Gegentheile sollte nach seinem Dafürhalten eine Preisermäßigung vorausgehen, um eine größere Consumtion herbeizuführen, was namentlich in den

größern Etablissements der Fall sein und mindestens zur Folge haben würde, daß mit dem Verbrauche von Gas nicht gar so sparsam, wie bisher, verfahren werde. Der Preisunterschied in dem Gase, welches von der Stadt und welches von den Privatpersonen consumirt werde, beruhe auf contractlichen Verhältnissen, die immerhin für das Publicum eine gewisse Unbilligkeit involviren mögten, aber freilich nicht ohne Benachtheiligung der Stadt aufgehoben werden könnten.

Nach diesen von dem Herrn Vorsitzenden, weil kein Antrag vorliege, für geschlossen erklärten Erörterungen wird in der Berathung des Etats fortgefahren.

2. Die gesammte für den städtischen Haushalt im Jahre 1857 ausgeworfene Einnahme, deren einzelne Posten zu Verhandlungen keine Veranlassung geben, beläuft sich auf 36967 fl 13 gr 2 Zr .

3. In Ausgabe gestellt ist zunächst ein Posten von 2000 fl , welche auf das aus der Herzogl. Leihhaus-Casse entnommene, zur Befreiung der Kaufgelder für die Häuser an der Südstraße im Betrage von 4000 fl und der durch die hohen Preise der Lebensmittel herbeigeführten Mehrausgaben der Armenanstalt bestimmte Darlehn von 8000 fl abgetragen werden sollten. Obwohl schon durch eine Abtragung von nur 1000 fl den der Herzogl. Leihhaus-Casse gegenüber eingegangenen Verpflichtungen genügt werden würde, so ist doch der Stadt-Magistrat der Ansicht, daß jene größere Abzahlung werde erfolgen können.

Die Finanz-Commission hat gegen diesen höher, als erforderlich, angenommenen Ausgabenposten nichts einzuwenden, sofern nur die veranschlagten Einnahmen insbesondere an den auszuscheidenden und eingehenden Gemeinde- und Armen-Steuern solches möglich machen würden, und giebt der Versammlung anheim:

dem Stadt-Magistrate zu erkennen zu geben, daß nur unter der so eben gedachten Voraussetzung der obige Ausgabenposten genehmigt worden wäre.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage ihrer Commission an.

4. An Besoldungen und Löhnen zunächst des Hilfspersonals des Stadt-Magistrats sind im Ganzen 1570 fl in Ausgabe gestellt. Diese Position läßt in Vergleichung mit dem Etat für das laufende Jahr eine Erhöhung um 50 fl ersehen, indem der Stadt-Magistrat eine Gehaltszulage für den Stadtregistrator Grütter von 50 fl und für den Magistratschreiber Gerloff von 30 fl proponirt. Danach würde sich der Gehalt des Ersten von 400 fl auf 450 fl und des Letztern von 120 fl auf 150 fl , denselben Gehaltsbetrag, den auch der Magistratschreiber Quenstedt früher bezogen, erhöhen.

Auf die Befürwortung der Finanz-Commission werden von der Versammlung die proponirten Gehaltszulagen genehmigt.

5. Ferner ist für den im Bauwesen beschäftigten Gehilfen des Stadtbaumeisters, den Bauaufseher Böcker, eine Gehaltszulage von 40 fl , so daß sich dessen Gehalt vom nächsten Jahre an auf 240 fl belaufen würde, vom Stadt-Magistrate in Vorschlag gebracht, mit Rücksicht darauf, daß in Folge der Tüchtigkeit und Brauchbarkeit des Böcker ein zweiter Gehilfe des Stadtbaumeisters erspart wird.

Auch mit dieser Proposition erklärt sich in Uebereinstimmung mit der Commission die Versammlung einverstanden.

6. Unter den Verwendungen für städtische Grundstücke kommt eine Ausgabe-Position für Neubauten nicht vor; dagegen sind unter andern für einige Vorrichtungen, im Sitzungssaale der Stadtverordneten 180 fl in Ausgabe gestellt.

Die Finanz-Commission, welche dafür hält, daß sich der Aufwand für einen Theil dieser Bedürfnisse werde beschränken lassen, die Anschaffung von Doppelkernern aber eine sehr wesentliche Verbesserung sein würde, empfiehlt der Versammlung: bei Bewilligung der Position einen entsprechenden Antrag an den Stadt-Magistrat zu richten.

Die Versammlung ertheilt dem Antrage der Finanz-Commission ihre Zustimmung.

Die öfter schon laut gewordenen, von den Herren Lüdecke und Graß erneuerten Anforderungen behuf Herstellung einer bessern Erleuchtung des Sitzungszimmers werden nach der Mittheilung der Finanz-Commission, welche ebenfalls bei der Vorverhandlung diesen Punkt in's Auge gefaßt hat, mit Nächstem Berücksichtigung finden.

Sodann sind für die Instandsetzung der Hausflur im Stadthause zum Parteienzimmer und für einige andere Verwendungen auf die dortigen Geschäftslocalitäten 255 fl ausgeworfen, deren Bewilligung auf Antrag der Finanz-Commission von der Versammlung ausgesprochen wird.

7. Das Gebäude, in welchem sich die Bürgerschule östlichen Bezirks befindet, erfordert nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters insofern einen nicht unbedeutenden Kostenaufwand, indem einestheils das Dach in einem so schlechten baulichen Zustande ist, daß dessen Abbruch und Erneuerung nothwendig erscheint, und andernteils die straßenseitige Fronte des Hauptgebäudes einer Restauration bedarf. Die desfallsigen Kosten sind auf 3800 fl resp. 2000 fl veranschlagt und ist gegen eine in Frage gekommene Vertheilung dieser Baulichkeiten auf zwei Jahre eingewendet, daß durch eine gleichzeitige Vornahme der Arbeiten nicht unerhebliche Kosten erspart werden würden.

Da sowohl die Baucommission als auch die Finanzcommission sich für die obigen beiden Ausgabenposten ausgesprochen, so erfolgt deren Genehmigung Seitens der Versammlung.

8. Auf Grund des mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrags ermäßigt sich die für die Straßenbeleuchtung im laufenden Jahre zu zahlende Abrechnungssumme von 9500 fl für das kommende Jahr auf 9000 fl , da die Dividende den Betrag von 6% überstiegen hat.

9. Die Herstellung eines Brunnens auf dem Hofe des Schulgebäudes N^o 308 an der Leopoldstraße, welche einen Kostenaufwand von 130 fl verursachen wird, ist von der Baucommission nicht für nothwendig und im Erfolge für zweifelhaft gehalten, weil auf jenem Terrain sich schwerlich gutes Trinkwasser erzielen lassen werde. Der Stadt-Magistrat erachtet die Anlegung eines Brunnens im Interesse der Schule für dringend erforderlich und theilt im Hinblick auf andere dortige Brunnen nicht die Befürchtung, daß gutes Trinkwasser nicht zu erwarten sei.

Nicht bloß die Finanz-Commission, sondern auch die Herren Helfft und Desnecke schließen sich der Ansicht des Stadt-Magistrats an.

Die Versammlung genehmigt die Brunnen-Anlage.

10. Rücksichtlich des bei der Armen-Anstalt angestellten Hilfs- und Unterpersonals hat der Stadt-Magistrat in Erwägung der Dauer der Dienstzeit und der Brauchbarkeit der betreffenden Personen beantragt:

die Gehalte des Rendanten Nischke von 400 fl auf 450 fl , des Schreibers Schmidt von 120 fl auf 150 fl und des Armenboten Zimmermann auf 120 fl zu erhöhen.

Von der Finanz-Commission unterstützt, erhalten diese Gehalts-Verbesserungen die Zustimmung der Versammlung.

11. Die Gesamt-Ausgabe für den städtischen Haushalt im nächsten Jahre berechnet sich hiernach auf 91667 R 13 gg 2 L , von welcher abzüglich der Gesamt-Einnahme zu 36967 R 13 gg 2 L ein Betrag von 54700 R durch die Gemeinde- und Armen-Steuer zu decken bleibt.

Auf das Ersuchen des Stadt-Magistrats:

zu den vorgelegten Etats über den städtischen Haushalt im Jahre 1857
und

zu der Ausschreibung einer Gemeinde- und Armen-Steuer nach den bisherigen Grundsätzen behuf Deckung des obigen Deficits der Stadt-Casse im Betrage von 54700 R die Genehmigung zu ertheilen,

gibt die Finanz-Commission die Ertheilung solcher Genehmigung der Versammlung mit dem Bemerken anheim, daß von jener Steuer im vergangenen Jahre allerdings nur 52—53000 R eingegangen seien.

Vor der Abstimmung stellt Herr Denecke die Frage, ob nicht hinsichtlich der Gasanstalt und der Braunschweigischen Bank von dem aus der Geschäftsführung dieser Institute sich ergebenden Reinertrage eine Steuer für die Stadt-Casse angefordert werden könne, läßt aber auf die Erinnerung des Herrn Vorsitzenden, daß die revidirte Städte-Ordnung die Erhebung einer Steuer nur von dem Einkommen der Gemeindegossen und nicht von den Grundstücken gestatte, diese Frage einstweilen auf sich beruhen.

Die Versammlung ertheilt die vom Stadt-Magistrate beantragte Genehmigung zu den Etats und zu der Steuer-Ausschreibung.

II. Ein anderes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 13. v. Mts., über welches als Referent der Finanz-Commission ebenfalls Herr Jüdel Bericht erstattet, berührt die Geldverhältnisse der Speise-Anstalt für Bedürftige.

In Folge der Entweichung des Obergerichts-Advocaten Rägner aus Wolfenbüttel, als Vollstreckers des Testaments des Pastors Gehren, droht der Speiseanstalt ein erheblicher Verlust an dem derselben vermachten Legate von 1000 R , welche insbesondere zur Bestreitung der in dem erkauften Mehner'schen Hause vorgenommenen Baulichkeiten bestimmt gewesen sind. Einstweilen sind diese Baukosten im Betrage von 861 R 16 gg theils von der Vorsteherin der Anstalt, dem Fräulein Louise Lööbecke aus eignen Mitteln vorgeschossen, theils dem Betriebsfonds der Speise-Anstalt entnommen. Um nun im Interesse dieser Anstalt jenen Vorstoß zu decken und den Betriebsfonds zu ergänzen, giebt der Stadt-Magistrat unter Bezugnahme auf die Verhandlungen in der Sitzung vom 22. November vor. J. der Versammlung anheim:

die der Speiseanstalt damals aus städtischen Mitteln vorgeliehenen 1000 R derselben definitiv zu überweisen, um davon die entstandenen Baukosten zu bestreiten, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß demnächst eine genaue Abrechnung zwischen der Speiseanstalt und der Dienstboten-Erziehungsanstalt aufgestellt werde, um den Antheil einer jeden Anstalt an dem erkauften Hause und die jährlich zu leistenden Zuschüsse festzustellen, und daß dabei der Speiseanstalt die fraglichen 1000 R allein zu Gute gerechnet werden,
und

der von dem Gehrenschcn Legate noch zu rettende Betrag der Speiseanstalt zu überlassen, um denselben als Betriebsfonds zu benutzen, dagegen aber von der Bewilligung eines extraordinären Zuschusses für den bevorstehenden Winter abzusehen.

Diese Vorschläge, mit welchen sich auch der Vorstand der Speise-Anstalt einverstanden erklärt hat, werden von der Finanz-Commission befürwortet und von der Versammlung angenommen.

III. Endlich wird noch von dem Herrn Födel, Namens der Finanz-Commission, Vortrag gemacht über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 21. v. Mtz., Inhalts dessen mit Rücksicht auf eine bezügliche Verfügung der Herzogl. Landes-Regierung beantragt wird:

die Remuneration des zum Zwecke der Sublevanz der Lehrer an den hiesigen Gemeindeschulen angenommenen Seminaristen zweiter Classe um 12 fl jährlich zu erhöhen,

und

den beiden an den hiesigen Gemeindeschulen außerdem noch unterrichtenden Aushilfslehrern eine je um 30 fl erhöhte, mithin von 120 fl auf 150 fl festgestellte jährliche Remuneration zu bewilligen.

Zu diesen Vorschlägen, welche hinsichtlich der Seminaristen nothwendig, hinsichtlich der Aushilfslehrer billig erscheinen, weil diese sonst weniger gut, als der Seminarist gestellt sein würden, hat der Schulvorstand die weitere Anregung gegeben: der desfallsige Mehraufwand im Gesamt-Betrage von 72 fl würde zur Hälfte der Stadt-Casse, zur andern Hälfte der Armen-Casse zur Last fallen.

Im Einverständnisse mit der Finanz-Commission genehmigt die Versammlung die obigen Anträge.

IV. Einige der Versammlung zum Beschlusse verstellte Gesuche um Erlass resp. Ermäßigung der Gemeinde- und Armen-Steuer werden in vertraulicher Sitzung verhandelt.

V. Zur Motivirung eines selbstständigen Antrages wird schließlich noch dem Herrn Helfst von dem Herrn Vorsitzenden das Wort gegeben.

Herr Helfst nimmt die Aufmerksamkeit der Versammlung für eine Mittheilung in Anspruch, welche eine Angelegenheit von der größten Wichtigkeit betreffe. In der neuern Zeit seien verschiedene — von dem Herrn Redner in Erinnerung gebrachte — Unglücksfälle daraus hervorgegangen, daß eine größere in geschlossenen Räumen versammelte Menschenmenge nicht so bald und nicht so leicht das Freie habe gewinnen können, um einer wirklich drohenden oder auch nur vermeintlichen Gefahr, z. B. beim Entstehen eines Feuers, zu entgehen, weil sich der Erreichung der vielleicht nicht einmal in genügender Zahl vorhandenen Ausgänge Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg gestellt hätten. So hätte auch der in dem hiesigen Herzoglichen Hoftheater stattgefundene Verbrennungstod der Tänzerin Leinsitt für die Stadt von unberechenbar trauriger Bedeutung werden können, wenn nicht die Herzogl. Hoftheater-Intendantur die Vorsicht angewandt hätte, von der Bühne herab ankündigen zu lassen, daß nur der Schleier einer Dame verbrannt sei. Gleichwohl hätten mehre Personen bereits ihre Plätze verlassen, die nächsten Ausgangsthüren aber verschlossen gefunden, namentlich die von den obern Rängen unter die Colonnaden führende Thür. Jenes Ereigniß, sowie das unlängst in Umlauf gekommene Gerücht von der Baufälligkeit

des Hoftheater-Gebäudes, welches zwar durch die nach dem Hagenmarke zu angebrachten Stützen einigermaßen glaubhaft geworden, aber doch wohl nicht in der Art begründet sei, daß der Aufenthalt im Theater mit ernstlicher Gefahr verbunden erscheine, regten immerhin im Publikum Besorgnisse an, welche sich eintretenden Falls selbst ohne dringende Veranlassung in einem ängstlichen Zudrängen nach den Ausgängen kund geben würden. Hieraus könnte, wenn, wie bei dem Herzogl. Hoftheater nicht überall der Fall sei, die Thüren nicht leicht und bequem zu öffnen wären, oft ein viel größeres Unglück entstehen, als aus dem gefürchteten Ereignisse selbst, und daher sei es wohl gerechtfertigt, die Herzogl. Hoftheater-Intendantur um einige Aenderungen in der baulichen Einrichtung anzugehen, die sich ohne große Schwierigkeiten und Kosten herstellen lassen dürften.

Hienach beantragt Herr Helffert die Vermittelung des Stadt-Magistrats dafür anzusprechen, daß die Herzogl. Hoftheater-Intendantur ersucht würde, die sämmtlichen Thüren im Theater-Gebäude so einrichten zu lassen, daß dieselben nach Außen hin sich öffnen ließen und von innen augenblicklich und leicht, ohne Beihülfe von Außen, geöffnet werden könnten.

Das erstere sei eine Regel bei allen Theatern und auch hier mit den meisten Thüren der Fall, nur daß die eine, an der Nordseite, nach Innen sich öffne; aus dem letztern könne ein Mißbrauch nicht entstehen, da es ja der Intendanz unbenommen bleibe, den Ausgang aus den Nebenthüren während der Vorstellung für gewöhnlich bei namhafter Strafe zu verbieten.

Es sei zu erwarten, daß die Herzogl. Hoftheater-Intendatur, welche schon durch die Abstützung des Gebäudes eine anerkennenswerthe Vorsorge getroffen habe, die obigen Vorschläge berücksichtigen werde, geschähe es auch nur zur Beruhigung der Besucher bei der nun einmal allgemein stattfindenden Besorgniß.

Die Versammlung erklärt sich mit dem gestellten Antrage einverstanden und beschließt, den Stadt-Magistrat um die weitere Beförderung desselben zu ersuchen.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung desselben in der nächsten Sitzung geschlossen.

U e b e r s i c h t

über

die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu Braunschweig

während des Jahrs 1856.

In Folge der Bestimmungen des §. 97. der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 legen wir hiermit den Bericht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu Braunschweig während des Jahrs 1856 vor.

§. 1.

Erlaßung von Statuten.

Unterm 8. December v. J. ist ein Statut erlassen, durch welches der §. 7 der revidirten Feuerordnung vom 1. Juli 1855, den Verschluß der Oeffnungen in den Umfangsmauern und Wänden der Häuser betreffend, abgeändert ist.

Die Straßen-Polizei-Ordnung für die hiesige Stadt ist im verflossenen Jahre berathen und nach erfolgter Genehmigung des Herzöglichen Staats-Ministeriums, im Anfange des laufenden Jahrs publicirt, auch ist die Berathung des Statuts zur Verhütung von Betrügereien beim Verkaufe von Brennholz und Dorf beendet.

Das Statut über die Zusammensetzung des Stadt-Magistrats und die Bauordnung für die hiesige Stadt liegen der Stadtverordneten-Versammlung noch zur Berathung vor.

§. 2.

Feststellung des Umfanges des Stadtgebietes und Eintheilung des Stadtbezirks.

Die Entscheidung wegen der zur Regulirung der Grenzen der städtischen Feldmark erforderlichen Austauschungen ist noch nicht erfolgt und hat deshalb diese Angelegenheit noch nicht vollständig geordnet werden können.

§. 3.

Anlegung von Rollen der Bürger, Gemeindegengenossen, Markgenossen und Fremden.

Die neuen Bürgerrollen, sowie die Rollen über die übrigen Gemeindegengenossen haben auch bis jetzt noch nicht vollendet werden können. Die Rollen über die neu hinzugekommenen Bürger sind fortgesetzt.

An Bürgergelbern, einschließlic der Gebühren zu 1 R für die städtischen Statute, sind 657 R , für Markgenossenschaftene 16 R und an Anzugsgeldern 843 R , überhaupt 1516 R , im verwichenen Jahre eingegangen, 155 R weniger als im Jahre 1855.

§. 4.

Von dem Stadtverordneten-Collegium.

Am Schlusse des Jahres 1856 hat nach den Bestimmungen der revidirten Städteordnung die Neuwahl eines Drittels der Stadtverordneten-Versammlung Statt gefunden. Die Herren Fabricius, Grass, Häusler, Helfft, Jüdel, Kellner, Lissebon sind wiedergewählt worden, statt des Brauereibesizers Herrn G. Kloss ist der Buchdruckereibesizer Herr Dr. Heinrich Meyer und statt des Herrn Obergerichts-Advocaten Köpke ist der Goldjuwelier Herr August Niemeyer gewählt worden.

§. 5.

Von dem Stadt-Magistrate und dessen Hülfbeamten.

Ebenmäßig haben, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß, am Ende des vorigen Jahres zwei unbefordete Mitglieder des Stadt-Magistrats, die Herren Hinke und Seele ausscheiden müssen, indeß sind dieselben von der vereinigten Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten wiederum auf 6 Jahre gewählt und haben die Wahl angenommen.

Der Stadteinnehmer, Stadtrath Rudolphi ist auf sein Ansuchen vom 1. Mai v. J. an in den Ruhestand versetzt und für denselben der bisherige Stadtcassirer Wasmus wiederum zum Stadtkämmerer gewählt, welchem der bisherige Magistratschreiber Quenstedt als Gehülfe beigegeben ist.

Wir halten uns für verpflichtet, dem Herrn Stadtrath Rudolphi für den großen Eifer, die Umsicht, Pünktlichkeit und Unverdroßtheit, womit er sein schwieriges Amt so lange Jahre hindurch versehen hat, hier öffentlich nochmals den Dank der Gemeindebehörden auszusprechen. Sein uns und den hiesigen Einwohnern lange bekannter Dienstinachfolger berechtigt zu gleich günstigen Erwartungen.

§. 6.

Von dem Stadtvermögen.

Im verwichenen Jahre sind auf die Schulden der Stadt 600 R Gold und 100 R Courant abgetragen, es sind aber auch 9500 R für die Stadt angeliehen, theils um die durch die große Theuerung im Anfange des Jahres bei der Armenverwaltung entstandenen Mehrausgaben zu bestreiten, theils um die Kaufgelder für die an der Südstraße und am Brüdernkirchhofe zum Abbruche angekauften Häuser zu berichtigen. Da an solchen Kaufgeldern von der Stadt etwa 3800 R bezahlt sind, der Cassenvorrath der Stadt aber am Schlusse des vorigen Jahres sich um etwa 6800 R höher belief, als am Ende des Jahres 1855, so ergibt sich, daß die Schuldenlast der Stadt sich eigentlich nur um den Betrag jener außerordentlichen Verwendung vermehrt hat, die Mehrausgaben der Armen-Verwaltung, sowie die außerordentlichen Kosten für die Erweiterung der Schuhstraße und für die Jubelfeier des Regierungsantritts Sr. Hoheit aber von den laufenden Einnahmen bestritten sind, ein Ergebnis, welches gewiß für sehr günstig zu halten ist.

Die Schulden der Stadt betragen am Schlusse des Jahres 1856 an unkündbaren Capitalien 900 R Courant und an kündbaren Capitalien 1500 R Gold und 9500 R Courant, ausschließlich desjenigen, was die Stadt für die Armen-Speiseanstalt zu dem angekauften,

sub Nro. ass. 50 am Burgplatze belegenen Hause beizutragen hat, dessen Betrag sich noch nicht mit Genauigkeit angeben läßt, weil die Auseinandersehung mit der Diensthöten-Erziehungs-Anstalt wegen der noch nicht festgestellten Baurechnungen bisher nicht hat erfolgen können. Dazu kommen noch die rückständigen Kaufgelder für das angekaufte und abgebrochene Haus sub Nro. ass. 56 hinter den Brüdern im Betrage von 1700 fl , welche 5 Jahre lang gegen Verzinsung mit 4 Procent unkündbar stehen bleiben. — Die ausstehenden Forderungen der Stadt belaufen sich auf 10,200 fl Gold und 26,325 fl Courant, ausschließlich des Cassenbestandes zu 27,586 fl 11 ggr 5 q und 3529 fl 20 ggr rückständiger Forderungen.

Neue Verpachtungen haben im verflossenen Jahre nicht Statt gefunden.

Der Contract wegen Ueberlassung der städtischen Mühlen zu Eisenbüttel an die Lohgerbergilbe ist vom Herzoglichen Staats-Ministerium genehmigt; die Verlassung hat indeß noch nicht geschehen können, weshalb auch die Bezahlung der Kaufgelder noch nicht erfolgt ist.

S. 7.

Von der Stadtcassen-Verwaltung.

Der Stadtcassen-Etat vom Jahre 1856 belief sich auf die Summe von 82,397 fl 6 ggr 7 q , wovon 37,123 fl 6 ggr 7 q durch feste Einnahmen, 45,274 fl durch die Communalsteuer gedeckt werden sollten. Nach der Stadtcassen-Rechnung haben aber die Einnahmen 125,882 fl 18 ggr 5 q , also 43,485 fl 11 ggr 10 q mehr, die Ausgaben 98,296 fl 7 ggr, sonach 15,899 fl — ggr 5 q mehr, als der Voranschlag annahm, bestragen. — Der beigelegte Executions-Etat weist die Abweichungen von dem Voranschlage im Einzelnen nach und es geht daraus hervor, daß der letztere, so viel die gewöhnlichen Einnahmen betrifft, von dem wirklichen Ergebnisse nicht wesentlich differirt, da die Mehreinnahme in dem Cassenvorrathe aus dem Jahre 1855 zu 20,728 fl 7 ggr 1 q , die Rückstände zu 2129 fl 2 ggr 6 q , die angeliehenen Capitale zu 9500 fl , die Zahlungen der Herzoglichen Eisenbahn- und Postdirection zu 3000 fl , dem Erlöse aus dem Material der abgebrochenen Häuser zu 821 fl , dem Erlöse aus dem Verkaufe des übernommenen Salzes zu 1708 fl 14 ggr und verschiedener kleineren Posten, die Veranlassung hat, welche in dem Voranschlage nicht berücksichtigt sind, in den Ausgaben die Differenz vornämlich durch die Berichtigung der Kaufgelder für die acquirirten Häuser zu überhaupt 8314 fl , die Entschädigung für Grundabtretungen in der Schuhstraße zu 2250 fl , die Kosten der Jubelfeier Sr. Hoheit zu 2306 fl 6 ggr 2 q , den Kaufpreis für das übernommene Salz zu 1130 fl 16 ggr, herbeigeführt ist. Der Cassen-Vorrath ist von 20,728 fl 7 ggr 1 q auf 27,586 fl 11 ggr 5 q einschließlich der geleisteten Vorschüsse gestiegen, ein Resultat, welches, wie schon bemerkt, bei den vielen Statt gehabten außerordentlichen Ausgaben, ohngeachtet des gemachten Anlehns von 9500 fl sehr günstig ist.

Auch im Jahre 1856 hat die Stadt, in Folge der gesetzlichen Bestimmungen wegen des Salzdebts, bedeutende Ausgaben gehabt. Die Kosten der Salzsellereien haben 500 fl bestragen, die Kosten des Drucks und des Ausschreibens der Salzbücher 141 fl 5 ggr 11 q und der Kaufpreis für das aus der Niederlage zu wenig entnommene Salz 1130 fl 16 ggr. Die letztere Ausgabe wird in Folge der Repartition des Salzes auf die einzelnen Haushaltungen und Gewerbebetreibenden künftig ganz wegfallen, wie denn selbige schon 672 fl 14 ggr weniger beträgt, als im Jahre 1855. — Die aus der Haupt-Finanzcasse mit 643 fl 2 ggr 5 q überwiesene Vergütung für Sellereikosten kommt erst im laufenden Jahre zur Vereinnahmung, in welchem auch der Betrag für das von der Stadt angekaufte Salz wieder eingehen wird. — Wie viel von den einzelnen Haushaltungen und Gewerbebetreibenden als Strafe

für zu wenig entnommenes Salz entrichtet werden muß, läßt sich noch nicht angeben, da wegen der Schwierigkeit der Revision sämtlicher Salzbücher der Abschluß noch nicht hat gemacht werden können.

An Communalsteuern sind im Jahre 1856, nach Absatz der auf erhobene Reclamation sofort niedergeschlagenen Beträge 52,367 ₰ 12 ggl. ausgegeschrieben. Hierauf sind bis zum Schlusse des verfloffenen Jahres 48,917 ₰ 5 ggl. 6 A eingegangen und noch 3450 ₰ 6 ggl. 6 A rückständig geblieben, wovon noch ein großer Theil ausfallen wird. Von den aus dem Jahre 1855 rückständig gebliebenen 2996 ₰ 6 ggl. 6 A sind 2103 ₰ 17 ggl. eingegangen und 892 ₰ 13 ggl. 6 A niedergeschlagen, so daß die Erhebung dieser Abgabe bis zum Ende des Jahres 1855 vollständig erledigt ist, wofür wir hier den Beamten der Stadtcasse, deren Eifer, Pünktlichkeit und Ordnungsliebe dieses allein zuzuschreiben ist, unsere Anerkennung öffentlich aussprechen.

Die Rechnung vom Jahre 1855 ist abgenommen und hat zu Erinnerungen keine Veranlassung gegeben, worauf der frühere Rechnungsführer, Stadtrath Rudolphi, seinen Verbindlichkeiten entlassen ist. Die Abnahme der Rechnung vom Jahre 1856 steht bevor. — Die monatliche Revision der städtischen Cassa durch ein Mitglied des Stadt-Magistrats ist auch im verfloffenen Jahre regelmäßig geschehen.

Nach dem Abgange des Stadteinnehmers Rudolphi ist die Stadtcasse in das Neustadter Rathhaus verlegt und dem neuangestellten Einnehmer unterm 9. Januar 1857 eine ausführliche Instruction ertheilt, an welcher es bisher noch fehlte. — Mit dem verfloffenen Jahre haben auch, dem auf Grund der Städteordnung gefaßten Beschlusse der städtischen Behörden gemäß, die für die Erhebung der Personalsteuer berechneten Hebegebühren aufgehört.

Die festen Ausgaben der Stadt haben sich dadurch geändert, daß der bisherige Stadteinnehmer, Stadtrath Rudolphi, welcher 925 ₰ Gehalt bekam, mit 900 ₰ jährlicher Pension in den Ruhestand versetzt, der Stadtcassirer Wasmus, dessen Gehalt 500 ₰ betrug, mit 800 ₰ Gehalt zum Stadtkämmerer ernannt und demselben der Magistratschreiber Quenstedt mit einem jährlichen Gehalte von 240 ₰ als Gehülfe beigegeben ist.

Die polizeiliche Abgabe für Hunde hat im Jahre 1856 überhaupt 1649 ₰ eingebracht, für verlorene Marken sind 22 ₰ und an Strafgeldern 41 ₰ 12 ggl. eingegangen. Die Ausgaben betrugen für Drucksachen und Anfertigung der Controlemarken 80 ₰ 1 ggl. und für die Handwerker-Fortbildungsschule 262 ₰ 18 ggl., und es ist ein Ueberschuß von 1724 ₰ 7 ggl. 6 A geblieben, wovon 1705 ₰ einstweilen zinsbar belegt sind.

§. 8.

Vom städtischen Bauwesen.

Der Stadtbaumeister Lappe hat sich auch im verfloffenen Jahre der städtischen Bauten mit Eifer und Umsicht angenommen und sich unsere volle Zufriedenheit zu erhalten gewußt.

Neubauten städtischer Gebäude sind im verwichenen Jahre nicht ausgeführt. Außer den gewöhnlichen Reparaturen an den städtischen Häusern, welche einen Kostenaufwand von 190 ₰ 15 ggl. verursacht haben, sind noch 240 ₰ 16 ggl. 10 A für das Sitzungszimmer der Stadtverordneten verausgabt, wogegen die Kosten des Abbruchs und der Wiederherstellung eines Theils der südlichen Fronte der Speiseanstalt für Bedürftige am Burgplatze im Betrage von 453 ₰ 17 ggl. 8 A noch nicht zur Berechnung gekommen sind, weil dieser Bau bei Aufstellung der Rechnung von Jahre 1856 noch nicht abgenommen war. —

Die Kosten der Baulichkeiten an den Bürgerschulen haben 775 ₰ 16 ggl. 8 A und an den niedern Volksschulen 973 ₰ 11 ggl. 1 A betragen. Die Straßenpflasterungsarbeiten

stehen jetzt unter der Leitung des Kreisbaumeisters Götter I., welcher an die Stelle des Stadtbaumeisters Köllisch getreten ist; dessen geschäftliche Beziehungen zu der Stadt sind unverändert geblieben, ohngeachtet derselbe jetzt nur Herrschaftlicher Beamter ist. — Neupflasterungen sind im verflossenen Jahre nicht vorgenommen, weil der Bankplatz, dessen Instandsetzung zunächst beabsichtigt wird, wegen des Baues des neuen Bankgebäudes noch nicht disponibel war. Die Reparaturen des Straßenpflasters sind wie in den früheren Jahren beschafft worden. Für die im Jahre 1855 ausgeführten Reparaturen sind im verflossenen Jahre 988 R 6 gr 7 L , als der dritte Theil der entstandenen Kosten aus der Stadtcasse ersetzt. Für das Jahr 1856 hat die Stadt 877 R 19 gr 10 L zu vergüten, welche indeß bei Aufstellung der Stadtcassen-Rechnung de 1856 noch nicht erhoben waren und erst in diesem Jahre zur Berechnung kommen.

Zu bemerken ist hier noch, daß im verflossenen Jahre die Häuser Nr. ass. 55, 56 und 57 hinter den Brüdern von der Stadt angekauft und zur Erweiterung der Straße und des Kirchhofes abgebrochen sind, daß ein Gleiches mit den Häusern Nr. ass. 525, 524 B., 528 und 529 an der Südstraße geschehen ist und auf der Schuhstraße bei dem Neubau zweier Häuser die Eigentümer ihre Gebäude gegen eine Geldentschädigung haben zurückrücken müssen, um die Straße zu erweitern.

Im Jahre 1856 ist der Weg zwischen dem Stein- und Fallersleberthore chaussirt und es läuft nunmehr eine fast ununterbrochene Chaussee auch außerhalb der Thore um die Stadt. Die bereits früher chaussirten Wege sind im gehörigen Stande erhalten und der Bau-Conducteur Götter hat sich der städtischen Wegebauten auch im verflossenen Jahre wieder mit seinem erprobten Eifer und seiner bewährten Umsicht angenommen und den Dank der Stadtgemeinde verdient. Durch seine Veretzung als Kreisbaumeister nach Wolfenbüttel ist er genöthigt gewesen mit dem Ende vorigen Jahrs die Leitung der städtischen Wegebauten abzugeben und es ist solche von seinem Dienstinachfolger, dem Bau-Conducteur Ließmann, wieder übernommen, von welchem wir eine gleiche Thätigkeit mit Grund erwarten können.

Die Einzahlung der Beiträge der Feldmarks-Interessenten ist ziemlich regelmäßig erfolgt. Es gingen statt der veranschlagten 1650 R , überhaupt 1562 R 14 gr ein, und zwar 4 R 22 gr rückständige Beiträge vom Jahre 1855 und 1557 R 16 gr vom Jahre 1856. Rückständig sind noch 102 R 20 gr aus der Feldmark Hagen vom Jahre 1856, 111 R 16 gr aus der Feldmark Neupetritthor und 47 R 12 gr aus der Feldmark Altpetritthor von den Jahren 1852 bis 1856, welche beide letztere Rückstände in noch nicht erledigten Grenzdifferenzen die Veranlassung haben. 1 R ist abgesetzt.

§. 9.

Von Unterhaltung der städtischen Polizei-Anstalten.

Die Kosten der Straßenreinigung haben im Jahre 1856 weniger betragen, als im Voranschlage angenommen war, weil die Abfuhr des Schnees und Eises im Winter 1855/56 weniger Ausgaben verursacht hat, als in andern Jahren.

Die Mehrausgabe für die Feuerlöschungs-Anstalten ist hauptsächlich durch die für Herbeischaffung der Sprizen und Wasserwagen bei ausgebrochenen Feuersbrünsten gezahlten Prämien entstanden.

Die für die Straßenbeleuchtung verausgabte Summe hat sich seit dem Juli v. J. um 500 R jährlich vermindert, weil die Actionaire der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft im verflossenen Betriebs-Jahre mehr als 6 Procent Dividende bezogen haben und nach dem bestehenden Vertrage dann die Vergütung von 9500 R auf 9000 R jährlich sinkt.

§. 10.

Von der Armen-Verwaltung.

a. Von dem Hülfspersonal bei der Armen-Verwaltung.

Bei dem Hülfspersonal der Armen-Verwaltung sind einige Veränderungen eingetreten, indem der Armenbote Gerecke, der Armenvoigt Thon, beide im Monate September v. J., verstorben sind und für den ersten der Leineweber Seberit wieder als Armenbote angestellt ist, während die erledigte Armenvoigtsstelle unbesezt geblieben. Die Armenboten Morenweiser und Dehlmann sind mit dem Ende des Jahres 1856 in Pension getreten.

Die bedauerliche Erblindung des Stadtphysicus, Medicinalraths Dr. Franke hat es nothwendig gemacht, demselben einen Arzt zur Unterstützung bei Besorgung seiner Geschäfte für die Armen-Verwaltung beizuordnen, da nur hierdurch dem Armenwesen dessen seit einer so langen Reihe von Jahren bewährte segensreiche Mitwirkung erhalten werden konnte. Es ist dazu der Dr. med. Otto, welcher sich schon als diensteifriger und tüchtiger Armenarzt gezeigt hatte, auserwählt und demselben einstweilen eine jährliche Remuneration von 100 \mathcal{F} aus der Armenkasse bewilligt.

§. 11.

b. Von den Kosten der Armen-Verwaltung.

Auf die Schulden der Armenanstalt sind im verflossenen Jahre wiederum 1000 \mathcal{F} abbezahlt und es belaufen sich dieselben jetzt noch auf 9455 \mathcal{F} 13 ggr 4 \mathcal{L} Courant, während die ausstehenden Capitalien 50,750 \mathcal{F} in Golde und 12,830 \mathcal{F} Courant betragen.

Wie der beigefügte Executions-Etat der Armenkasse ergibt, ist bei den regelmäßigen Ausgaben der Armenverwaltung, namentlich den wöchentlichen Almosen, den Miethgeldern und den Bekleidungskosten nicht allein mit den durch den Etat festgesetzten Summen ausgereicht, sondern es haben sogar nicht unbedeutende Ersparnisse Statt gefunden, ein Resultat, welches nur das Verdienst der Herren Armenpfleger und des Vorsitzenden der Unterstützungs-Deputation, Medicinalraths Dr. Franke, ist, welche, wie früher so auch im verflossenen Jahre, eifrig bemüht gewesen sind, bei Berücksichtigung der wirklichen Bedürfnisse der Armen, durch sorgfältige Prüfung der gemachten Anforderungen alle unnöthigen Ausgaben zu verhüten, was wir Namens der Gemeinde, mit gebührendem Danke anerkennen.

Die große Theuerung hat es indeß nothwendig gemacht, den recipirten Armen zeitweise eine außerordentliche Unterstützung zu bewilligen und zwar ist einer jeden Person in den Monaten December 1855 und Januar bis April 1856 wöchentlich 1 ggr zugelegt, wodurch eine außerordentliche Ausgabe von 767 \mathcal{F} 17 ggr entstanden ist. —

Außerdem hat der hohe Preis aller Lebensbedürfnisse die Folge gehabt, daß im Jahre 1855 der Zuschuß für das Armen- und Pflegehaus 2500 \mathcal{F} und im Jahre 1856 noch 1500 \mathcal{F} mehr betragen hat, als in andern Jahren und daß der Armen-Speiseanstalt eine außerordentliche Unterstützung von 1300 \mathcal{F} , der Kleinkinder-Bewahranstalt von 200 \mathcal{F} hat gezahlt werden müssen.

Durch die bei der Jubelfeier Sr. Hoheit den recipirten Armen bewilligte außerordentliche Gratification von 6 ggr für jede Person über 60 Jahren und 3 ggr für jede jüngere Person ist eine außerordentliche Ausgabe von 187 \mathcal{F} 9 ggr entstanden.

In dem städtischen Armen- und Pflegehause sind im verwichenen Jahre 173 Erwachsene und 129 Kinder unterhalten. Der Inspector Wetke hat sich wiederum als ein sehr pflichtgetreuer, umsichtiger und zuverlässiger Verwalter gezeigt und ihm ist es wesentlich zu ver-

danke, daß die Anstalt die bei deren Errichtung gehegten Zwecke so vollständig erfüllt und namentlich rücksichtlich der Erziehung der verwaisten Kinder bedürftiger hiesiger Einwohner so segensreich wirkt. Wir halten uns für verpflichtet, dem Inspector Bette unsere Anerkennung und unsern Dank hier öffentlich auszusprechen.

Das von der Wittve des Kaufmanns Lüdemann, geb. Scheller, dem Pflegehause vermachte Legat von 200 \mathfrak{R} , dessen schon in unserm vorigen Berichte gedacht worden, ist im Monate April 1856 ausgezahlt und zinsbar belegt.

§. 12.

Von den Gemeindeschulen.

Der Schuldirector Hirsche hat fortwährend den städtischen Gemeindeschulwesen die größte Aufmerksamkeit gewidmet und manche wesentliche Verbesserungen eingeführt. Für die niederen Volksschulen ist von demselben ein vollständiger Unterrichtsplan ausgearbeitet und schon im verflossenen Jahre zur Anwendung gekommen und wir können mit voller Ueberzeugung aussprechen, daß der Unterricht in diesen Schulen und das Ergebnis, welches dieselben liefern, durch den Eifer und die Umsicht des Schuldirectors Hirsche, welcher dabei von den dirigirenden Lehrern jener Schulen und den Jugendpflegern auf das Beste unterstützt ist, sich wesentlich gebessert haben. — Auch für die beiden Bürgerschulen hat der p. Hirsche einen neuen Unterrichtsplan aufgestellt, welcher jetzt dem Schulvorstande zur Prüfung vorliegt.

Durch den am 19. April v. J. erfolgten Tod des Schulinspectors Tunic a an der westlichen Bürgerschule hat diese Schule und die Stadt selbst einen schmerzlichen Verlust erlitten, da der p. Tunic a ein für sein Fach begeisterter, kenntnißreicher, tüchtiger Lehrer, zugleich aber ein humaner, redlicher und zuverlässiger Mann war, der mit Recht allgemeine Achtung und Liebe genoß. An die Stelle desselben ist zu Michaelis v. J. der frühere Waisenhaus-Oberlehrer Friedrichs getreten, von welchem nach dessen bisherigen Leistungen gleichfalls das Beste zu erwarten ist. Derselbe hat den Religionsunterricht in der ersten Knaben- und Mädchen-Classe übernommen und hat damit der dort bisher von zwei Predigern ertheilte Unterricht aufgehört.

Die Lehrerin Drewes an der östlichen Bürgerschule ist wegen Krankheit am 1. April v. J. pensionirt und dafür der Waisenhaus-Seminarist Ottmer wieder angestellt; aus gleichem Grunde ist die Industriellehrerin Birnbaum zu Michaelis v. J. in Pension getreten und für dieselbe die Lehrerin Ida Lüddecke angenommen, auch ist zu Michaelis v. J. der Seminarist Hartekopp bei dieser Schule eingetreten.

Der dirigirende Lehrer der niedern Gemeindeschule ersten Bezirks Braasch ist nach längerer Krankheit im November v. J. mit Tode abgegangen. Auch ihm müssen wir das Zeugniß eines pflichtgetreuen und kenntnißreichen Lehrers geben, dessen Tod für einen wirklichen Verlust zu halten ist. An seine Stelle ist der bisherige Lehrer an der östlichen Bürgerschule Baake getreten, von welchem wir gleichfalls die besten Erwartungen hegen. —

Der Lehrer Köpke an derselben Schule ist wegen unwürdigen Betragens im April v. J. entlassen und für denselben der Waisenhaus-Seminarist Telgmann eingetreten. — Der Pastor Oberhey hat nach seiner Wahl zum Prediger an der hiesigen St. Magnikirche den an der in Frage stehenden Schule ertheilten Religionsunterricht mit Michaelis v. J. aufgegeben und es ist solcher von dessen Nachfolger in der hiesigen Gehülfepredigerstelle, Engel, übernommen.

Neu angestellt an den beiden niedern Gemeindeschulen sind die Seminaristen Müller und Henze für die beiden untersten Classen, nachdem die bisherigen vier Aushülflehrer entlassen worden.

Mit Ostern v. J. ist in den beiden Bürgerschulen der hiesigen Stadt ein um 1 fl. jährlich für jede Classe erhöhtes Schulgeld eingeführt. Dieses hat bis zum Schlusse des Jahrs eine Mehreinnahme von 492 fl. ergeben, welche unter die hiesigen Gemeindefchullehrer, nach den mit dem Jahre 1857 in das Leben tretenden neuen Gehaltsreglements vertheilt sind. — Nach diesem neuen Reglement zerfallen die Lehrer in sechs Gehaltsclassen und bekommen neben freier Wohnung oder einer Miethsentschädigung von 30 fl. jährlich, in der 1. bis 5. Classe je fünf Lehrer 450, 400, 350, 300 und 250 fl. , die übrigen Lehrer in der letzten Classe 200 fl. . Ein Aufrücken aus einer Gehaltsclasse in die andere findet nur bei Abgang eines Lehrers Statt, doch bekommen die Lehrer in den beiden untersten Classen nach 3 Jahren eine Zulage von 25 fl. .

Auch in den niedern Gemeindefschulen ist seit Johannis v. J. ein Schulgeld von 12 fl. für die beiden ersten und 8 fl. für die beiden letzten Classen für alle nicht wirklich bedürftige Schüler eingeführt. — Der Ertrag ist hauptsächlich dazu bestimmt, um den beiden dirigirenden Lehrern dieser Schule eine erhöhte Remuneration von 150 fl. jährlich zu geben.

In den beiden Bürgerschulen sind von dem Schulgelde zu 6167 fl. 6 fl. , welches eingehen sollte, 955 fl. 23 fl. erlassen, wofür die Gründe schon mehrfach vorgetragen sind. Die Einnahme an Schulgeld aus den niederen Volksschulen ist noch nicht bedeutend gewesen, da es sehr schwer hält, von denjenigen Schülern, welche bisher ganz befreit gewesen sind, Schulgeld zu bekommen. Inzwischen wird immer mehr dahin gestrebt, daß die gänzliche Befreiung vom Schulgelde auf die recipirten Armen beschränkt, von andern Personen aber wenigstens ein ermäßigtes Schulgeld erlangt wird, insbesondere um in denselben den Gedanken an die Pflicht für die Erziehung ihrer Kinder zu sorgen und zu den Gemeindelasten beizutragen, lebendig zu erhalten.

Wir bemerken noch, daß im verflossenen Jahre die Bürgerschule östlichen Bezirks von 345 Knaben und 348 Mädchen, diejenige westlichen Bezirks von 375 Knaben und 319 Mädchen, die niedere Gemeindefschule auf der Reichenstraße von 227 Knaben und 237 Mädchen, diejenige auf der Leopoldstraße von 279 Knaben und 272 Mädchen, die Waisenhauschule von 532 Knaben und 530 Mädchen, die Garnisonsschule von 207 Knaben und 212 Mädchen besucht sind.

Die Schule zu St. Leonhard, dessen Lehrer auch eine Vergütung von der hiesigen Stadt für die dort unterrichteten armen Kinder erhielt, hat mit Michaelis v. J. aufgehört und es sind die Kinder den hiesigen Gemeindefschulen überwiesen.

§. 13.

Von den Gemeinheiten in hiesiger Stadt.

Die Rechnungen der hier bestehenden sechs Gemeinheiten vom Jahre 1855 sind sämtlich abgenommen, haben übrigens zu erheblichen Erinnerungen keine Veranlassung gegeben.

Veränderungen in dem Besitzstande der einzelnen Interessenschaften von irgend einer Erheblichkeit sind nicht vorgekommen.

§. 14.

Von den städtischen Kirchen und Kirchen-Gemeinden.

An der St. Magnikirche ist für den nach Helmstedt versetzten Pastor K e l b e der bisherige erste Gehülfsprediger D e r h e y wiederum zum Prediger erwählt und nach erfolgter höchster Bestätigung am 6. Juli 1856 eingeführt.

Die Kirchengemeinde St. Leonhard, welcher der erste Oberlehrer am hiesigen Waisenhaus als ordinirter Prediger vorstand, der auch verpflichtet war, abwechselnd mit seinen drei

Collegen in der Kirche zu St. Leonhard zu predigen, hat mit dem 1. Advente v. J. aufgehört und ist der St. Magnikirche beigelegt, da man sich überzeugt hatte, daß ein kirchliches Gemeindeleben zu St. Leonhard nicht zu erwecken stand.

Die kirchlichen Behörden in hiesiger Stadt sind fortgesetzt bemüht gewesen, in Uebereinstimmung mit den hiesigen Predigern das kirchliche Leben in hiesiger Stadt zu kräftigen und zu heben. Die Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens der Kirchen und milden Stiftungen und die bei denselben vorkommenden Baulichkeiten wird von uns und dem Kirchen-Cassen-Collegium, den Gesetzen gemäß, so geführt, daß Ordnungswidrigkeiten und Verschwendungen nicht vorkommen können und wir erkennen es dankbar an, daß wir dabei durch den guten Willen und die Thätigkeit der Provisoren kräftig unterstützt wurden.

Die Kirchenrechnungen vom Jahre 1855 sind sämmtlich abgenommen und haben zu erheblichen Erinnerungen keine Veranlassung gegeben, gleichfalls das Verdienst der Provisoren der Kirchen. — Die Rechnung der Gemeinde-Kirchencasse vom Jahre 1855, welche auch abgenommen ist, ohne zu Erinnerungen Veranlassung zu geben, schließt mit einem Capitalbestande von 4650 fl , welcher zur Bestreitung größerer Ausgaben für Baulichkeiten aufbewahrt wird.

Erhebliche Bauten sind an den Kirchen und kirchlichen Gebäuden in hiesiger Stadt im verflossenen Jahre nicht vorgekommen. — Die kleinen Reparaturen und Baulichkeiten sind ordnungsmäßig beschafft.

Von der St. Catharinenkirche ist ein bisher durch Verpachtung genutzter Garten für einen sehr angemessenen Preis verkauft. — die St. Petrikirche hat gleichfalls einen ihr zugehörigen Garten, welcher bisher verpachtet worden, verkauft und für das Kaufgeld zwei andere Grundstücke erworben, welche theils zu der notwendigen Vergrößerung des Kirchhofs benutzt sind, theils aber verpachtet werden sollen. Sonstige erhebliche Veränderungen in dem Grundvermögen der Kirchen sind nicht vorgekommen.

§. 15.

F o r t s e t z u n g .

In Beziehung auf die Regulirung des kirchlichen Accidenzienwesens in hiesiger Stadt ist etwas Weiteres nicht geschehen. Wir werden indeß dieser äußerst wichtigen Angelegenheit fortgesetzt unsere größte Aufmerksamkeit und Sorgfalt widmen und einen bestimmten Plan vorzulegen nicht verfehlen, sobald wir selbst über die zu ergreifenden Maßregeln zu festen Ansichten gekommen sind.

§. 16.

Von anderen religiösen Genossenschaften.

Die Rechnungen der römisch-katholischen und der jüdischen Gemeinde vom Jahre 1855 sind abgenommen und in gehöriger Ordnung.

§. 17.

Von milden Stiftungen.

Die Rechnungen über die Verwaltung der Hospitäler, Legaten-Stiftungen und sonstigen zu frommen Zwecken bestimmten Stiftungen, über deren Verwaltung der Stadt-Magistrat die Aufsicht zu führen und deren Verwaltung derselbe beziehungsweise zu besorgen hat, sind vom Jahre 1855 sämmtlich abgenommen. Bei der bewährten Ordnungsliebe, Sorgfalt und Redlichkeit sämmtlicher Provisoren und Administratoren haben selbige indeß zu erheblichen Erinnerungen keine Veranlassung gegeben.

Veränderungen in dem Grundvermögen der Stiftungen sind im Jahre 1856 nicht vorgekommen.

Die Aufstellung der Güterverzeichnisse für sämtliche Stiftungen ist noch nicht beendet. Die desfalligen Arbeiten werden übrigens eifrig fortgesetzt.

Die am 10. Februar 1856 hier verstorbene Wittve weiland Kaufmanns Joh. Heinr. Voss, Johanne Friederike Dorothee, geb. Stöckler, hat in einem an demselben Tage errichteten Codicille ein Capital von 20,000 \mathfrak{R} ausgesetzt, mit der Bestimmung, daß von den Zinsen zunächst bedürftige, unbescholtene Wittwen verstorbenen hiesiger Kaufleute, in deren Ermangelung Töchter derselben, welche das 40. Lebensjahr erreicht haben, eventuell andere unbescholtene Wittwen und Töchter hiesiger Einwohner unterstützt werden sollten, dergestalt, daß den Wittwen und Töchtern verstorbenen Kaufleute Unterstützungen von 50 \mathfrak{R} jährlich auf Lebenszeit, andern Personen aber Unterstützungen von 20 \mathfrak{R} , immer auf ein Jahr gegeben werden sollten. Zu Conservatoren und Collatoren sind der jedesmalige Stadtsuperintendent, der Vorsitzende des Stadt-Magistrats, der Polizeidirector zu Braunschweig und das älteste männliche Mitglied der Familie des Cammer-Archiv-Secretairs Freitag und des Kaufmanns Ponnaß bestellt. — Die Stiftung ist durch das Höchste Rescript vom 5. Juni 1856 für ein *pium corpus* erklärt und unter die Aufsicht des Stadt-Magistrats gestellt.

§. 18.

Von der Mitwirkung des Stadt-Magistrats bei Aufnahme Fremder, bei Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuchen.

I. Im Laufe des vergangenen Jahres 1856 sind bei dem Stadt-Magistrate über 389 Personen, welche in etwa 425 Gesuchen, entweder um Gestattung des zeitweiligen Aufenthalts oder um unwiderrufliche Aufnahme in die hiesige Stadt nachgesucht haben, Verhandlungen ergangen, welche theils zum definitiven Abschlusse gelangt, theils in das laufende Jahr mit übergegangen sind. Das Resultat der beendigten Verhandlungen ist gewesen, daß 90 einzelnen Personen und 139 Personen-Gemeinschaften, d. h. Familien, Geschwistern u. dergleichen zeitweilige Aufenthalt in hiesiger Stadt gestattet, und daß die unwiderrufliche Aufnahme 42 einzelnen Personen — 31 männlichen und 11 weiblichen Geschlechts — und 20 Personen-Gemeinschaften in dem obigen Sinne, darunter 17 Männern, 19 Frauen und 32 Kindern, zu Theil geworden ist.

Von den unwiderruflich aufgenommenen Personen — einzeln stehenden oder Familiengemeinschaften — ist bei 5 die gesetzliche Bestimmung wegen einer zehnjährigen Dienst- oder Arbeitszeit bei einer Herrschaft zur Anwendung gekommen.

Der Seelenzahl nach, also Ehefrauen und Kinder mit eingeschlossen, stammen von den aufgenommenen Personen, 62 aus dem Herzogthume, 21 aus Hannover, 14 aus Preußen, 6 aus Sachsen (Königreich), 2 aus Oesterreich, je 1 aus Hamburg, Holstein, Schwarzburg-Sondershausen, Baiern und Mecklenburg-Schwerin und haben dieselben insgesamt einen Capitalwerth von 105,000 \mathfrak{R} in die Stadt eingebracht.

Von den in die hiesige Stadt aufgenommenen Mannspersonen sind 43, und überhaupt 219 Personen in die Bürgerrolle eingetragen.

II. Aus dem im Jahre 1856 geführten Verzeichnisse derjenigen, der hiesigen Stadt angehörenden Mannspersonen, welche ihre Verheirathung angemeldet und um den sogenannten Trauschein nachgesucht haben, ergibt sich eine Zahl von 274 Personen, unter welchen der Trauschein an 265 Personen schließlich ertheilt, mithin nur 9 Personen versagt ist. Von solchen Anmeldungen haben 91 einer weitem Cognition, insbesondere mit Herzoglicher Polizei-

Direction unterzogen werden müssen, welche vorzugsweise dadurch geboten worden, daß es sich um das Vorhandensein außerehelicher Kinder gehandelt hat, wie denn bei 78 Frauenspersonen solche Kinder vorhanden, vorhanden gewesen oder vorzeitig zu erwarten waren.

Behuf der Proclamation oder Copulation in hiesiger Stadt sind auf Grund beigebrachter Heiraths-Consense auswärtiger Behörden für 193 Personen die nöthigen Bescheinigungen ausgefertigt. —

III. Zur Erlangung einer Concession oder eines Gewerbescheins zu einem Gewerbebetriebe sind von 276 Personen etwa 400 Anmeldungen oder Gesuche, welche zu drei Viertheilen zu Protokoll vorgetragen sind, erfolgt; vom Anfange des Jahres 1856 an sind 142 neue Concessionen ausgefertigt und 129 Concessionen zur Löschung zurückgegeben; mit Gewerbescheinen versehen sind 205 Personen, welche theils aus der vorjährigen Rolle übertragen, theils neu eintragen sind.

Zu den selbstständigen Mitgliedern der Gilden sind im Laufe des Jahres 1856 59 neue Meister hinzugekommen, und sind 23 Meister verstorben, von welchen indessen einige ihre Profession schon nicht mehr ausgeübt haben.

IV. Der Gewerberath ist in seinen im Verlaufe des Jahres 1856 abgehaltenen vier Sitzungen hauptsächlich durch die Anforderung von Gutachten Seitens des Herzogl. Staats-Ministeriums und anderer auswärtiger Behörden über allgemeine gewerbliche, namentlich den gildemäßigen Gewerbebetrieb berührende Verhältnisse beschäftigt. Speciell aus der hiesigen Stadt sind nur die Fragen über den Mehlhandel Seitens der hiesigen Bäckermeister und die Vereinigung der Altschuhmacher = Gilde mit der Schuhmachergilde zur Berathung und zum Abschlusse gekommen; der Gewerberath hat sich gegen die Freigebung des Mehlhandels an die Bäckermeister und für die Vereinigung der beiden Schuhmachergilden ausgesprochen.

Die Handwerker-Fortbildungsschule, welche zu ihrer vortheilhaftern Einrichtung und fernern Erhaltung Zuschüsse aus dem Sammelfonds der Abgaben für die Hunde verwilligt erhalten, hat fernere günstige Resultate geliefert.

Für Feststellung der Specialstatuten für die einzelnen Gilden sind einige Abänderungen des Normal-Statuts und des Gesetzes über den gildemäßigen Gewerbebetrieb in Vorschlag gebracht, deren Genehmigung noch zu erwarten ist.

§. 19.

Von der Thätigkeit des Stadt-Magistrats in verschiedenen andern Zweigen.

1) Im vergangenen Jahre sind 260 Wohnorts- oder Heimaths-Bescheinigungen ausgefertigt.

2) Die Auswanderung aus dem hiesigen Lande, behuf Niederlassung in einem andern deutschen Staate oder außerhalb Deutschlands, namentlich in Amerika, ist von 26 Köpfen aus hiesiger Stadt, darunter 21 einzelne Personen und 2 Familien, ausgeführt; es ist durch dieselben ein Capitalwerth von etwa 40,000 fl mitgenommen.

Außerdem sind noch 28 Personen, darunter 16 Kinder, behuf Uebersiedelung nach Amerika durch Verwilligung eines Kostenbeitrages im Gesammbetrage von 337 fl 12 gg Gold und 498 fl 9 gg 6 d Courant aus der Stadtcasse unterstützt.

3) Zum Geschäftsbetriebe in den Zollvereins-Staaten sind 218 Gewerbelegitimationen ausgestellt.

4) Zum Zwecke der kostenfreien Proceßführung sind 315 Armuths-Atteste ertheilt.

5) Neben den Arbeiten, welche die Militair = Aushebungen, die Gebäude = Versicherungen, die Aufstellung der verschiedenen Steuerrollen u. s. w. veranlassen, sind außerdem noch die städtischen Behörden und deren Hülfspersonal insbesondere durch die Aufstellung der Rollen der Salzconsumenten und die Ausfertigung von 9310 Salzbüchern sehr in Anspruch genommen.

6) Das Verzeichniß der in hiesiger Stadt gehaltenen Hunde schließt mit einem Bestande von 1448 Stück ab; von dieser Zahl sind für 789 Hunde à 2 S , für 13 Hunde à 4 S und für 49² Hunde à 1 S gezahlt, und sind für 516 Hunde die weißen Freimarken ausgegeben, während für 109² abgabefreie Hunde gelbe Marken gegeben (und 2 abgabefreie Hunde ohne Marken geblieben sind.)

Braunschweig, den 15. September 1857.

Der Stadt = Magistrat daselbst.

H. Caspari.

Ernst Meier.

G. C. E. Mack.

G. W. Hincke.

A. Bammel.

J. N. Grote.

Fr. Seele.

Erecutions-Stat

der

städtischen Cassen zu Braunschweig im Jahre 1856.

Laufr. Nr.	Stadt-Casse.	Voranschlag			Wirkliche Einnahme			Bemerkungen.
		₤	fl.	S.	₤	fl.	S.	
	A. Einnahme.							
1	Cassen-Vorrath	—	—	—	20728	7	1	Im Voranschlage nicht berücksichtigt. Unter d. Rückständen ist ein Pachtrückstand von 2 1/2 ₤, Service-Rückstände 22 ₤ 21 fl. 6 S., der Rest sind Communal-Rückstände.
2	Rückstände de 1855	—	—	—	2129	2	6	
3	Angeliehene Capitalien	—	—	—	9500	—	—	
4	Zinsen von ausstehenden Capitalien .	1508	14	—	2563	15	2	Die Mehreinnahme rührt von dem Ac-tien-Antheile an der Gasanstalt her, welche den Voranschlag um 1050 ₤ überstiegen hat.
5	Von Grundstücken:							
	a. von Häusern und Kellern . . .	2200	2	—	2232	3	—	
	b. von Mühlen	150	4	1	150	4	1	
	c. von Bleichen	150	13	4	150	13	4	
	d. von dem Möbdeffer Grundstücke	584	—	—	584	—	—	
	e. von Gewässern und Fischereien	180	—	—	180	—	—	
	f. von Erbenzinsen	7	14	3	7	14	3	
6	Von Berechtigungen:							
	A. Aequivalentgelder aus der Staats-casse	17253	15	8	17253	15	8	
	B. Zuschuß zu den städtischen Polizei-Anstalten:							
	a. Beitrag der Herzogl. Cammer-Casse zu den Kosten der Straßen-Reinigung, 305 ₤ von 1000 ₤	533	18	—	428	22	4	cf. Ausgabe Nr. 12.
	b. desgl. zu den Straßenbeleuchtungskosten, nach gleichem Verhältniße	2918	5	9	2844	4	3	cf. Ausgabe Nr. 13.
	c. desgl. zu den Feuerlöschanstalten 300 ₤ Conv.-Münze Firum und 1/8 der Ausgabe	659	14	—	669	11	11	cf. Ausgabe Nr. 14.
	Latus	26146	5	1	59421	17	7	

Lauf. №	A. Einnahme.	Voranschlag			Wirkliche Einnahme			Bemerkungen.
		₤	℔	S.	₤	℔	S.	
	Transport	26146	5	1	59421	17	7	
	d. Beitrag zu dem Gehalte des Stadtbaumeisters aus der Casse							
	piorum corporum	400	—	—	400	—	—	
	e. Gebühren für die Revision der Feueranlagen	200	—	—	129	—	—	Im Voranschlage nur muthmaßl. berechnet.
	C. Von Marktstellen	220	—	—	208	9	4	Desgl.
	D. Von Grundzinsen	67	22	10	71	20	11	Durch Berechn. einer durch den Stadteinknehmer früher bezogenen Einnahme gestiegen.
	E. An Meierzinsen und Meßkorn	479	12	—	330	14	6	Durch Verminderung der Kornpreise gefallen.
	F. Von Dienstgeldern	209	14	8	209	14	8	
7	Vom Service und Proviantgelde	8400	—	—	8673	19	3	Durch Heranziehung neuer und richtige Veranlagung alter Häuser gestiegen.
8	Vom Bürgergelde, für Markgenossenscheine und vom Anzugsgelde	1000	—	—	1516	—	—	Der muthmaßl. Voranschlag ist überschritten.
9	An zufälligen Einnahmen	—	—	—	6004	12	8	Hierunter 3000. ₤ aus der Eisenbahncasse für die Häuser an der Südstraße, 821 ₤ Kaufgeld für d. Material d. abgebrochenen Häuser, 1708 ₤ 14 ℔ für angenommenes und wieder abgegebenes Salz, 113 ₤ 11 ℔ 6 S. Bodensche Abzugsgelder und 260 ₤ 15 ℔ 3 S. Hebegebühr von der Personalsteuer.
10	An Communalsteuer	45274	—	—	48917	5	6	
	Summa der Einnahme	82397	6	7	125882	18	5	

Lauf. Nr.	B. Ausgabe.	Voranschlag			Wirkliche Einnahme			Bemerkungen.
		₹	℔	℥	₹	℔	℥	
1	Abzuführende Capitalien	—	—	—	8314	—	—	Davon 1514.₹ Kaufgeld für 2 Häuser hinstern Brüdern und 6800.₹ für drei Häuser an d. Südstraße.
2	Belegte Capitalien	—	—	—	—	—	—	
3	An Zinsen auf angeliehene Capitalien	90	21	—	270	9	11	Bermehrt durch die Anleihe von Capitalien.
4	Abonnementsgelder auf die Anzeigen u.	19	8	—	19	2	—	
5	An Besoldungen und Löhnen:							
	a. für die Mitglieder des Stadt-Magistrats und des Hülfspersonals	6320	—	—	6460	—	—	Durch Bermehrung der Remuneration zweier Schreiber erhöht.
	b. dem Stadtsuperintendenten für 60 Himten Rocken u. 40 Himten Gerste	168	—	—	141	4	7	Durch Verminderung der Kornpreise gefallen.
	c. für die Beamten der Stadtkasse	1630	13	4	1278	21	4	Durch Veränderung in der Person des Stadtkämmerers vermindert.
	d. für das Baupersonal	1200	—	—	1200	—	—	
	e. für das Unterpersonal des Stadt-Magistrats	700	—	—	700	—	—	
	f. für die Nachtwächter	1512	—	—	1512	—	—	
6	An Pensionen	58	—	—	651	4	—	Durch Pensionierung des vormalig. Stadtkämmerers um 600.₹ erhöht.
	Bierzeitengelder für die Opferleute .	958	—	—	958	—	—	
	Latus	12656	18	4	21504	17	10	

Auf. №	B. Ausgabe.	Voranschlag			Wirkliche Ausgabe			Bemerkungen.
		₹	ℳ	₪	₹	ℳ	₪	
	Transport	12656	18	4	21504	17	10	
8	Unterhaltung der städtischen Gebäude, Kosten der Reparatur des Straßenpflasters u.	1961	11	4	1636	5	3	Die veranschlagten Baulichkeiten sind nicht sämtlich ausgeführt resp. abgenommen.
9	An Grundabgaben	163	4	—	130	2	6	In Folge der gesunkenen Kornpreise vermindert.
10	Zur Unterhaltung der Gemeindeschulen	5050	—	—	5300	—	—	250 ₹ extraordinaire Unterstützungen mehr.
11	Dem Gewerbevereine für die Zeichenschule	400	—	—	400	—	—	
12	Für Straßenreinigung	1750	—	—	1406	8	1	Beim Schnee- und Eisabfahren im Winter erspart.
13	Für Straßenbeleuchtung	9568	—	—	9325	4	—	Durch Ermäßigung d. Vergütung an die Gasanstalt 250 ₹ erspart.
14	Für die Feuerlöschungsanstalten	2810	—	—	2889	7	6	Durch Mehrausgabe für Löschkosten bei ausgebrochenen Feuern und gezahlten Prämien erhöht.
15	Für das Gesundheits- und Medicinalwesen	600	—	—	600	—	—	
16	Für das Schützenwesen	585	17	4	585	17	4	
17	Für das Armenwesen:							
	a. Zuschuß zu den Armen-Anstalten	35479	2	—	35479	2	—	
	b. Zuschuß zu den übrigen Wohltätigkeitsanstalten und zwar:							
	Latus	71024	5	—	79256	16	6	

Lauf. Nr.	B. Ausgabe.	Voranschlag			Wirkliche Ausgabe			Bemerkungen.
		₹	℔	ₛ	₹	℔	ₛ	
	Transport	71024	5	—	79256	16	6	
1)	der Armen-Speiseanstalt . . .	320	—	—	1320	—	—	Wegen d. Theuerung u. verwandter Baukosten um 1000 ₹ erhöht.
2)	der Klein-Kinder-Bewahranstalt	110	—	—	260	—	—	Wegen d. Theuerung um 150 ₹ erhöht.
3)	der Anstalt für dürftige Reconvalescenten	20	—	—	20	—	—	
4)	dem Holzmagazin für Bedürftige	60	—	—	51	18	10	
5)	der jüdischen Anstalt Ez Chajim	150	—	—	150	—	—	
c.	für die Unterhaltung der Corrigenden in Bavern	300	—	—	271	14	3	
d.	für Unterstützungen von Auswanderern	500	—	—	874	12	5	Der mutmaßliche Voranschlag ist überschritten.
e.	für die von Schill'sche Invalidenstiftung	50	—	—	50	—	—	
18	Für Service, Proviant und Fouragegeld	6971	11	3	6971	11	3	
19	Unterhaltung der städtischen Büreaux	875	—	—	864	14	10	
20	An Proceß- und Verwaltungskosten	50	—	—	34	22	—	
	Latus	80430	16	3	90125	14	1	

Lauf. №	B. Ausgabe.	Voranschlag			Wirkliche Ausgabe			Bemerkungen.
		₤	℔	℥	₤	℔	℥	
	Transport	80430	16	3	90125	14	1	
21	An verschiedenen Ausgaben . . .	1516	14	4	7720	16	11	Darunter an unerwarteten u. außerordentlichen Ausgaben: 1) an Jagdpachtgeldern für $\frac{1}{2}$ Jahr 188 ₤ 12 ℔. 2) für die Salzbücher 141 ₤ 5 ℔ 11 ℥, 3) für nicht entnommenes Salz 1130.₤ 16 ℔, 4) Kosten der Jubelfeier am 25. April 2306 ₤ 6 ℔ 2 ℥, 5) für Grundabtretungen in der Schuhstraße 2250 ₤, 6) Kosten der Volkszählung u. der Geldbestellungs-Ermittelung 137 ₤ 18 ℔ 8 ℥, 7) Extraordinaire Unterstützung. 115 ₤.
22	Zu der städtischen Wegebaucaſſe . .	450	—	—	450	—	—	
	Summa der Ausgabe	82397	6	7	98296	7	—	
	die Einnahme war	82397	6	7	125882	18	5	
	bleibt Caſſenvorrath	—	—	—	27586	11	5	

Lauf. Nr.	Begeben: Caffé.	Voranschlag			Wirkliche Einnahme			Bemerkungen.
		fl.	ss.	h.	fl.	ss.	h.	
A. Einnahme.								
1	Aus Testamenten und Contracten	750	—	—	635	16	—	} Der Voranschlag ist nur muthmaßlich gewesen.
2	Antheil an den Begegeldern von der Broigenschen Straße	50	—	—	61	19	4	
3	Vom Kahle-Wohlemann'schen Legate	2	1	4	2	1	4	
4	Zuschuß aus der Stadt-Casse	450	—	—	450	—	—	
5	Von den Feldmarks-Interessenten	1650	—	—	1562	14	—	Die Mindereinnahme hat in verbliebenen Rückständen den Grund.
6	An Verschiedenem	—	—	—	10	—	—	
	Summa der Einnahme	2902	1	4	2722	2	8	
B. Ausgabe.								
		Voranschlag			Wirkliche Ausgabe			
1	An Vorschuß	6030	22	6	4675	10	2	} Nach Abschluß der Rechnungen de 1855 war der Vorschuß geringer, als bei Aufstellung d. Etats für 1857 angenommen war.
2	Für Remuneration des Baupersonals	450	—	—	131	22	6	
3	Für Instandsetzung des Weges zwischen dem Stein- und Fallersleberthore	2407	12	—	2234	20	8	} Die Löhne der Arbeiter sind bei den Begebauten berechnet.
4	Zur Unterhaltung sämtlicher Communalwege	1467	13	—	1567	11	5	
5	An Verschiedenem und Bonificandis	—	—	—	53	10	3	} Kaufgeld für zur Verbreiterung eines Weges angekauftes Terrain und Druckkosten etc.
	Summa der Ausgabe	10355	23	6	8663	3	—	
	davon die Einnahme mit	2902	1	4	2722	2	8	
	mithin sind aus der Stadt-Casse vorgeschossen	7453	22	2	5941	—	4	

Lauf. №	Gemeinde-Schul-Casse.	Voranschlag			Wirkliche Einnahme			Bemerkungen.	
		₤	℔	⁄	₤	℔	⁄		
A. Einnahme.									
1	An Cassenvorrath	—	—	—	327	5	8	Durch Veränderung in dem Schulgelde vermehrte.	
2	An Pachten und Kellermiethen . .	84	6	—	82	18	—		
3	An Schulgeld:								
	a. aus den Bürgerschulen . . .	4450	—	—	5211	7	—		
	b. aus den niedern Volksschulen				279	10	—		
4	Zuschuß aus der Currende-Casse . .	800	—	—	800	—	—	In Folge der größern Ausgaben erhöht.	
5	Aus dem v. Kalm'schen Legate . . .	9	14	2	9	14	2		
6	An Zuschuß aus der Armen-Casse . .	6244	12	—	6339	7	1		
7	Desgl. aus der Stadt-Casse	5050	—	—	5050	—	—		
8	An Extraordinair	—	—	—	20	—	—	Beitrag der Handwer- ker = Fortbildungs- schule zu den Hei- zungskosten.	
Summa der Einnahme		16638	8	2	18119	13	11		
B. Ausgabe.									
		Voranschlag			Wirkliche Ausgabe				
1	An Gehalten und Remunerationen:							Durch Veränderung in dem Lehrperso- nale geändert.	
	a. Gehalt des Schuldirectors . .	400	—	—	400	—	—		
	b. für die Lehrer an der Bürger- schule östlichen Bezirks . . .	4110	—	—	4122	12	—		
	c. desgl. an der westlichen Be- zirkschule	4045	—	—	3874	—	—		
	d. Remunerationen für die Hilfs- lehrer	150	—	—	153	18	—	Desgl.	
	e. für die Lehrer an der niedern Volksschule 1. Bezirks . . .	2035	—	—	2172	12	—		
	f. desgl. an der des 2. Bezirks	2140	—	—	2100	—	—		
	g. an Remunerationen für die bei- den Schulbezirke	651	12	—	649	2	—		
Latus		13531	12	—	13471	20	—		

Lauf. Nr.	B. Ausgabe.	Voranschlag			Wirkliche Ausgabe			Bemerkungen.
		fl	gr	h	fl	gr	h	
	Transport	13531	12	—	13471	20	—	
2	An Pensionen	738	—	—	856	7	6	Durch Pensionirung zweier Lehrerinnen vermehrt.
3	An Remuneration für die Rechnungsführung zc.	112	—	—	112	—	—	
4	An außerordentlichen Unterstützungen	—	—	—	498	—	—	Die an die Lehrer vertheilte Mehreinnahme von dem erhöhten Schulgelde.
5	Für Unterhaltung der Schulgebäude:							
	a. für die beiden Bürgerschulen	629	—	—	775	16	8	Die Baukosten haben die Voranschläge überstiegen.
	b. für die beiden niederen Volksschulen	868	—	—	973	11	1	
6	Behuf Heizung der Schullocale:							
	a. in den Bürgerschulen	350	—	—	344	4	—	
	b. in den niedern Volksschulen	250	—	—	190	22	—	
7	An Verschiedenem:							
	a. in den Bürgerschulen	159	20	2	179	—	5	
	b. in den niedern Volksschulen	—	—	—	—	—	—	Werden aus der Armen-Casse direct bestritten.
	Summa der Ausgabe	16638	8	2	17401	9	8	
	dagegen die Einnahme	16638	8	2	18119	13	11	
	bleibt Cassenbestand	—	—	—	718	4	3	

Lauf. №	Armen-Casse.	Voranschlag			Wirkliche Einnahme			Bemerkungen.
		₹	₹	₹	₹	₹	₹	
	A. Einnahme.							
1	An Cassen-Vorrath	—	—	—	—	—	—	
2	An Zinsen	2060	—	—	2167	—	1	Höher wegen des mit 10% für 1520 ₹ Gold berechn. Agio's und einiger hinzugekommener Capitalien.
3	An zurückgezahlten Capitalien	—	—	—	1100	—	—	Für eine ausgeloopte Landesschuldverschreibung.
4	Aus der Armenpredigt und der Armenblüthe	400	—	—	404	5	9	
5	An milden Gaben incl. des Geschenks Sr. Hoheit am 13. Februar	900	—	—	1223	3	11	
6	Aus Testamenten und Contracten	620	—	—	1205	18	—	
7	Für Jagdscheine	250	—	—	234	18	5	
8	Aus der Cassé des großen Waisenhauses	1027	18	8	1027	18	8	
9	An Spendegeldern nach den jedesmaligen Kornpreisen	280	—	—	318	4	11	
10	An Entschädigung für Holz von Herzoglicher Landes-Regierung	859	12	—	859	12	—	
11	An Strafgeldern	7	12	—	5	—	—	
12	Aus dem Nachlasse der Armen	130	—	—	177	1	—	
13	An Pachtgeldern	5	—	—	5	—	—	
14	An erstatteten Almosen	30	—	—	115	18	3	
15	An Extraordinarien	100	—	—	66	18	4	
	Summa der Einnahme	6669	18	8	8909	23	4	

Lauf. Nr.	B. Ausgabe.	Voranschlag			Wirkliche Ausgabe			Bemerkungen.
		₤	℔	S	₤	℔	S	
1	An erstattetem Vorschuß	—	—	—	441	15	1	
2	An zurückgezahlten Capitalien	1027	18	8	1013	21	4	
3	An belegten Capitalien	—	—	—	1101	10	7	Die ausgelooſte Can- deſſchuldverſchrei- bung von 1000 ₤ Gold iſt wieder be- legt.
4	An Zinſen auf angeliehene Capitalien	400	—	—	376	8	10	
5	Befoldungen des Hilfspersonals	520	—	—	520	—	—	
6	Befoldungen der Armenboten und Ar- menvoigte	1108	—	—	1107	10	—	
7	Koſten der Unterhaltung der niedern Volksſchulen	6524	12	—	6635	4	1	
8	An Penſionen	413	14	—	413	14	—	
9	An Unterſtützungen:							
	a. wöchentliches Almoſen	9500	—	—	9320	5	3	
	b. außerordentliche Unterſtützungen	200	—	—	1026	1	4	Dieſer Poſten iſt durch die wegen der Theuer- ung und der Huldis- gungsfeier Sr. Ho- heit den Armen ge- zahlten außerordent- lichen Unterſtützun- gen ſo geſtiegen.
	c. für auswärts untergebrachte Ar- men ic.	80	—	—	138	—	—	
	d. an Mietgelbern	6000	—	—	5671	14	—	
	e. für Bekleidung der Armen	2750	—	—	3235	6	—	
	f. für Unterhaltung des Pflege- und Armenhauſes	10000	—	—	9200	—	—	
10	Für Krankenpflege:							
	a. an Befoldungen der Aerzte und Wundärzte	495	—	—	545	—	—	Durch eine extraordi- näre Remuneration erhöhet.
	b. für Arzneien und Bruchbänder	1080	—	—	1139	4	2	
	c. für Kurrkoſten im Herzoglichen Krankenhuſe	600	—	—	658	4	—	
	Latus	40968	20	8	42542	22	8	

Lauf. №	B. Ausgabe.	Voranschlag			Wirkliche Ausgabe			Bemerkungen.
		₹	₹	₹	₹	₹	₹	
	Transport	40698	20	8	42542	22	8	
11	An Begräbniskosten	120	—	—	114	23	—	
12	Für durchreisende Arme	40	—	—	34	15	—	
13	Für Kur- und sonstige Kosten ausländischer Armen	400	—	—	333	12	—	
14	Für Drucksachen, Schreibmaterialien u.	80	—	—	88	1	—	
15	Für Unterhaltung des Inventars	10	—	—	—	—	—	
16	Für Feuerung an die recipirten Armen	520	—	—	501	—	—	
17	Für Extraordinarien	280	—	—	199	—	5	
	Summa der Ausgabe	42148	20	8	43814	2	1	
	davon die Einnahme mit	—	—	—	8909	23	4	
	bleibt ein Deficit von	—	—	—	34904	2	9	
	Da aus der Stadt-Casse zugeschoffen sind	—	—	—	35479	2	—	
	so ist ein Cassenbestand von	—	—	—	575	23	3	